Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 70 | Winter 2006 | 3,10 Euro

Die Geschichte der NS-Prozesse

NS-Szene

Spitzel, Spalter, Stiefelnazis [partly obscured]

Antifa

Antifa [illegible]

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 70 1 · 2006

Rubriken

14

20

nazis aus dem äther kicken!
hacked by datenantifa

36

Titel

NS-Szene

Antifa

Braunzone

Gesellschaft

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.nadir.org/aib

Titelfoto: Weltweite Proteste im März 1965 gegen die geplante Verjährung von deutschen NS-Verbrechen.
Im Bild: Protestkundgebung vor der deutschen Botschaft in Toronto/Kanada.

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigt sich mit der Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechern in beiden deutschen Staaten nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Dieses Thema griffen wir auf, da sechzig Jahre nach Kriegsende nur noch wenige Täter leben, und somit zur Rechenschaft gezogen werden können. Der Beitrag »Tot ermittelt« stellt rückblickend dar, wie schwer sich bundesdeutsche Justiz- und Ermittlungsbehörden mit der Verfolgung von NS-Verbrechern taten (Seite 14). Der Beitrag »Instrumentelle Moral« zieht für die in der DDR geführten NS-Prozesse ein ernüchterndes Fazit (Seite 6). Das und wie sich alte Nazis über Jahrzehnte halfen und vernetzten, um die Verfolgung ihrer Taten abzuwehren, beleuchtet der Gastbeitrag von Andrea Röpke über die »Stille Hilfe« (Seite 10). Im Bereich der NS-Szene widmen wir uns den offensiven Holocaust-Leugnern um das »Collegium Humanum« (Seite 30). Deren Versuch, in Borna eine Kriegsopfer-Gedenkstätte zu errichten stößt mittlerweile auf erste Proteste. Ein Mitarbeiter des Zentralrat der Juden bezeichnete die Vorgänge in Sachsen als einen »schrillen Ausdruck politischen Notstands«. Er wies darauf hin, dass in der Industrieregion um Borna zu Zeiten des Nationalsozialismus tausende jüdische Zwangsarbeiter gequält wurden. »Diese Tatsache ist offenbar nicht genügend im öffentlichen Bewusstsein verankert.« Dass diese Gedenkstätte durch die Behörden vor Ort genehmigt wurde, sage viel über die politischen Zustände im Land aus, erklärte der Ratsmitarbeiter. Die NPD hat derweil zunehmend mit internen Problemen zu kämpfen. Dies wurde anhand einer parteiinternen Auseinandersetzung um geduldete Spitzel innerhalb der Partei deutlich (Seite 24). Auch an anderen Punkten kriselt es. Der Meißener NPD-Abgeordnete Mirko Schmidt trat aus der Partei und ihrer Landtagsfraktion in Dresden aus. Er erklärte, dass ihn die Entwicklung innerhalb der NPD seit dem Einzug in den sächsischen Landtag »menschlich und politisch enttäuscht« habe. Eine Mitgliedschaft in der Partei sei mit seinem Gewissen und seinen Idealen nicht mehr vertretbar. ■

Wir trauern um neue Opfer von Neonazigewalt in Osteuropa.

In der slowakischen Hauptstadt Bratislava wurde am 4. November der 21jährige Student Daniel Tupy auf dem Heimweg von Neonazis erstochen. Er war mit sechs Begleitern unterwegs, als die Gruppe von mehreren Neonazis mit Messern angegriffen wurde. Zwei Freunde Daniels wurden schwer verletzt. Die Mörder entkamen unerkannt. Der Mord war der traurige Höhepunkt einer Serie von Ausschreitungen von Neonazis in mehreren slowakischen Städten anlässlich des Jahrestages der Gründung der Tschechoslowakei am 29. Oktober. An einer Trauerdemonstration für Daniel nahmen auch hochrangige Politiker teil. MenschenrechtsaktivistInnen kritisierten, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für den Mord vor allem der Tatsache geschuldet gewesen sei, dass das Opfer ein Weißer war. Mehrere rassistische Morde an Angehörigen der entrechteten Roma-Minderheit seien hingegen nicht öffentlich thematisiert worden.

Im russischen St. Petersburg wurde am 13. November der 19jährige Hardcore-Musiker und Antifaschist Timur Kacharava ebenfalls auf offener Straße von Neonazis erstochen. Er wartete mit einem Begleiter vor einem Buchladen auf seine Freunde, als die beiden von einer größeren Gruppe Nazischlägern überfallen wurden. Timur erlitt so schwere Verletzungen, dass er nur zehn Minuten nach dem Angriff verstarb, sein Begleiter musste ins Krankenhaus und über seinen Zustand ist uns bis Redaktionsschluss nichts bekannt. Fünf der Angreifer wurden gefasst, bestreiten jedoch, Timur die tödlichen Verletzungen zugefügt zu haben. Timur hatte in den Bands Sandinista und Distress gespielt und war mit ihnen erst vor kurzem durch Skandinavien getourt.

Von Neonazis ermordet: Daniel Tupy (links) und Timur Kacharava

Blood&Honour überfällt Neonazikonzert bei Heppenheim

Ein regionales Konzert des Nibelungensturm Odenwald (NSO) bei Heppenheim wurde am 5. November 2005 von etwa 25 Mitgliedern des Neonazi-Netzwerkes Blood&Honour überfallen.
Ein führender Aktivist des NSO wurde dabei verletzt. Die Angreifer schlugen ihn zusammen, verbrannten alle getragenen T-Shirts sowie das Banner des NSO und raubten die Kasse. Andere Besucher wurden mit Messern, kaputten Flaschen und Totschlägern bedroht.
Hintergrund ist offenbar eine Streiterei zwischen Mitgliedern des NSO und von Blood & Honour. Szeneintern wird noch darüber spekuliert, welche Teile von B&H beteiligt gewesen waren. Dabei werden die Sektionen B&H Vorarlberg, B&H Franken, deren Supporter Crew White Unity und Combat 18 Franken genannt, Anführer soll M. Zazke gewesen sein.
Christian Hehl, Kreisvorsitzender der NPD und im engen Umfeld der Kameradschaft Bergstraße sowie des NSO aktiv; schreibt dazu in einer internen Nachricht: »Der Malte will erreichen das sich Hartwin und B+H Deutschland von diesen Leuten trennen, das wird wenn dann aber nur halbherzig geschehn und was nützt es, dann ham wir eben Stress mit C18 Franken solange die in der Szene sind wird es keine Ruhe geben und nur der Codex 'keine Anzeige' schützt sie. Ich werde Heut alle bekannten EX-B+H Mitglieder ehemalige Sektionsleiter usw mit Malte anschreiben um eine Öffendliche Erklärung nach dem Motto das H steht für Ehre und die haben nix mit Ehre am Hut zu verfassen wo eben viele bekannte Ex B+H stellung nehmen.« Offensichtlich verfügt der NPD-Funktionär nach wie vor über gute Kontakte zum verbotenen Neonazinetzwerk.
Hehl erwägt demnach auch eine Anzeige gegen die Angreifer. »Oli« von der KS Bergstraße schrieb hierzu an ihn: »du wirst schon wissen was du machst! Und dass du dich auf alle Fälle auf uns verlassen kannst, das weisst du auch! Ob Kanacken, Zecken oder eben welche die sich 'Kämpfer für Blut und Ehre' schimpfen, ich stehe neben dir in der Reihe, und viele vom AB auch, dass weisst du, dass weiss ich! Aber ich weiss nicht wie weit die gehen würden... und das macht mir angst! Ich hatte eine kaputte Flasche am Hals und habe mich deshalb nicht bewegt, weil ich mir sicher war, dass derjenige zustechen wird! Leider kenne ich diesen nicht, habe ihn noch nie gesehen!«
Mittlerweile führte die Aktion von B&H zu einigen Auseinandersetzungen innerhalb der europäischen Neonaziszene. So hagelte es Kritik verschiedener Sektionen von Hammerskins und Blood&Honour. Ein gemeinsames »Unity-Konzert«, das Ende November in Belgien stattfinden sollte, stand zum Redaktionsschluss daher noch zur Disposition. Das Konzert in Heppenheim ist in verschiedener Hinsicht aufschlussreich. Wenn Neonazis untereinander ihre Konflikte austragen, ersparen sie Antifas schlicht und ergreifend auch Arbeit. Zum anderen (und das wiegt mehr) wurde einmal mehr deutlich, dass nach wie vor funktionierende und aktive Strukturen des Netzwerks Blood & Honour bestehen – mit besten Kontakten zum Rest der Szene –, obwohl die Bundesregierung dieses seit 2000 als zerschlagen vorgibt. ■

Dresden: Hooligans greifen linkes Wohnprojekt an

Wie der Dresdner Polizeisprecher bestätigt, sind Personen aus dem »Assi Pöbel Dresden« für die mehrfachen Angriffe auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden verantwortlich. In der Nacht zum 20. bzw. 27. November 2005 versuchten zehn bzw. 20 von ihnen mit Knüppeln bewaffnet in das Haus einzudringen, was jedoch misslang. Sie riefen neben »Dynamo« auch antisemitische sowie Anti-Antifa-Parolen und richteten Sachschaden an verschiedenen PKW sowie Fenstern des Hausprojektes an. Weitere zwei versuchte Angriffe am nächsten Tag und dem darauf folgenden Wochenende wurden durch die Polizei verhindert. Gegen mindestens acht der bei den Polizeiaktionen festgenommenen Neonazi-Hooligans wird inzwischen wegen Landfriedensbruch ermittelt.
Dass Rassismus und Antisemitismus in der ostdeutschen Fußballfangemeinde präsent sind, ist schon länger bekannt und sorgt immer wieder punktuell für Aufsehen. Obwohl Dynamo Dresden zuletzt wegen eines antisemitischen Transparentes der gegnerischen Cottbusser Fans, gezeigt beim Bundesligaspiel am 5. Dezember, in den Medien diesbezüglich erwähnt wurde, ist der Verein selbst sachsenweit führend in Sachen extrem rechter Fankultur.
Zuzurechnen ist dieser auch die Hooligan-Gruppe »Assi-Pöbel Dynamo Dresden«. Die Fangruppierung, die aus 30 bis 40 vorwiegend jüngeren Hooligans besteht, wird zur Zeit vom Bierhersteller Sternburg verklagt, weil sie ungefragt einen Werbeslogan der Firma nutzen. Auf dem Aufkleber, mittlerweile mit und ohne »Merke Dir, Sternburg Bier!«-Slogan, findet sich neben 88 Bierflaschen auch die Aufschrift »terrorist organisation«. ■

Die NPD/JN wird noch neonazistischer

Die NPD/JN und die militante Neonaziszene rücken noch enger zusammen. Anfang November 2005 wurde auf dem 3. ordentlichen Landesparteitag der Berliner NPD der 34-jährige Eckart Bräuniger zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der Weinhändler und einstige Kroatien-Söldner steht für eine feste Anbindung an die Neonazi- und Rechtsrock-Szene (AIB 63). 1992 gehörte er zu einer Gruppe Neonazis der FAP, die zwei vermeintliche Linke in Berlin zusammenschlugen und schwer verletzten. Bräuniger war Mitglied der 1995 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit der NSDAP verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP). Im April 2004 wurde er zusammen mit weiteren Mitgliedern der Kameradschaft »Nordland« in einem Waldgebiet in Brandenburg bei einer Wehrsportübung festgenommen. Auch die Nachwuchsorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), entwickeln sich in Berlin zunehmend zum Auffangbecken von Neonazis aus verbotenen Kameradschaften. Auf dem 35. JN-Bundeskongress Ende November 2005 in Chemnitz wurde ein neuer JN-Bundesvorstand gewählt. Als ein Stellvertreter des bisherigen und neuen JN- Bundesvorsitzenden, Stefan Rochow, wurde der Berliner Markus Loszczynski gewählt. Dieser wurde 2004 wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Er hatte mit zwei weiteren Neonazis einen vietnamesischen Imbisbetreiber schwer misshandelt. Weil dieser den Neonazis kein Bier anschreiben wollte, wurde er mit einer Holzlatte und Fußtritten so schwer verletzt, dass er bleibende Schäden davontrug.

In Bayern wurde im Dezember 2005 ein eigener NPD-KV Rhön-Grabfeld gegründet. Innerhalb der lokalen Neonazi-Szene wird dieser Neugründung große Bedeutung zugemessen, da der komplette Vorstand unter Leitung des NPD-Kreisvorsitzenden Jens Rüttiger aus Mitgliedern der sog. HATECORE-CREW aus Mainfranken bestehen soll. Im Internet tritt diese Neonazigruppe unter dem Motto »Wir lieben unser Land, aber wir hassen diesen Staat!« auf. ■

[1] Neu im JN-Bundesvorstand Markus Loszczynski

Neonaziladen in Berlin eröffnet

Am Samstag, dem 8. Oktober 2005 eröffnete im Berliner Stadtteil Oberschöneweide ein neuer Neonaziladen namens »Parzifal«. Etwa 50 AntifaschistInnen störten mit einer Spontandemonstration die Eröffnungsfeierlichkeiten. Ein dutzend Neonazis aus dem Spektrum der Berliner Neonazi-Gruppierung Vandalen hatte sich vor dem Laden versammelt, um die Eröffnung abzusichern. Als Betreiber des Parzifal tritt in der Öffentlichkeit der Neonazi Alexander Willibald Bahls aus Berlin-Pankow auf. Dieser ist Gründungsmitglied der 1994 gegründeten Neonazi-Band »Spreegeschwader« und zählte zum politischen Umfeld der mittlerweile verbotenen Rechtsrock-Band »Landser«. Im Juli 1995 war er zusammen mit etwa 20 anderen Neonazis aus dem Umfeld der »Kameradschaft Germania« an einem Angriff auf eine Gruppe friedlicher Punks an der Autobahnraststätte Stolpe beteiligt (Siehe AIB 65). Als offizieller Mieter des Ladens tritt die Firma »Accessoires Handel Deutschland« auf. Geschäftsinhaber der »Accessoires Handel Deutschland Philip Schlaffer e. K« ist Philip Schlaffer aus Norddeutschland. Dieser betreibt das Rechtsrocklabel »NorthX« aus Stockelsdorf und den Neonaziversand »H8Store« aus Wismar. NorthX ist seit 2002 für diverse Neonazi-CD-Veröffentlichungen verantwortlich. Darunter internationale Größen der Rechtsrock-Szene wie die australische Band »Fortress« oder den Mitschnitt des »Ian Stuart Memorial Konzerts« 2003 in Australien. Im April 2005 musste Schlaffer gegen Neonazis der Kameradschaft Pinneberg aussagen, denen die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wurde. Hierbei ging es auch um die Erpressung von Schutzgeld bei Neonazi-Versänden. Schlaffer hatte der Polizei u.a. berichtet, dass er bei einem »Blood & Honour«-Konzert in Belgien gezwungen worden sei, einen Verkaufsstand abzubauen. Vor Gericht wusste er jedoch nur noch von freiwilligen Spenden und Tantiemen für den Verkauf von B&H-T-Shirts zu berichten. ■

Instrumentelle Moral

Die Verfolgung von NS-Verbrechen in der DDR

Zeit ihrer Existenz nahm die DDR für sich in Anspruch, als *der* antifaschistische Staat alle notwendigen Konsequenzen aus der NS-Vergangenheit gezogen zu haben. Neben der Behauptung, in der DDR seien mit dem Kapitalismus die Ursachen des Faschismus beseitigt, war das Postulat, die DDR betreibe die Bestrafung von NS-Tätern mit Akribie und moralischer Nachhaltigkeit, ein weiterer zentraler Eckpfeiler der antifaschistischen Meistererzählung, die NS-Verbrecher und Nazis in hohen Positionen nur in der Bundesrepublik wähnte. Tatsächlich pflegte die DDR ein ähnlich, wenn auch anders motiviertes, instrumentelles Verhältnis zu NS-Tätern, wie die Bundesrepublik.

Der alliierte Wettlauf um die Schlüsseleliten des NS-Regimes

Nach dem Ende des Krieges begannen die sowjetische und amerikanische Militärverwaltung mit der Suche nach Schlüsselpersonen aus den wissenschaftlichen, militärischen und geheimdienstlichen Agenturen des NS-Staates. Ziel war es, sich möglichst vor der jeweils anderen Seite in den Besitz von Wissensressourcen und Technologien zu bringen. Neben Kernphysikern, Raketenkonstrukteuren und Chemikern traf dies auf Mitarbeiter des SD, der SS bzw. des RSHA zu. Beide Militärverwaltungen versprachen sich im Zuge des beginnenden Kalten Krieges Einblicke in die Machtsphäre des anderen. Vormalige NS-Akteure dienten sich, wie Reinhard Gehlen aus der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres, der jeweiligen Besatzungsmacht an.[1] Der in der SBZ operierende sowjetische Geheimdienst NKWD ließ sich bei der Auswahl seiner neuen Kooperationspartner ebenfalls nicht von moralischen Skrupeln leiten, wie die Rekrutierung von ehemaligen SS-Hauptsturmführern und SD- Mitarbeitern zeigt.[2]

Stille Integration ehemaliger Nazis

Entgegen des propagierten Scheins kam der Aufbau der DDR nicht ohne die soziale und politische Integration ehemaliger Nazis aus. Diese vollzog sich fast analog derer in der Bundesrepublik. In der NDPD sammelten sich ganz offiziell ehemalige Wehrmachtsoffiziere, Soldaten sowie Mitglieder der SS, die unter deutschnationalen und antiwestlichen Vorzeichen am Aufbau des Landes teilhaben wollten. Die SED nahm ebenfalls ehemalige Nazis in ihre Reihen auf. Bereits 1946 hatte die neugegründete Partei die Aufnahmehürden für ehemalige Nazis zum Missfallen vormaliger Widerstandskämpfer und Emigranten gesenkt. Zu Beginn der 1950er Jahre fanden sich knapp über 100.000 vormalige Mitglieder der NSDAP in den Reihen der SED wieder.[3] Diese waren keineswegs nur einfache Mitglieder, sondern stiegen bis in SED-Kreis- und Bezirksleitungen auf. Der SED gelang es, eine höhere Anzahl ehemaliger Nazis für sich zu gewinnen als die NDPD.

Der Anteil vormaliger NSDAP-Mitglieder war in den gesellschaftlichen Sphären der SBZ hoch, in denen Fachkräfte nicht lückenlos durch neues Personal ersetzt werden konnten. Dies betraf die Universitäten, wo sich die personellen Kontinuitäten in den naturwissenschaftlichen Fakultäten niederschlugen, ebenso, wie das Offizierskorps der NVA und Teile des Schuldienstes. Die auf den Kapitalismusaspekt reduzierte Analyse der Ursachen des NS-Regimes unterbreitete ehemaligen Nazis ein Integrationsangebot: Wer den Willen zur Loyalität gegenüber Partei und Staat aufbrachte, konnte im Angesicht des Kalten Krieges die Frage nach der persönlichen Verantwortung ignorieren und wurde durch den propagandistischen Verweis auf die Bundesrepublik als »Hort der Reaktion« entlastet.

Die Waldheimer Prozesse

In der Zeitgeschichtsforschung gelten die sogenannten Waldheim-Prozesse als besonders umstritten. Während die Prozesse in der DDR meist unterschlagen oder durchgehend als »Kriegsverbrecherprozesse« charakterisiert wurden, erschienen sie im Westen ausschließlich als stalinistische Schauprozesse.[4]

Die Komplexität der Waldheim-Prozesse, die von April bis Juni 1950 stattfanden, ergibt sich aus dem Charakter der Verfahrensführung und aus der Herkunft der Angeklagten, bei denen es sich nicht ausschließlich um NS-Täter handelte. Die Mehrzahl der in Waldheim angesiedelten Prozesse des Landgerichts Chemnitz wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die Prozesse verzichteten auf einen individuellen Schuldnachweis seitens der Staatsanwaltschaft, den Ange-

[1] Prozeß gegen Theodor Oberländer in Ostberlin 1960.

klagten wurde, bis auf wenige Ausnahmen, kein Rechtsbeistand gewährt. Die Urteile mussten zudem von einer angereisten SED-ZK-Kommission vor ihrer Verkündung bestätigt werden. Rechtsstaatlich gesehen waren sie eine Justizfarce. Zweifellos befanden sich unter den Angeklagten ehemalige Nazis, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten. Ebenso fanden sich jedoch unter den insgesamt 3.442 in Waldheim angeklagten Personen aktive Antifaschisten, zufällig in die Mühlen des NKWD geratene Jugendliche, ja selbst Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Viele der Verfahren endeten mit zum Teil drakonischen Strafen, die im Einzelfall in keinem Verhältnis zum Tatvorwurf standen. Allerdings wurde die Mehrzahl der in Waldheim verurteilten Personen bei den im Laufe der 1950er Jahre ergehenden Amnestiewellen der DDR-Regierung begnadigt. So kam es zu der paradoxen Situation, dass sich Ende der 1950er Jahre NS-Straftäter wieder auf freiem Fuß befanden, die wenige Jahre zuvor zu langjährigen Haftstrafen verurteilt waren und nun nicht noch einmal juristisch belangt werden konnten. Nach der Wiedervereinigung wurden die Verurteilten der Waldheimer Prozesse en Block rehabilitiert.

Kampagnen und Nebenklagen

Seit Anfang der 1950er Jahre führte die SED-Vorfeldorganisation »Ausschuss für deutsche Einheit« (ADE) organisierte Propagandakampagnen gegen ehemalige Nazis, die Funktionen in der westdeutschen Ministerialbürokratie oder der Justiz inne hatten. Koordiniert wurden diese Kampagnen vom SED-Chefideologen Albert Norden, der als Jude und Kommunist im NS verfolgt wurde.[5] Sie wandten sich gezielt an die Öffentlichkeit der Westalliierten, um diesen die ungebrochene Kontinuität der Bundesrepublik zum NS-Staat vor Augen zu führen. Dabei konnte die DDR u.a. auf Aktenbestände des ehemaligen Reichsgerichts in Leipzig zurückgreifen, die eine Verstrickung führender Richter in NS-Verbrechen z.T. sehr detailliert bewiesen. Dies brachte die Bundesregierung in Einzelfällen durchaus ungewollt in Zugzwang, sich mit den Vorwürfen gegen Richter und Staatsanwälte auseinanderzusetzen. So musste Generalbundesanwalt Fränkel aufgrund seiner Vergangenheit in der NS-Justiz abtreten, die in einer Veröffentlichung der ADE minutiös dargelegt wurde.[6] Zur Kampagnenpolitik gehörte die Inszenierung von Schauprozessen gegen prominente, wiewohl abwesende NS-Täter in hohen Funktionen der BRD. In einem von dem Generalstaatsanwalt initiiertem Schauprozess griff die DDR den Bun- →

1| REESE, M.E.: Organisation Gehlen: Der kalte Krieg und der Aufbau des deutschen Geheimdienstes Berlin 1992
2| LEIDE, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit: Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR S.38ff.
3| vgl. LEIDE a.a.O. S.48ff.
4| FRICKE; Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR; Köln 1990
5| PODEWIN, Norbert: Albert Norden: Der Rabbinersohn im Politbüro; Berlin 2001
6| Vgl. MIQUEL, Marc von: Ahnden oder Amnestieren? S. 99ff.

BRAUNBUCH

KRIEGS- UND NAZIVERBRECHER IN DER BUNDESREPUBLIK

STAAT
WIRTSCHAFT
ARMEE
VERWALTUNG
JUSTIZ
WISSENSCHAFT

HERAUSGEBER:
NATIONALRAT DER NATIONALEN FRONT
DES DEMOKRATISCHEN DEUTSCHLAND
DOKUMENTATIONSZENTRUM DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG DER DDR

STAATSVERLAG
DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN
REPUBLIK
BERLIN 1965

[1]

[1] und [2] Kampagnenziel der DDR war es, die ungebrochene Kontinuität der BRD zum NS-Staat zu belegen.

desvertriebenenminister Theodor Oberländer scharf an. Oberländer wurde einer Beteiligung an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in der Sowjetunion überführt und verurteilt. Unter Druck geraten, trat er 1960 als Minister zurück.

Darüber hinaus war die DDR bestrebt, in Aufsehen erregenden NS-Prozessen in der Bundesrepublik mit einem Nebenklagevertreter präsent zu sein. Neben dem juristischen Aspekt spielte der propagandistische Effekt dabei eine erhebliche Rolle.

Die SED-Führung hatte sich angesichts der innenpolitischen Krise in den Jahren um 1960 das Ziel gesetzt, das »Adenauer-Regime« auf die Anklagebank zu setzen. Hierzu war niemand besser geeignet als der Ostberliner Anwalt Friedrich Karl Kaul. Kaul, selbst als Kommunist und Jude Verfolgter des NS-Regimes, besaß den Vorteil, dass er einer der wenigen DDR-Anwälte war, der in der Bundesrepublik über eine Zulassung verfügte. Kaul war zudem ein brillanter Rhetoriker und intellektueller Kopf.[7] Seine Nebenklagevertretung im Frankfurter Auschwitz- und im Düsseldorfer Treblinkaprozess wurde von einem Ensemble aus ZK-Progandaabteilung, Staatssicherheit und Justiz akribisch vorbereitet. Kaul sollte in dem Frankfurter Verfahren auf die im Prozess eher unterbelichtete Rolle der IG Farben bzw. der IG Auschwitz verweisen. Doch der von Kaul angeführte Verweis auf die Rolle der Industrie im NS-Vernichtungsprogramm wurde vom Gericht, auch ob der unzureichenden Quellenlage, nicht gewürdigt, was die DDR wiederum als Beleg für den fehlenden Aufklärungswillen der westdeutschen Justiz deutete.

Im Eichmann-Prozess in Jerusalem sollte Kaul ebenfalls als Nebenklagevertreter in der DDR lebender, ehemaliger KZ-Häftlinge fungieren. Er erhielt vom Jerusalemer Bezirksgericht jedoch keine Zulassung. Die juristische Parteinahme für Auschwitzhäftlinge stand in eklatantem Widerspruch zur aggressiven antizionistischen Außenpolitik der DDR, die eine strategische Anlehnung an die arabischen Staaten forcierte.

Rechtshilfeersuchen im Kalten Krieg und die Rolle des MfS

Im Rahmen der Verfolgung von NS-Straftätern richtete die Bundesrepublik zahlreiche Rechtshilfeersuchen um Akteneinsicht an die DDR. Ob diesen stattgegeben wurde, richtete sich danach, ob sich aus den offen zu legenden Akten Rückschlüsse auf NS-Verstrickungen von Funktionsträgern der DDR ziehen ließen, die diese international in Misskredit bringen konnte. So wurden die Staatsanwaltschaften angewiesen, jedes Rechtshilfeersuchen der zuständigen MfS Abteilung zu melden, damit diese die sicherheitspolitische Brisanz der Fälle für die DDR prüfe. Die Konsequenz war, dass letztlich das MfS bei NS-Verfahren Staatsanwälten und Richtern die ermittelnde Hand führte. Von einer institutionellen Autonomie der DDR Strafverfolgungsbehörden gegenüber politischer Einflussnahme des MfS oder des ZK Apparats konnte zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Allem Handeln waren so genannten sicherheitspolitischen Erwägungen vorgelagert. Als Simon Wiesenthal im Zuge der antizionistischen Parteinahme der DDR im Sechs-Tage Krieg 1967 in einer Broschüre auf NS-belastete Personen im Dienste der DDR verwies, reagierte diese mit der Diffamierung Wiesenthals.

Seit Anfang der 1950er Jahre bemühte sich das MfS, die Kontrolle über sämtliche auf dem Gebiet der DDR verfügbaren NS-Akten zu erlangen. In mehreren Schritten füllte die Stasi aus den Akten verschiedener NS-Institutionen die eigenen Archivbestände auf, die den Geheimdienst in die Lage versetzten, im Falle von NS-Straftätern nach eigenem Gutdünken zu agieren. In zahlreichen Fällen erpresste die Stasi ehemalige Nazis mit ihrer Vergangenheit zu einer Arbeit für den Geheimdienst. Ebenso ließ man, wie im Falle des Oradour-Mörders Heinz Barth, Ermittlungsverfahren jahrelang aus taktisch Gründen ruhen, da man fürchtete, von der Bundesre-

[2]

publik eigene Versäumnisse bei der Verfolgung von Tätern vorgerechnet zu bekommen. Nicht zuletzt fälschte das MfS Akten, wenn es Personen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik zu diskreditieren galt. Doch auch vom MfS initiierte Strafverfahren gab es. Das Monopol des Geheimdienstes auf NS-Akten führte zu deren höchst instrumentellem Gebrauch, der jegliche Transparenz der Verfahren ebenso vermissen ließ, wie eine eindeutige moralische Linie.

Streit um die Deutungshoheit

Im Zuge der Aufarbeitung der DDR-Justizpraxis gegenüber NS-Straftätern kam es in den 1990er Jahren zu einer Kontroverse um die Deutungshoheit der in der DDR stattgefundenen Strafverfahren gegen NS-Täter. Während der ehemalige DDR-Generalstaatsanwalt Günter Wieland darauf beharrte, die DDR-Strafverfolgungsbehörden hätten NS-Täter mit allen zu Gebote stehenden rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt[8], kritisiert Falco Werkentin[9] den apologetischen Charakter von Wielands Ausführungen.[10] Wieland unterschlage die Tatsache, dass in der DDR geführte NS-Prozesse rechtsstaatlichen Standards nicht genügt hätten. Gleiches kritisiert Werkentin an der vom Amsterdamer Rechtswissenschaftler Rüter besorgten Edition ostdeutscher NS-Urteile. Diese übernehme unkritisch die Angaben der DDR-Justizorgane, ohne nach deren ideologischer Determination zu fragen. Ein Vorwurf, den Rüter zurückweist. Für ihn bestünden keine Zweifel am rechtsstaatlichen Charakter von in der DDR geführten NS-Prozessen. Der Streit wird nicht ohne Grund erbittert geführt: der legitimatorische Antifaschismus der DDR bezog seine Authentizität nicht unwesentlich aus der Behauptung, Nazis seien in der DDR unnachsichtig verfolgt worden. Während DDR-Apologeten im Umfeld der Linkspartei diese These weiterhin stützen und wider besseres Wissen dagegen anschreiben, bedienen sich totalitarismustheoretisch durchwirkte Historiker der niederschmetternden Erkenntnisse aus den Akten der Birthlerbehörde, um ihre antikommunistischen Ressentiments bestätigt zu finden.

Fazit

Die heute noch anzutreffende Ansicht, die DDR habe, anders als die Bundesrepublik, gänzlich mit der personellen Kontinuität des NS-Staates gebrochen und NS-Täter konsequenter verfolgt, muss als historische antifaschistische Meistererzählung verworfen werden. Wie gezeigt, pflegte die DDR ein politischen Opportunitätserwägungen unterworfenes Verhältnis zur strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechen. Diese Tatsache schmälert das Engagement der Akteure der DDR- Justiz bei der Verfolgung von NS-Tätern keineswegs, zumal sie nicht wenige ehemalige Nazis auch in hohen Funktionen der Bundesrepublik erfolgreich unter Druck setzte. Dass die DDR-Behörden dabei jedoch stets ihre eigenen strategischen Interessen verfolgten, macht das Spannungsverhältnis zwischen einer ohnehin ideologiegebundener Strafverfolgung und den Interessen der DDR im Kontext des Kalten Krieges deutlich. Die Ahndung von NS-Verbrechen war in höchstem Maße abhängig vom deutsch-deutschen Wechselwirkungsverhältnis im Zeitalter der Blockkonfrontation.

Die Fälle, in denen das MfS wieder besseres Wissens, NS-Täter deckte, um diese für seine geheimdienstlichen Interessen einzuspannen, zeigt, wie stark die Verfolgung von NS-Straftätern in der DDR einer instrumentellen Moral untergeordnet war, die im Zweifel auf die Interessen der Opfer wenig Rücksicht nahm.

Während man in den 1960er Jahren keinen propagandistischen Aufwand scheute, um die tatsächlichen Versäumnisse der westdeutschen Justiz bei der Verfolgung von NS-Tätern anzuprangern, breitete die DDR über NS-Täter im eigenen Land den Mantel des öffentlichen Schweigens. Die DDR nahm NS-Täter, wo es zweckdienlich schien, für den Klassenkampf in Dienst, statt sie rechtsstaatlich zu bestrafen. Insofern blieb der propagierte Antifaschismus der DDR auch auf dem Feld der Verfolgung von NS-Tätern eine historische Meistererzählung, die als Gegendiskurs zum Modell der westdeutschen Restauration zwar ihre Berechtigung besaß, realiter jedoch selektiv und instrumentell ausgelegt wurde. ■

7| Vgl. ROSSKOPF, Annette: Friedrich Karl Kaul: 2002

8| Vgl. WIELAND, Günter: Einleitung IN: RÜTER, Christian F.: DDR-Justiz und NS-Verbrechen; Amsterdam 2002

9| Vgl. WERKENTIN, Falco: DDR-Justiz und NS-Verbrechen – Notwendige Anmerkungen zu einer Dokumentation IN: DEUTSCHLAND ARCHIV 3/05 S.506ff.

10| Vgl. WIELAND, Günter: Die Amsterdamer Edition »Ostdeutsche Justiz und NS-Verbrechen« IN: BULLETIN FÜR WELTKRIEGS-UND FASCHISMUSFORSCHUNG Nr. 19/2002 S.3ff.

Stille Hilfe

Im Morgengrauen kamen die Flüchtlinge zu Fuß über die deutsch-dänische Grenze. Sie klopften an die Tür der kleinen dänischen Gärtnerei und nannten das Codewort: Phalaenopsis. Der Name der Orchidee öffnete ihnen das Tor zur Freiheit. Sofort ließ der junge dänische Fluchthelfer Vagner Kristensen, der freiwillig in der SS-Division Wiking gedient hatte, seine Arbeit liegen und begleitete die deutschen Kameraden zum nächsten sicheren Schleusungspunkt. Mit seiner Hilfe gelang im Herbst 1946 auch Johann von Leers die Flucht ins rettende Ausland. In seiner Heimat wurde der hochbelastete NS-Funktionär gesucht, als Chefideologe im Reichspropagandaministerium war er nicht nur zuständig für sogenannte »Rassenfragen«, sondern galt als mitverantworlicher Unterstützer des Massenmords an den europäischen Juden.

Andrea Röpke

Über eine weitere Anlaufstelle der »Fluchtroute Nord« in Malmö gelangte von Leers mit dem Schiff nach Ägypten. Dessen damaliger Oberbefehlshaber Gamal Abd el Nasser galt als glühender Antisemit, der später als Präsident des Landes, auch von der »ägyptischen Endlösung« träumte. Als Berater für den Waffenhandel im Nahen Osten hatte Nasser bereits den ehemaligen Chef der Sabotageabteilung des Reichssicherheitshauptamtes, Obersturmbannführer Otto Skorzeny unter Vertrag genommen. Unter Skorzenys Fittiche heuerten rund 100 deutsche »Fachleute« für den ägyptischen Sicherheitsdienst an. Viele davon waren international gesuchte NS-Verbrecher, zum Beispiel der frühere SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, einst mit zuständig für Deportationen in ganz Europa. Aus Sicherheitsgründen konvertierte auch Johann von Leers zum Islam. Als Amin ben Omar arbeitete der frühere Goebbels-Adjutant wenige Jahre später in leitender Funktion im ägyptischen Informationsministerium, um Agitation gegen Israel zu betreiben. Dort in Kairo traf ihn sein Fluchthelfer von einst, der dänische SS-Mann Kristensen, 1959 beim Bier im »Löwenbräu« wieder.

Solche alten Geschichten erzählte Kristensen stolz seinen Kameraden beim SS-Treffen im Kursaal zu Krumpendorf in Österreich. Jedes Jahr im Herbst treffen sich die überlebenden Mitglieder der Waffen-SS zum Plausch und zum Austausch ihrer fragwürdigen Heldentaten. Der Star der braunen Szene beim österreichischen Ulrichsberg-Treffen ist Gudrun Burwitz aus München. Die Tochter des früheren Reichsführers SS Heinrich Himmler hält Hof unter den letzten ehemaligen Untergebenen ihrers Vaters. Auch Kristensen fieberte Mitte der 90er Jahre dieser Audienz entgegen. Später stellte sich heraus, dass beide nicht nur dieselben Massenmörder verehren, sondern auch für eine weit verzweigte Organisation tätig waren: die Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V. Kristensen als Fluchthelfer auf der »Fluchtroute Nord« des Vereines, Burwitz als Betreuerin von inhaftierten SS-Verbrechern.

Hinter dem anrührenden Namen der Stillen Hilfe verbirgt sich eine verschworene Gemeinschaft von früheren Nationalsozialisten und ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die gemäß dem Wahlspruch der SS »Unsere Ehre heißt Treue« nach Kriegsende halfen, gesuchte SS-Schergen ins Ausland zu schleusen. Später änderten sich die

[1]

[2]

[3] [4] [5]

Caretas ¡EXPLOSIVO CASO BANCHERO

CAZANDO A UN VERDUGO

[6]

[1] Rudolf Aschenauer – Rechtsanwalt und ehem. Stille-Hilfe-Vorsitzender
[2] Alois Brunner – Der SS-Hauptsturmführer konvertierte zum Islam.
[3] Hans-Ulrich Rudel – NS-Kampfflieger und »Kameradenhelfer«.
[4] Reinhard Gehlen – Ehemaliger NS-Funktionsträger und BRD-Geheimdienstler
[5] Der RSHA-Chef Otto Skorzeny wurde ägyptischer Geheimdienstmitarbeiter
[6] Der ehem. Gestapo-Chef Klaus Barbie floh mit Unterstützung eines US-Geheimdienstes.

Aufgaben der Organisation. Offiziell kümmerte sich der Verein um inhaftierte NS-Kriegsverbrecher, besorgte Anwälte und Geld für die Angehörigen. Unter dem Vorwand, ein mildtätiger Verein zu sein, gelingt es den Mitgliedern der Organisation, Geld für die braune Bewegung zusammenzutragen und systematisch braune Nachwuchsarbeit zu betreiben – seit über 50 Jahren.

Aus dieser organisierten Fluchthilfe, die auch SS-Schergen wie Erich Priebke oder Klaus Barbie nutzten, um sich nach Südamerika abzusetzen, ist die Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V. hervorgegangen. Unter diesem Namen wurde die Organisation erstmals am 15. November 1951 in das Vereinsregister Wolfratshausen unter Nr. VR 43/51 eingetragen. Wenige Wochen zuvor, am 7. Oktober 1951, hatten sich ehemalige hochrangige SS-Offiziere mit Würdenträgern der evangelischen und katholischen Kirche zur Gründungsversammlung getroffen. Dem Vorstand gehörten neben der ersten Vorsitzenden Prinzessin Helene-Elisabeth von Isenburg der württembergische Altbischof Theophil Wurm, der Münchener Weihbischof Johannes Neuhäusler wie auch der ehemalige SS-Standartenführer Wilhelm Spengler und SS-Obersturmbannführer Heinrich Malz, vormals persönlicher Referent von SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, ab 1943 Vollstrecker bei der »Endlösung der Judenfrage«, an.

Laut Satzung verfolgt der Verein das Ziel »in stiller tätiger Hilfe allen denjenigen (zu) helfen, die infolge der Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit durch Gefangennahme, Internierung oder ähnliche, von ihnen persönlich nicht zu vertretende Umstände ihre Freiheit verloren haben«. Von dieser Fürsorge profitierten Kriegsverbrecher wie Gottfried Weise, der im Konzentrationslager in Auschwitz gemordet hat, oder Josef Schwammberger, der als Lagerleiter in den polnischen Städten Rozwadow und Mielec sowie als Kommandant des Ghettos Przemysl verantwortlich für zahllose Morde gewesen ist. Die Stille Hilfe hat aus diesen Tätern Opfer gemacht. Im Vereinsjargon heißen NS-Massenmörder stets nur »Kriegsverurteilte«, für die alles unternommen wird, um Begnadigungen durchzusetzen.

Dazu nutzten die »Stillen Helfer« auch ihre teils engen Kontakte zu prominenten Mitgliedern der Unionsparteien. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß war ein guter Bekannter des rechten Rechtsanwaltes Rudolf Aschenauer, der die Stille Hilfe bis zu seinem Tod anführte. Zum Partei-Hardliner Alfred Dregger, von 1982 bis 1991 CDU-Fraktionschef im Bundestag, hatte der Verein offensichtlich ebenfalls einen guten Draht. Am 20. Februar 1989 jedenfalls schreibt Dregger an die »Stillen Helfer«: »Sie haben mich in der Vergangenheit um Unterstützung der Bemühungen zur Freilassung der beiden letzten deutschen Kriegsverurteilten in Breda gebeten.« Und weiter: »Ich begrüße ausdrücklich die Freilassung der beiden Männer.« Bei den beiden »Kriegsverurteilten«, wie sich der inzwischen verstorbene CDU-Politiker Dregger ganz im Stile der Stillen Hilfe ausdrückte, handelte es sich um SS-Hauptsturmführer Ferdinand Hugo aus der Fünten, verantwortlich für die Deportation von mehr als 100.000 Juden aus den Niederlanden, sowie um Franz Fischer, einen für seinen Sadismus berüchtigten SS-Sturmbannführer.

→

[1] Helene Prinzessin von Isenburg und Weihbischof Johannes Neuhäusler, beide Gründungsmitglieder der Stillen Hilfe

Gegen die Gräueltaten der Nationalsozialisten hatte der Papst einst nichts unternommen, zum Holocaust hatte er geschwiegen. Dafür erhob er nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« um so lauter seine Stimme, um Kriegsverbrecher vor dem Galgen zu bewahren. Bei der polnischen Regierung bat er beispielsweise um Gnade für den Gauleiter Arthur Greiser, der als Reichsstatthalter des Reichsgau Wartheland die Morde an 300.000 Juden, Polen und psychisch Kranken im Vernichtungslager Chelmno als »bestes Soldatentum« bezeichnet hatte. Der Vatikan sei »die größte Einzelorganisation, die in die illegale Bewegung von Auswanderern verwickelt ist«, meldete ein US-Agent 1947 an das State Department. Und weiter: »Es gibt große Gruppen von Nazi-Deutschen, die einzig zu dem Zweck nach Italien kommen, fiktive Identifikations-Dokumente zu bekommen, Pässe und Visa, um dann meist unmittelbar über Genua und Barcelona nach Lateinamerika weiterzureisen«.

Mit Hilfe der katholischen Kirche versuchte Stille-Hilfe-Chefin Prinzessin von Isenburg die Arbeit mehrerer Hilfsorganisationen zu koordinieren, die sich alle dem gleichen Ziel verschrieben hatten, nämlich NS-Verbrecher vor Strafe zu bewahren. Dabei arbeitete die braune Adelige auch mit der »Kameradenhilfe« des untergetauchten Altnazis Hans-Ulrich Rudel zusammen, der 1948 über Rom nach Argentinien geflohen und dort ein enger Freund des Diktators Peron geworden war. Rudel, Hitlers höchstdekorierter Kampfflieger, hatte im Zweiten Weltkrieg mit den Bordkanonen seiner JU 87, obschon beinamputiert, bei 2.530 Einsätzen 519 russische Panzer zerschossen. Wegen dieser kriegerischen »Heldentaten« und seiner »unerschütterlichen nationalsozialistischen Gesinnung« wurde Rudel später auch zum Idol vieler Neonazis.

Obwohl die amerikanische Abteilung »Gegenspionage« der US-Army, des Counter Intelligence Corps (CIC) frühzeitig von den als »Ratten- oder Klosterlinien« bezeichneten Fluchtrouten wusste, erfolgte keine Reaktion. Kein Wunder, der amerikanische Geheimdienst nutzte die »Rattenlinie« für eigene Zwecke. Das CIC hatte Anfang 1947 Klaus Barbie, den ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon, als Leiter eines Spionageringes verpflichtet, eben jenen Barbie, der Tausende Juden hatte in die Vernichtungslager deportieren und französische Widerstandskämpfer foltern und ermorden lassen. Offiziell stand der »Schlächter von Lyon« auch auf den Fahndungslisten der Amerikaner, zumal die deutsche Polizei und der französische Geheimdienst nach ihm suchten, aber inoffiziell spionierte er in amerikanischem Auftrag den französischen Geheimdienst sowie ukrainische Emigranten und deutsche Kommunisten in Bayern aus. Als die Franzosen 1951 Wind davon bekamen, wurde die Situation so brenzlich, dass der CIC beschloß, Barbie eine neue Identität zu geben und ihn über Italien nach Südamerika zu schleusen. Barbie war kein Einzelfall. Der US-amerikanische Geheimdienst CIC verhalf in Zusammenarbeit mit dubiosen Fluchthilfeorganisationen einer ganzen Reihe namhafter SS-Schergen zu einem neuen Leben. Auch innerhalb der bundesdeutschen Grenzen griffen die US-Geheimdienste gern auf Hitlers Helfer zurück, wenn es um die Durchsetzung außenpolitischer Ziele ging. Gleich nach Kriegsende sicherten sie sich beispielsweise die Dienste von Reinhard Gehlen, dem früheren Chef der Abteilung Fremde Heere Ost des Oberkommandos des Heeres. Gehlen war einst für die Aufklärung an der gesamten Ostfront der Wehrmacht zuständig gewesen, vor allem gegen die Sowjetunion. Dieses Wissen konnte man zu Beginn des Kalten Krieges gut gebrauchen. Gehlen gründete mit amerikanischer Hilfe die »Organisation Gehlen« – 1956 in Bundesnachrichtendienst (BND) umbenannt.

Reinhard Gehlen griff als Präsident des Auslandsgeheimdienstes immer wieder auf die Hilfe alter Kameraden zurück, u.a. auch auf die von Obersturmbannführer Otto Skorzeny in Kairo.

Ganz im Sinne der Stillen Hilfe richtete die Bundesregierung unter Konrad Adenauer in den 50er Jahren eine »Zentrale Rechtsschutzstelle« ein. Diese Dienststelle sorgte nun dafür, dass Deutsche, die im Ausland wegen Kriegsverbrechen angeklagt waren, Rechtsbeistand erhielten. Dafür wurden Unterlagen über Kriegsverbrecher-Prozesse gesammelt, um beispielsweise in Abwesenheit verurteilte Deutsche warnen zu können, »damit die nicht blindlings irgendwohin fahren, wo sie dann verhaftet werden«, wie damals das Auswärtige Amt mitteilte. Um dies zu verhindern, arbeitete die »Rechtschutzstelle« eng mit der Stillen Hilfe zusammen. Unter dem Aktenzeichen E 270/50 kümmerte sich der Leiter der Stelle, Johannes Gawlik, persönlich um den Kontakt zu dem SS-Verein: »Ich würde es dankbar begrüßen, wenn Sie mich über Maßnahmen (..) unterrichten würden«, schrieb er einmal an ein Vorstandsmitglied der Stillen Hilfe.

Doch die Stille Hilfe kümmerte sich nicht nur um ehemalige Nationalso-

zialisten, sondern sammelt auch Geld für die braune Bewegung und betreibt systematisch Nachwuchsarbeit – auch weiterhin fast unbehelligt von den Verfassungsschutz-Behörden. Die Organisation, die über 40 Jahre als gemeinnütziger Verein eingetragen war, hatte in dieser Zeit ein kleines Vermögen angesammelt. Neben Erbschaften stammte das Geld überwiegend aus Spenden, wobei ein jährliches Spendenaufkommen von über 150.000 D-Mark in den 90er Jahren nicht selten war. Geld, das potenziell nicht nur alten, sondern auch jungen Neonazis zur Verfügung steht. »Für den Fall, dass einmal die Aufgabe der Stillen Hilfe beendet sein sollte, was augenblicklich allerdings noch nicht abzusehen ist, haben wir dafür gesorgt, dass auch dann unser Restvermögen in die richtigen Hände gelangt«, schreibt der jetzige Vereinsvorsitzende Horst Janzen aus Wuppertal jedenfalls in einem vertraulichen Brief. Der pensionierte Ingenieur, der bereits zur zweiten Generation von »Stillen Helfern« gehört, nennt seinen Verein heute liebevoll »Amnesty National«.

Mitglieder der Stillen Hilfe kümmerten sich in den letzten Jahrzehnten persönlich um den braunen Nachwuchs. Der extrem rechte Anwalt und braune Multifunktionär Jürgen Rieger aus Hamburg-Blankenese etwa ist ein politischer Ziehsohn des Stille-Hilfe-Mitglieds Gertrud Herr. Herr, die frühere Funktionärin im Bund Deutscher Mädel (BDM), referierte bis 1998 gern bei Schulungsveranstaltungen in Riegers ehemaligem Tagungsheim in Hetendorf in der Lüneburger Heide. Vor jungen extrem rechten Zuhörern leugnete sie den Holocaust: »Von welcher Rasse die waren, war uns doch egal. Es ging um unsere Rüstung und um weiter nichts. (...) Sie haben eine bessere Verpflegung gehabt als das Zivil. Die haben alles gehabt, was zur leiblichen und körperlichen Notdurft von Menschen gehört, um leistungsfähig zu bleiben für den Krieg.« In Auschwitz, erzählt Gertrud Herr, habe kein »Mensch einen Menschen absichtlich umgebracht«. Sie wisse, was ein KZ war, versichert sie ihren jungen Zuhörern. »Das, was in Deutschland war, mein Gott, das ist direkt albern, darüber zu reden.« Tote habe es mitunter auch gegeben, denn »die brachten Seuchen mit rein von draußen«. Wegen dieser Seuchengefahr habe man die Leichen verbrennen müssen. »Weiter ist da wirklich nichts gewesen.«

Die unbelehrbare Hitler-Verehrerin aus Hamburg war nicht die einzige Stille Helferin aus den Reihen der Anhänger des Neonazis Jürgen Rieger, weitere Angehörige kamen aus Stadthagen und Buchholz in der Nordheide.

»Die Stille Hilfe hatte immer eine Vorbildfunktion für die rechte Szene«, sagt einer, der es wissen muß: Christian Worch, mehrfach vorbestrafter Neonazi, Anführer der militanten Kameradschaftsszene. Der gelernte Notargehilfe gilt als einer der Rädelsführer in den Anfängen der so genannten Anti-Antifa-Kampagne, bei der missliebige Gegner, etwa Politiker, Journalisten, aber auch Richter, Staatsanwälte und Polizisten observiert und deren Adressen und sonstige Angaben gesammelt wurden. Die Daten veröffentlichte Worch anschließend in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Index«, in der auch für die Altnazi-Organisation geworben wurde.

Kein Wunder also, dass die Stille Hilfe auch als Modell für die Gründung jüngerer brauner Gruppen diente. Beispiel: die »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG), mit vermutlich über 500 Mitgliedern die größte Neonazi-Organisation Deutschlands. Wie die Gründer der Stillen Hilfe haben auch die HNG-Aktivisten um Ursel und Curt Müller aus Mainz-Gonsenheim die Vereinsstruktur als Organisationsform gewählt. Die Vereinsform hat Vorteile: Über ihr Spendenaufkommen muss die HNG – wie ihr Vorbild Stille Hilfe – der Öffentlichkeit keine Rechenschaft ablegen, im Gegensatz zu Parteien ihre Großspender nicht nennen. Für die Eintragung ins Vereinsregister hat die HNG ihre Satzung entsprechend frisiert und ihre eigentliche Gesinnung hinter einem karitativen Anstrich versteckt: »Die HNG verfolgt ausschließlich und unmittelbar karitative Zwecke, indem sie nationale politische Gefangene und deren Angehörige im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt.«

Was das in der Praxis bedeutet, demonstriert die HNG mit ihrer Unterstützung für die »Kameraden aus dem nationalen Widerstand«, wie die inhaftierten Neonazis bei ihnen heißen, die etwa nach dem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen 1992 festgenommen worden sind. Der Verein betreut ausdrücklich Häftlinge, die »Brandanschläge auf Asylantenunterkünfte, Körperverletzung und andere Straftaten aus ihrer politischen Gesinnung heraus begangen haben«, wie der Verfassungsschutz Hamburg damals feststellte. Auch einer der Solinger Brandstifter, Christian Reher, wurde jahrelang auf der »Prominenten«-Liste der HNG geführt – inzwischen auf freiem Fuß, ist er nach kurzer Zeit wieder straffällig geworden: vor einem Neonazi-Aufmarsch zeigte er stolz den Hitlergruß. ■

[1]

[1] Auch Adolf Eichmann (links) floh über die »Rattenlinie«. Hier bei der Überfahrt nach Argentinien.

»Tot ermittelt«

NS-Verbrechen, Justiz und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik

Am Abend des 22. Juni 2005 spielten sich im Justizgebäude der norditalienischen Stadt La Spezia ergreifende Szenen ab. Soeben hatte der Vorsitzende des Militärgerichts die Urteile gegen zehn ehemalige Soldaten der SS-Panzergrenadierdivision »Reichsführer SS« verkündet. Die Richter verhängten jeweils lebenslängliche Freiheitsstrafen wegen »fortgesetztem Mord, begangen mit besonderer Grausamkeit«. Alle zehn Angeklagten wurden schuldig gesprochen, an einem der brutalsten von Deutschen verübten Verbrechen in Italien während des Zweiten Weltkrieges beteiligt gewesen zu sein. Am 12. August 1944 hatten vier Kompanien der SS-Einheit im toskanischen Dorf Sant Anna di Stazzema ein Massaker angerichtet. Innerhalb weniger Stunden waren 560 Bewohner der Ortschaft ermordet worden. Unter dem Deckmantel angeblicher »Partisanenbekämpfung« hatten 300 SS-Soldaten Männer, Frauen und Kinder regelrecht abgeschlachtet. 61 Jahre lang waren diese Taten weder von der deutschen noch von der italienischen Justiz verfolgt worden. Im Gerichtssaal brandete daher nach der Urteilsverkündung spontaner Applaus auf. Gleichzeitig kämpften Angehörige der Opfer des Massakers mit den Tränen. Erleichterung über die Entscheidung der Richter mischte sich mit traumatischen Erinnerungen an jenen 12. August 1944, aber auch mit hilfloser Wut. Keiner der Angeklagten war zum Prozess in La Spezia erschienen. Das Gericht hatte die Urteile in deren Abwesenheit gesprochen. Die Hoffnung, dass die ehemaligen SS-Männer jemals für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden, erscheint indes zweifelhaft. Alle zehn verbringen ihren Lebensabend in der Bundesrepublik, die NS-Täter und Kriegsverbrecher grundsätzlich nicht an andere Staaten ausliefert. Zwar ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft zum »Komplex Sant Anna«, ob und wann jedoch gegen die Beschuldigten Anklage erhoben wird, ist nicht absehbar. Dem Urteil von La Spezia misst die deutsche Justiz allenfalls untergeordnete Bedeutung bei: »Wir gehen da ein bisschen tiefer als die Italiener« ließen die Stuttgarter Ermittler verlauten, schließlich müssten »die Mordmerkmale wie Grausamkeit dem Einzelnen nachgewiesen werden.«[1] Dies aber sei 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein zeitintensives Unterfangen – Zeit, die angesichts des hohen Alters der Beschuldigten kaum mehr zur Verfügung steht. Zu befürchten ist, dass die Ermittlungen gegen die zehn in La Spezia Verurteilten enden werden wie zahllose andere Ermittlungsverfahren, die im Zusammenhang mit NS-Verbrechen eröffnet wurden – ohne Ergebnis.

Die juristische Aufarbeitung der NS-Zeit gilt heute als Nachweis einer auf lange Sicht respektablen Vergangenheitsbewältigung. In diesem Zusammenhang wird gerne auf die Ermittlungstätigkeit der »Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen« verwiesen, die im Dezember 1958 in Ludwigsburg ihre Arbeit aufnahm. Ein Großteil der in der Bundesrepublik seit 1945 eingeleiteten 106.496 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche NS-Täter ging auf die Initiative der Behörde zurück, ohne deren Existenz die Strafverfolgung von NS-Verbrechen wohl noch beschämender ausgefallen wäre. Gegenwärtig beschäftigen sich die Mitarbeiter der Zentralen Stelle noch mit 24 »Tatkomplexen« in ganz Europa.[2] Dennoch erweist sich die Bilanz der juristischen Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik als niederschmetternd. Die Verfahren gegen 102.223 Personen endeten mit Einstellungsverfügungen oder Freisprüchen. Lediglich 6.495 Beschuldigte wurden rechtskräftig verurteilt. In nur 157 Fällen verhängten bundesdeutsche Gerichte lebenslange Freiheitsstrafen.[3]

Rechtspolitische Weichenstellungen im »Schatten der Volksgemeinschaft«

Die Gründe, weshalb sich die Verfolgung von NS-Verbrechen zu einem »Desaster« (Norbert Frei) entwickelte, sind vielschichtig. Zum einen sind hier vergangenheitspolitische Weichenstellungen zu nennen, die in den 1950er und 1960er Jahren vorgenommen wurden. Zum anderen Ermittlungs- und Entscheidungspraktiken von Polizei, Staatsanwälten und Richtern, die bisweilen abenteuerliche, in den meisten Fällen aber »täterfreundliche« Auffassungen und Deutungsmuster erkennen ließen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich die juristische Vergangenheitsbewältigung »im Schatten der Volksgemeinschaft« (Marc von Miquel) vollzog. Vor allem im ersten Nachkriegsjahrzehnt halluzinierten sich die Deutschen in ihrer überwiegenden

Mehrheit als ein Kollektiv von Opfern. Zwar führten generationelle, politische und kulturelle Umbrüche seit den 1960er Jahren in Teilen der Gesellschaft zu einem kritischeren Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus. Die Forderungen nach einem »Schlussstrich«, die sich nicht zuletzt an den fortwährenden Ermittlungen gegen NS-Verbrecher entzündeten, blieben jedoch feste Bestandteile vergangenheitspolitischer Diskurse. Schon seit dem Ende der 1940er Jahre stieg in der deutschen Bevölkerung der Unmut über die alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen. In Umfragen vertrat lediglich ein Drittel der Befragten die Auffassung, die Nürnberger Prozesse seien gerecht gewesen. In der frühen Bundesrepublik avancierten die Forderungen, die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen zu begrenzen zu einem zentralen innenpolitischen Thema. In diesem Klima wurden während der 1950er und 1960er Jahre folgenreiche rechtspolitische Entscheidungen getroffen:

Erstens verzichtete die Bundesrepublik darauf, NS-Verbrechen mit einem speziellen juristischen Instrumentarium zu verfolgen. Die alliierten Kontrollratsgesetze, die etwa »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« unter Strafe stellten, verloren ihre Gültigkeit. Als Grundlage der Strafverfolgung sollten ausschließlich die Bestimmungen des Strafgesetzbuches (Mord, Totschlag, Freiheitsberaubung, schwere Körperverletzung) dienen. Dies bedeutet, dass NS-Tätern ihre individuelle Schuld präzise nachgewiesen werden muss. Die nationalsozialistischen Massenverbrechen, die u.a. dadurch gekennzeichnet waren, dass sie oftmals von größeren Akteursgruppen kollektiv und arbeitsteilig begangen wurden, sind damit juristisch kaum zu erfassen.

Zweitens wurden unzählige NS-Täter durch den 1952 zwischen den Westalliierten und der Bundesrepublik geschlossenen »Überleitungsvertrag« faktisch amnestiert. Der Vertrag schützte diejenigen vor strafrechtlicher Verfolgung, gegen die bereits englische, französische oder amerikanische Behörden wegen Kriegsverbrechen ermittelt, das Verfahren aber eingestellt hatten. Diese Personen konnten von deutschen Staatsanwälten selbst dann nicht angeklagt werden, wenn sich neue Indizien für deren Schuld ergaben.

Drittens verabschiedete der Bundestag in den Jahren 1949 und 1954 zwei Amnestiegesetze, auf die sich insgesamt über eine Million Menschen berufen konnten. Beide Regelungen ermöglichten Personen, die nach dem Ende des »Dritten Reichs« unter falschem Namen untergetaucht waren eine Rückkehr in die Legalität, ohne dabei unbequeme Fragen nach den Hintergründen des Abtauchens fürchten zu müssen. Das Gesetz vom Juli 1954 amnestierte Straftaten mit einem Strafmaß von bis zu drei Jahren, die zwischen dem 1. Oktober 1944 und dem 31. Juli 1945 »in Annahme einer Dienst- oder Amtspflicht oder auf Grundlage eines Befehls« begangen worden waren. Die Amnestieregelungen führten zur Einstellung von Ermittlungsverfahren, in denen es etwa um Befehle zur Erschießung von britischen Fliegern oder um Misshandlungen amerikanischer Kriegsgefangener ging.

Viertens begannen seit Mitte der 1950er Jahre einige Delikte, wie schwere Körperverletzung oder Freiheitsberaubung, zu verjähren. Obgleich die fatalen Konsequenzen dieser Entwicklung auf der Hand lagen, verzichteten die Bundesregierung und die bürgerlich-konservative Mehrheit des Bundestages darauf, die Ablauffristen zu verlängern. Als am folgenreichsten erwies sich in diesem Zusammenhang das Auslaufen der Verjährungsfrist für Totschlag im Mai 1960.

Seither können NS-Täter lediglich wegen »Mord« und in begrenzten Fällen wegen »Beihilfe zum Mord« belangt werden. Die Hürden hierfür liegen allerdings hoch. Demnach müssen die Taten der Beschuldigten bestimmte »Mordmerkmale« wie »Grausamkeit« oder »Heimtücke« aufweisen, um sie auch tatsächlich als »Mord« anklagen zu können.

Ähnlich kompliziert gestalten sich Ermittlungen wegen »Beihilfe zum Mord«. Im Zuge der Novellierung des Ordnungswidrigkeiten-Gesetzes im Jahr 1968 wurde der entsprechende Paragraf im StGB neu geregelt. »Beihilfe zum Mord« kann seitdem nur noch verfolgt werden, wenn einem auf Befehl handelnden Mittäter »niedere Beweggründe« nachzuweisen sind, die vollendete Tat somit durch »persönliche Merkmale« gekennzeichnet ist. In der Praxis bedeutete dies eine »Amnestie durch die Hintertür«. Den ehemaligen Funktionseliten des »Dritten Reichs«, die fernab vom eigentlichen Mordgeschehen die nationalsozialistischen Massenverbrechen geplant und koordiniert hatten, konnten »persönliche Motive« kaum mehr nachgewiesen werden.

»Trostlose Bilanz« – die Entscheidungspraktiken der Justizbehörden

Das Scheitern der juristischen Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik ist aber auch den Entscheidungspraktiken der Justizbehörden zuzuschreiben. An diesem Befund ändert der Hinweis auf die akribische Ermittlungstätigkeit der »Zentralen Stelle« wenig.

Von Beginn an sah sich die Zentrale Stelle mit Problemen und Widerständen konfrontiert. Der ehemalige Generalbundesanwalt und CDU-Rechtsexperte Max Güde bezeichnete die Staatsanwälte der Zentralen Stelle noch im Jahr 1968 unverhohlen als »unsere Idioten«.[4] Als entscheidendes Manko lässt sich festhalten, dass die Zentrale Stelle nur mit eingeschränkten Befugnissen versehen worden war. Zum einen gehörte die Aufklärung von Wehrmachtsverbrechen zunächst nicht zum Aufgabenfeld der Behörde. Zum anderen beschränkt sich die Arbeit der Ludwigsburger Staatsanwälte darauf, Vorermittlungen gegen mutmaßliche NS-Tä- →

1| Vgl. Taz (Nord) vom 20.4.2004; Taz (Nord) vom 28.11.2005.
2| Vgl. Rheinischer Merkur Nr. 41 vom 13.10.2005.
3| Vgl. Michael Greve, »Im Namen des Volkes...« Eine kurze Bilanz von 50 Jahren bundesdeutscher Strafverfolgung von NS-Verbrechen, http://www.michael-greve.de/strafenbrd.htm [2002]

ter einzuleiten. Danach werden die Verfahren an die zuständigen Staatsanwaltschaften abgegeben. Spätestens ab diesem Zeitpunkt, durften und dürfen viele Beschuldigte mit einem für sie günstigen Ausgang des Verfahrens rechnen. Denn die Tatsache, dass der größte Teil der Ermittlungen wegen NS-Verbrechen scheiterte, war besonders den Staatsanwälten vor Ort zu zuschreiben, die unzählige Fälle regelrecht »tot ermittelten« (Wolfgang Scheffler).

Dies zeigt ein Blick auf die Ermittlungs- und Entscheidungspraktiken der nordrhein-westfälischen Justizbehörden. In NRW wurden seit 1961 die Ermittlungen gegen mutmaßliche NS-Täter vor allem durch die Zentralstellen bei den Staatsanwaltschaften in Köln und Dortmund geführt. Mit wenig Erfolg, wie sich aus den behördeninternen Statistiken entnehmen lässt. So ermittelte die Dortmunder Staatsanwaltschaft bis 1999 gegen insgesamt 25.000 Beschuldigte, erhob aber in nur 159 Fällen Anklage. Über die Zahl der tatsächlich Verurteilten gibt es keine Angaben. Die Kölner Zentralstelle führte Ermittlungen gegen 5.402 Beschuldigte durch. 76 von ihnen mussten sich vor Gericht verantworten, 41 wurden rechtskräftig verurteilt.[5] Diese »trostlose Bilanz« (Stefan Klemp) resultierte aus mehreren Faktoren, die nicht nur den Umgang der NRW-Justiz mit NS-Verbrechen kennzeichneten, sondern auch für die problematischen Vorgehensweisen der Justizbehörden in der übrigen Bundesrepublik charakteristisch waren.

Mythos »Befehlsnotstand«

So folgten Richter und Staatsanwälte vielfach Interpretationen, die fraglos die mutmaßlichen Täter begünstigten. Ein klassisches Beispiel hierfür stellte die von zahllosen Beschuldigten vorgetragene Behauptung dar, sie hätten sich in einem vermeintlichen »Befehlsnotstand« befunden und unter Zwang an verbrecherischen Aktionen teilgenommen. Insbesondere in Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige von Polizeibataillonen, die maßgeblich an den Massenmorden in Osteuropa und in der Sowjetunion mitgewirkt hatten, waren die Strafverfolgungsbehörden ohne weiteres bereit, auf putativen Befehlsnotstand zu erkennen. Die Verfahren wurden daraufhin in aller Regel eingestellt. Obgleich der Verweis auf den angeblichen Befehlsnotstand bereits am Beginn der 1960er Jahre als von der historischen Forschung widerlegte Rechtfertigungslegende gelten konnte, gelang es zahlreichen Beschuldigten bis in die 1970er Jahre hinein, sich mit Hilfe dieser Argumentation aus der strafrechtlichen Verantwortung zu stehlen.

Demgegenüber kennzeichnete ein auffallend geringes Interesse für die Aussagen von NS-Opfern die Ermittlungspraxis der Dortmunder Behörde bis in die Gegenwart, was sich im Fall des ehemaligen Leiters des Gestapo-Gefängnisses »Kleine Festung« in Theresienstadt, Anton Malloth, zeigte, gegen den in NRW beinahe 30 Jahre ergebnislos ermittelt worden war. Die Staatsanwaltschaft München benötigte hingegen nur ein halbes Jahr, um Anklage gegen Malloth zu erheben und dessen Verurteilung zu einer lebenslangen Haftstrafe im Mai 2001 zu erreichen. Der zuständige Staatsanwalt übte in diesem Kontext deutliche Kritik an den Ermittlungspraktiken seiner Dortmunder Kollegen, indem er feststellte: »Jahrzehnte lang hat sich niemand für noch lebende Zeugen interessiert.«[6]

Als problematisch für die Strafverfolgung von NS-Tätern erwies sich ferner der Umstand, dass die Staatsanwaltschaften bei ihren Ermittlungen auf die Polizeibehörden angewiesen waren. Diese zeigten sich häufig wenig kooperativ, zumal sich ein erheblicher Teil der Verfahren gegen ehemalige Angehörige von SS-Einheiten und Polizeibataillonen richtete, die spätestens seit dem Beginn der 1950er Jahre wieder im Polizeidienst untergekommen waren. Dies galt besonders für die Landeskriminalämter, die mit den Ermittlungen wegen NS-Verbrechen beauftragt wurden. Aber auch in den Justizbehörden der Bundesrepublik zeigten sich personelle Kontinuitäten zur NS-Zeit. So wurde ausgerechnet die Zentrale Stelle in Dortmund bis ins Jahr 1972 von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern geleitet.

Die Rückkehr der Vergangenheit? NS-Prozesse seit den 1990er Jahren

So verwundert es nicht, dass zwar die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen seit Einrichtung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg anstieg, die Quote der rechtskräftigen Verurteilungen aber niedrig blieb. Die Zahl der richterlichen Entscheidungen sank im Verlauf der 1960er Jahre sogar unter das Niveau der 1950er Jahre, das mit durchschnittlich 28 verurteilten Beschuldigten (1954-1959) ohnehin äußerst bescheiden war.

Mit den Urteilen im Düsseldorfer »Majdanek-Prozess« der nach einer Verhandlungsdauer von über fünf Jahren im Juni 1981 mit Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren und lebenslänglich (bei einem Freispruch) für die neun Angeklagten geendet hatte, schien nach allgemeiner Auffassung die Strafverfolgung von NS-Verbrechen an ihr Ende gekommen zu sein. Tatsächlich ging die Zahl der Ermittlungsverfahren während der 1980er Jahre zurück. Umso überraschender wirkt daher die Feststellung, dass sich seit dem Beginn der 1990er Jahre entgegen allen Erwartungen doch noch einige NS-Täter vor Gericht verantworten mussten. Die neuen Verfahren fanden vor folgendem Hintergrund statt:

Erstens wurden nach dem Ende der Blockkonfrontation bislang nicht beachtete NS-Verbrechen in Osteuropa sowie auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bekannt. Zudem stellte sich heraus, dass etliche Verbrechen, die SS und Wehrmacht in west- bzw. südeuropäischen Staaten begangen hatten, über Jahrzehnte hinweg von den Justizbehörden ignoriert worden waren.

Dies geschah nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Italien. Dort wurden Ermittlungsunterlagen, die sich etwa mit dem Massaker von Sant Anna befassten buchstäblich weggeschlossen. Aus Rücksicht auf den deutschen NATO-Verbündeten verschwanden diese Akten seit den 1950er Jahren in einem so genannten »Schrank der Schande«, in einem Büro der Militärstaatsanwaltschaft in Rom und fristen dort bis 1999 ein Schattendasein.

Zweitens gewannen seit Mitte der 1990er Jahre entgegen allen geschichtspolitischen Tendenzen, die fortwährende Präsenz der NS-Zeit zurückzudrängen, Diskussionen an Bedeutung, die um die Beteiligung »ganz normaler« Deutscher an den NS-Verbrechen kreisten. Ursächlich hierfür war vor allem die erste Wehrmachtsausstellung, die einem breiten Publikum die Dimensionen der von der Wehrmacht begangenen Verbrechen drastisch vor Augen führte.

Drittens vollzog sich innerhalb der Polizei- und Justizbehörden ein Generationswechsel. Die Obstruktionen, die für die polizeilichen Ermittlungen gegen NS-Täter in den 1950er und 1960er Jahren kennzeichnend gewesen waren, wurden allmählich seltener.

Viertens verloren die Netzwerke und Lobbygruppen an Einfluss, die sich seit Gründung der Bundesrepublik auf unterschiedlichen Ebenen durchaus mit Erfolg für die Straffreiheit mutmaßlicher NS-Täter eingesetzt hatten.

Die Verfahren seit den 1990er Jahren, führten jedoch nicht in jedem Fall zu Verurteilungen. Während die ehemaligen SS-Offiziere Josef Schwammberger (1992), Julius Viel (2001) und Anton Malloth (2001) wegen Mord bzw. Beihilfe zum Mord langjährige Gefängnisstrafen erhielten, konnten andere Beschuldigte den Gerichtssaal als freie Männer verlassen. So wurde der Prozess gegen Herbertus Bikker vor dem Landgericht Hagen, wegen dessen Verhandlungsunfähigkeit im Februar 2004 eingestellt. Die Anklage hatte dem früheren Freiwilligen der Waffen-SS vorgeworfen, im November 1944 einen niederländischen Widerstandskämpfer erschossen zu haben. Mit einer nicht rechtskräftigen Verurteilung endete im Juli 2002 der Prozess gegen Friedrich Engel. Als Leiter des SD-Außenkommandos von Genua war er im Mai 1944 an der Ermordung von 59 italienischen Gefangenen beteiligt. Das Landgericht Hamburg verurteilte Engel zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Der BGH hob die Entscheidung zwei Jahre später auf. Das Gericht verwies darauf, dass dem Angeklagten das Mordmerkmal der »Grausamkeit« unzureichend nachgewiesen worden war. Einen neuen Prozess wollte der BGH dem ehemaligen SS-Offizier nicht zumuten.

Eine Bilanz der Strafverfolgung von NS-Verbrechen seit den 1990er Jahren fällt zwiespältig aus. Zwar wurden einige NS-Täter, wenn auch viel zu spät, zur Rechenschaft gezogen und zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt. Doch trotz der veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, ist die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der Gegenwart weiterhin von den Schwierigkeiten gekennzeichnet, die schon für die Jahrzehnte zuvor charakteristisch waren. Verwiesen sei hier auf schleppende Ermittlungstätigkeiten der Staatsanwaltschaften, bisweilen haarsträubenden Ermittlungspannen und eine höchstrichterliche Rechtsprechung, die den Mordparagrafen nach wie vor äußerst eng auslegt. Hinzu kommen das hohe Alter der Beschuldigten und deren eingeschränkte Verhandlungsfähigkeit.

Ungesühnte Verbrechen – Kephallonia und Kommeno

Auch in den noch laufenden Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche NS-Täter lassen sich kaum nennenswerten Veränderungen in den Praktiken der Strafverfolgungsbehörden beobachten. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der zehn Verdächtigen im Fall Sant Anna. Ebenso ziehen sich die Ermittlungen im Zusammenhang mit der Ermordung von mindestens 5000 italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kephallonia durch deutsche Gebirgsjägereinheiten im September 1943 in die Länge. Zwar bezeichnete bereits vor einem Jahr der mit dem Gesamtkomplex befasste Oberstaatsanwalt Maß, Leiter der Zentralen Stelle in Dortmund, die Verfahren gegen zwei Wehrmachtsveteranen aus der Nähe von Augsburg als »abschlussreif«. Die mittlerweile zuständigen bayerischen Strafverfolgungsbehörden haben bislang allerdings keine Anklagen erhoben. Ob die Ermittlungsverfahren gegen eine unbekannte Zahl weiterer Tatverdächtiger jemals zu konkreten Ergebnissen führen werden, ist auch nach Ansicht von Maß vollkommen unklar.

Ähnliches gilt für die Ermittlungen im Fall Kommeno. Im August 1943 hatte eine Gebirgsjägereinheit in dem nordgriechischen Dorf ein Massaker angerichtet und 317 Männer, Frauen und Kinder ermordet. Das Verbrechen hatte schon am Ende der 1960er Jahre die Staatsanwaltschaft München beschäftigt. Wie kaum anders zu erwarten, war das Verfahren aber eingestellt worden. Den Anstoß dafür, dass sich die Münchner Ermittlungsbehörden nach über 30 Jahren erneut mit dem Massaker von Kommeno befassen müssen, lieferten nicht zuletzt die von antifaschistischen Gruppen getragenen Proteste gegen die alljährlich an Pfingsten im oberbayrischen Mittenwald stattfindenden Gebirgsjägertreffen. Zu dieser Gelegenheit übergaben im Jahr 2003 Aktivisten des »Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege« der Polizei eine Liste mit den Namen von 150 noch lebenden ehemaligen Angehörigen des Regiments, das für das Massaker verantwortlich war. Seitdem ist wenig geschehen. Die Staatsanwaltschaft scheint ohne großen Elan zu ermitteln, so dass vermutlich auch die Verbrechen von Kommeno, ungesühnt bleiben werden. ■

4| Zit. nach Greve, Bilanz.
5| Vgl. Stefan Klemp, »Nicht ermittelt«. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz – Ein Handbuch, Essen 2005, S. 369.
6| Ebenda, S. 352.

Unholy Black Metal

Der extrem rechte Flügel im Black-Metal-Underground

Seit einigen Jahren boomt in der Rechtsrock-Szene von vielen unbeachtet die Musik neonazistischer Black-Metal-Bands. Sie reichert die Lebenswelt der neonazistischen Szene um weitere Elemente an und trägt zur Radikalisierung der Szene bei. »Nun, was hat er als Soldat dazu zu sagen? Immer dasselbe, mein Herzog! Schickt den Juden weg!« Mit diesem kurzen Redesample beginnt die Platte »Der Weg zum Galgen« der thüringischen Black-Metal-Band Menneskerhat. Danach setzt sofort der brachiale Sound des ersten Songs ein.

Die heutigen Black-Metal-Bands orientieren sich musikalisch nicht an den Bands der 1980er-Jahre, sondern maßgeblich an den norwegischen Gruppen, die Anfang der 1990er-Jahre das bis heute bestehende Klangbild der Musik prägten. Sie ist vorwiegend rau und zum Teil bewusst primitiv produziert. Ihr markantestes Erkennungsmerkmal ist der zumeist infernalische Kreischgesang. Während die Bands in Norwegen zuerst auf okkulte Texte setzten, erweiterten andere das Themenspektrum um nordisch-germanische Motive. Gemeinsam war ihnen die Deklaration eines Krieges gegen das Christentum, in dessen Zuge Musiker diverser Bands als auch jugendliche Fans reihenweise Kirchen in Brand setzten. Der Krieg selbst wurde spätestens ab Mitte des Jahrzehnts zu einem dritten eigenständigen Thema im Black Metal, wobei die Musiker in ihren Texten vor allem die Faszination an der Wucht, der Gewalt und dem zerstörerischen Potential des Krieges samt seiner apokalyptischen Dimension zu Gehör bringen. Bis heute sind diese drei Motive die bestimmenden Inhalte im Black Metal. Während die bekannten und weit über den Metal hinaus populären Bands wie Dimmu Borgir und Cradle of Filth eher mit dem okkulten Image der Musik kokettieren, versucht sich die grosse Masse der Underground-Bands gegen sie abzugrenzen. Einerseits, indem sie jedes kommerzielle Interesse verneinen und dabei teilweise auch die genannten Größen der Szene mit antisemitischen Stereotypen diffamieren, andererseits, indem sie sich als Hüter der wahren Lehre aufspielen. Stetig schwadronieren sie in Interviews davon, dass Black Metal mehr sei als nur Musik, nämlich ein bestimmter Lebensstil samt einer inneren Einstellung. Maßgeblich baut diese auf einem gewissen okkulten Grundinteresse auf und verneint christliche Werte und Normen, zu denen auch die sozialen Regeln eines gesellschaftlichen Miteinanders addiert werden. Stattdessen basiert der Lebensstil der Szene auf einem radikalen Individualismus, ganz im Sinne des Crowley'schen[1] Motto »Tu was Du willst, das sei das einzige Gesetz«, in Verbindung mit einer nihilistischen Verweigerung gegenüber allem und jedem.

1| Aleister Crowley gilt als Begründer des modernen Satanismus.

Neonazistisches Gedankengut trug zuerst Kristian »Varg« Vikernes von der Band Burzum in die Szene, nachdem er 1993 wegen Mordes an seinem ehemaligen Weggefährten und Brandstiftung inhaftiert worden war. Er hob hervor, dass Satanisten nach wie vor der christlichen Lehre verfangen seien und sich ja nur auf den biblischen Gegenspieler bezögen. Wer sich aber ganz davon lösen wolle, sollte sich der »eigenen Götter« und des »eigenen Glauben« bewusst werden, wie er vor der Christianisierung in Nordeuropa verbreitet war. Andere Gruppen, vor allem aus Frankreich, verwiesen auf den jüdischen Ursprung des Christentums und verstiegen sich teilweise zu einer wahnhaften Weltverschwörungsphantasie, dass die christliche Lehre von Nächstenliebe etc. nur eine perfide Erfindung »der« Juden sei, um sich die Menschen Untertan zu machen. Daraus resultiert bei einigen offen neonazistischen Gruppen so dann die Begeisterung für die SS und das »Dritte Reich«, welche die systemati-

Some day the whole world...
Support War Against judeo-christianity

[1] T-Shirt der polnischen Band Selbstmord: Ein SS-Totenkopf mit dem Slogan »Eines Tages die ganze Welt...Unterstütze den Krieg gegen die Juden-Christenheit

[1] Der Sänger der Bands Totenburg und Eugenik, Jens Fröhlich, auf einem NPD-Konzert in Gera.

sche Ermordung der europäischen Juden betrieben haben.

»Kampf um Art und Siegesglauben, richten über alles in der Zeit! Lässt sich der Gedanke niemals rauben, aufzubrechen, wir stehen bereit! Kühn zu kämpfen, um einst wieder zu herrschen. Die Art zu achten, wo man einst entsprungen. Skalden berichten, wie wir neu entstehen werden. Am Ende der Sieg, er wird wieder besungen«, grölt Asemit aka Jens Fröhlich von der Band Totenburg aus Gera. Sie nehmen für sich in Anspruch »Aryan Black Metal« zu spielen. Rechtes Gedankengut wird heute im Black Metal eben vorwiegend mit Rückbezug auf das nordisch-germanische Heidentum, auf den eigenen »Artglauben«, propagiert. Diese Tendenz lässt sich nicht nur national, sondern ebenso international beobachten. Auch Nokturnal Mortum aus der Ukraine betont: »Wir spielen arischen heidnischen NSBM.« Das Kürzel ist eine in der Szene verbreitete Eigenbeschreibung für »National Socialist Black Metal«, mit der allerdings nur wenige Bands belegt werden. Bedeutet sie doch, dass die so bezeichneten Gruppen explizit neonazistische Texte verfassen und den Nationalsozialismus als positiven Bezugspunkt in der Vergangenheit als auch für die Zukunft begreifen. Die meisten Bands jedoch, obwohl sie extrem rechte bis neonazistische Positionen verinnerlicht haben und auch propagieren, lehnen für sich diese Bezeichnung ab. »Absurd« beispielsweise sehen sich als »normale« heidnische Black-Metal-Gruppe. Tatsächlich vermieden sie auf den letzten Alben offen politische Bezüge und singen stattdessen vom heidnischen Kampf gegen das Christentum: »Eisig weht der Wind von Norden, der die Glut entfacht. Feindesherrschaft muss vergehen, fremder Glaube fällt. Hammerschlag malmt zu Vergangnem, die das Kreuz erwählt. Der Hammer zerschmettert das Kreuz und der Sturm weht alles Fremde hinfort.« Angesichts des programmatischen Albums »Asgardsrei« aus dem Jahr 1999, auf dem sich die Band offen neonazistisch positionierte, ist heutiger Klartext in den Liedern nicht mehr notwendig. Die Hörer der Band erahnen bzw. wissen sehr wohl, dass der Sturm, ginge es nach Absurd, nicht nur den fremden Glauben hinwegfegen würde, sondern eben »alles Fremde«.

Absurd ist die bekannteste Band vom rechten Rand des Black-Metal-Underground. Obwohl ihre musikalischen Qualitäten nur dürftig sind, gleichen sie das durch ihren Ruf aus. Immerhin saßen drei Mitglieder in den 1990er-Jahren wegen Mordes an ihrem Mitschüler im Gefängnis. Insbesondere Hendrik Möbus zeigte nach seiner Haftentlassung wenig Reue für die Tat und verhöhnte stattdessen das Opfer – was schließlich dazu beitrug, dass seine Bewährung revidiert wurde. Im November 2005 erschien nach langer Ankündigung auf der Homepage von Donnerschlag Records aus Gera der Sampler »Absurd. Tribute to the Tyrants of german Black Metal«. Viele der auf dem Album vertretenden Bands stammen aus Thüringen, wie eben Totenburg, Menneskerhat, Abolition und Tyskland. Andere kommen aus dem Ausland wie Wolfnacht (Griechenland) oder H-k-Z (Frankreich). Die Abkürzung steht im übrigen für »Hakenkreuzzug«. Aber auch Gruppen aus dem klassischen Genre des Rechtsrock sind auf der Compilation vertreten: T.H.O.R. aus Schneeberg und Bloodrevenge aus Ostwestfalen. Sie sind ein Zeichen dafür, wie der rechte Rand des Black Metal mittlerweile mit anderen extrem rechten Jugend- bzw. Musikkulturen verschmilzt. Die rechte Skinheadszene hat schon länger am Black Metal Gefallen gefunden, immerhin teilen sie die Begeisterung für den nordisch-germanischen Glauben und alles, was damit zusammenhängt. Fasziniert sind die Neonazis, die um ihre Gewaltbereitschaft selten einen Hehl machen, aber auch von dem radikalen Gestus des Black Metal, der mit Blick auf die vielen Brandstiftungen und Morde nicht nur Image, sondern Widerspiegelung der Realität ist. Damit brauen sich in der extrem Rechten zusehend unheilige Allianzen zusammen. ■

Lesetip: Christian Dornbusch & Hans-Peter Killguss: Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus, .rat – reihe antifaschistischer texte / Unrast-Verlag, 2005. 18,- Euro

Axel Reitz

Ein Neonazi-Kader unter der Lupe

Axel Reitz hatte es geahnt: Schon vor Prozessbeginn ließ er verlauten, dass er dieses Mal nicht so glimpflich davonkommen werde und mit einer Gefängnisstrafe rechne. Er sollte sich nicht täuschen. Als er am 9. September 2005 das Landgericht Bochum verließ, lastete eine Gesamtstrafe von zwei Jahren und neun Monaten auf seinen schmalen Schultern. Angeklagt worden war er wegen einer volksverhetzenden antisemitischen Rede, die er am 26. Juni 2004 auf einem von der NPD angemeldeten Aufmarsch gegen den Bau einer Synagoge in Bochum gehalten hatte.

[1]

[1] Axel Reitz als Redner bei einer Demonstration gegen einen geplanten Synagogenbau 2004 in Bochum.

Ein Sommertag des Jahres 2000 in einer Kneipe im hessischen Langen: »Nach oben, nach oben«, ruft der Neonazi-Altaktivist Thomas Brehl. Sein 17-jähriger Zögling soll beim Sprechen nicht stets zu Boden blicken. »Und dann so seherisch in die Ferne schauen, wie der Führer es getan hat«, verlangt Brehl. Drei Jahre später: Die rhetorische Niete von damals hat ihre Lektion gelernt – jedenfalls so gut, dass das Neonazi-Fußvolk johlt, wenn Reitz, inzwischen 20, ruft, »dass der letzte demokratisch gewählte, und meiner Meinung nach auch der letzte, rechtmäßige Kanzler des deutschen Volkes Adolf Hitler gewesen ist. Und ich würde an dieser Stelle bewusst lügen müssen, wenn ich sage, es wäre mir unangenehm, wenn dieser Mann heute die Geschicke Deutschlands in seinen Händen halten würde«.

Was ihm physisch an Größe und Kraft fehlt, kaschiert Reitz durch Verbalradikalität und indem er sich outfitmäßig abhebt vom Gros der Neonazis. Hemd, Krawatte und akkurater Scheitel sind obligatorisch und selbst an Hochsommertagen verzichtet er nicht auf den Mantel. Er tobt gegen »Neger, Alis, Mustafas« und gegen Antifas »von der Aids-Station«. Je radikaler, desto besser: »Wir müssen immer das bleiben, was wir sind: Nationalsozialisten und keine Nationaldemokraten«.

Der »Hitlerjunge Quex«

In Bergheim, vor den Toren Kölns ist Reitz aufgewachsen. Politisch startet er, Eigenangaben zufolge, mit 13 Jahren bei der »Jungen Union«, wechselt dann zum NPD-Nachwuchs, aber der ist ihm nicht radikal genug. Mit 15 ist er Mitbegründer der »Kameradschaft Köln«, schwingt sich zu deren Anführer auf. Benannt wird sie später nach einem Kölner SA-Mann: Walter Spangenberg. Reitz tritt der NSDAP/AO bei, von der er sich später vor Gericht wieder distanzieren wird, heute sei er »ein freier politischer Mensch«. »Quex« nennen ihn seine »Kameraden« – wie den Hitlerjungen im NS-Propagandafilm. Er verlässt nach der 10. Klasse die Realschule mit einem Hauptschulabschluss und hält sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser. Eine Ausbildung habe er, so Reitz, aufgrund seines schlechten Abschlusszeugnisses und seiner Schwerbehinderung als Diabetiker nie begonnen. Zu Hause fliegt er Anfang 2000 raus, seit einigen Jahren lebt er nun in Pulheim. Seinen Lebensunterhalt bestreite er, von Arbeitslosengeld II. Zudem erhalte er noch zirka 100 Euro pro Monat vom »Kampfbund Deutscher Sozialisten« (KDS) – allerdings nur für seine »Auslagen«.

Der »Gausekretär Rheinland«

Als sich der KDS im Mai 1999 bildet, gehört Reitz zu den Gründungsmitgliedern. Seine Kölner »Kameradschaft« tritt der neuen Organisation geschlossen bei. Das Pathos, das im KDS gepflegt wird, kommt Reitz entgegen. Die Titelsucht ebenfalls. Brehl ist der »Stabschef«, auf der Ebene darunter, wo Reitz zu finden ist, avanciert man zum »Gausekretär«. Auch die Ehrungen gefallen ihm. Kaum ein Mitglied bleibt ohne Auszeichnung, wenn es fehlerfrei die Krawatte binden kann. Reitz ist nun selbst in der Lage, Auszeichnungen

Foto: Jülich

[1]

[1] Axel Reitz ist häufiger Redner auf Neonazidemonstrationen. Hier im Gespräch mit anderen Neonaziaktivisten auf einem Neonaziaufmarsch am 3. Oktober 2003 in Leipzig. V.l.n.r.: Hartmut Wostupatsch, Axel Reitz, Yvonne Mädel, Gerd Ittner und Christian worch.

huldvoll zu vergeben. Und der KDS garantiert ihm mehr Aufmerksamkeit. Eine Fernsehkamera surrt, als er Gegnern droht: »Die werden auf den Marktplatz gestellt und werden erschossen für das, was sie getan haben.« Er schließt seine Rede mit »Heil Hitler!«

Erst kürzlich verabschiedete sich der KDS übrigens mittels eines »revolutionären Manifestes« von seinem »in Anachronismus verhafteten Erscheinungsbild«, das von potenziellen Mitstreitern »als Relikt alter Tage wahrgenommen worden« sei. »Straff geführte Organisationsformen« seien »nicht mehr zeitgemäß«. Aus dem »Gauleiter Rheinland« wurde die »Kontaktperson« Axel Reitz. Man darf hier von einem Zugeständnis an die »Autonomen Nationalisten« ausgehen, mit denen Reitz eng zusammenarbeitet. Mehrere KDS-Aktivisten waren zuvor auch zu den »Autonomen Nationalisten« abgewandert. Aus geschniegelten und dem Führerprinzip verhafteten Braunhemdträgern und Michael-Kühnen-Fans, die bislang keine Scheu davor hatten, ihre Namen nebst Bild zu veröffentlichen, wurden vermummte »Autonome Nationalisten«.

Strategie und Störungen

Im Mai 2002 versucht Reitz, seine politische Strategie zu skizzieren. Während er die NPD-Postulate des Kampfes um die Straße und um die Köpfe teilt, hält er vom Kampf um die Parlamente wenig. »Sollen wir unsere Anklagen gegen die Missstände in diesem System in einer demokratischen Quasselbude erheben, wo sie vom Volke ungehört verhallen? (...) Wir sind dazu angetreten, Deutschland zu retten, nicht dieses System. Wir wollen ein gänzlich neues System, eine neue Ordnung.« Der »Schicksalskampf unseres Volkes und der Nation« werde auf den Straßen entschieden. »Unser Ziel ist die Versöhnung aller Klassen und Stände unseres Volkes.«

Trotz des Bekenntnisses zum NS und seiner Kritik an der real existierenden NPD: Eine Zusammenarbeit mit der Partei schließt das nicht aus. So nahm er am 1. Mai 2004 an der NPD-Demo in Berlin teil und nicht am zeitgleich stattfindenden Aufmarsch, den Christian Worch – dessen enger Parteigänger er ansonsten ist – in Leipzig organisierte. Auch die antisemitischen Äußerungen, die ihn jetzt hinter Gitter bringen dürften, fielen bei einer NPD-Veranstaltung. Selbst als Kandidat auf der Liste der NPD zur Landtagswahl in NRW war er im Gespräch – wurde allerdings von der Partei abgelehnt.

In Nordrhein-Westfalen gehört Reitz seit Jahren zu den Demo-Stammrednern. Auch bundesweit wird er immer häufiger angefragt. Längst gehört er zum Führungspersonal der Neonazi-Szene in NRW. Als Ende Juli 2004 erstmalig das neu gegründete »Aktionsbüro Westdeutschland« (abwest) an die Öffentlichkeit tritt, ist er es, der gemeinsam mit dem Dortmunder Pascal Zinn die Gründungserklärung unterzeichnet. Seitdem ist er nicht mehr ›nur‹ als Redner auf Aufmärschen zu finden, sondern oftmals auch als Anmelder und zwischenzeitlich erfahrener Versammlungsleiter.

Das Urteil

Sehr zum Verdruss von Reitz und seiner den Prozess beobachtenden »Kameraden«, unter ihnen auch der Landesvize der NPD-NRW Claus Cremer, wurde Reitz wegen seiner Bochumer Rede zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt. Sein Verteidiger Markus Beisicht, Vorsitzender der extrem rechten »Bürgerbewegung Pro Köln«, hatte zuvor Freispruch beantragt. Aufgrund einer älteren Bewährungsstrafe erhöht sich das Strafmaß auf insgesamt zwei Jahre und neun Monate.

In ihrer Urteilsbegründung sieht die Kammer Reitz als Leitfigur der neonazistischen Szene an. In seiner Rede habe er hetzen und seine zutiefst antisemitische Gesinnung verbreiten wollen. Kritisiert wurden vom vorsitzenden Richter zudem die bisher gegen Reitz verhängten Urteile, die nie zu einer Gefängnisstrafe geführt hatten.

Ob das Urteil Bestand haben wird, wird sich erst nach dem Berufungsverfahren zeigen. Bis zu dessen Abschluss kann es noch dauern. Bis dahin kann Reitz also erst einmal weitermachen, bereits einen Tag nach der Urteilsverkündung sprach er schon wieder auf einer Demo in Hamm/Westfalen. Die Polizei stoppte ihn jedoch und kündigte eine weitere Strafanzeige an, dieses Mal wegen Beleidigung von Repräsentanten der BRD. ■

Leipzig: Strukturelle Unfähigkeit

Zumindest der Hamburger Neonazi-Kader Christian Worch scheint immer wieder gern nach Leipzig zu kommen. An der Attraktivität der lokalen Neonazi-Szene kann das nicht liegen. Gefestigtere Neonazistrukturen existieren weniger in Leipzig selbst, sondern eher im Umland. Seit 2001 ruft Worch regelmäßig zu Aufmärschen in Leipzig auf – die Initiative dazu ging nie von Leipziger Neonazis aus. Zwar beruft sich Worch manchmal auf Einschätzungen »von Kameraden vor Ort«, und auch der Lkw, von dem aus die Rechtsrockband »Oidoxie« die Nazis auf dem Ostplatz beschallten, wurde von lokalen Unterstützern besorgt.

[1] Conny Reller und ihr Mann (vorne rechts mit Kapuzen) bei einer Neonazidemonstration am 1. Oktober 2005 in Leipzig.

Seit August 2004 jedoch reisen Neonazis aus Leipzig immer wieder geschlossen und mit eigenem Transparent eines »Freien Widerstands Leipzig« (FWL) zu Aufmärschen in der Region und darüber hinaus. Kurze Zeit später trat dann auch ein »Jugendsturm Leipzig« in Erscheinung, der eher die jüngeren Neonazis sammelt, wobei selbst der FWL sich größtenteils aus Leuten zusammen setzt, die kaum älter als Anfang 20 Jahre sind. Zwischen beiden gibt es enge Zusammenarbeit, so wechselten einige recht bald vom Jugendsturm zum FWL. Zum engeren Kern kann man 10-20 Neonazis zählen, inklusive weiterem Umfeld können sie ca. 50 Neonazis mobilisieren. Das erste Mal tauchten diese Gruppierungen am 8. Mai 2004 mit einer Transparent-Aktion gegen eine Kranzniederlegung auf. Seitdem scheinen sich ihnen immer mehr Neonazis angeschlossen zu haben, die Aktionen beschränkten sich jedoch auf die organisierte Teilnahme an Aufmärschen und eine versuchte Prozess-Beobachtung: Auf Bitte vom Neonazi-aktivisten Ronny Thomas aus Dresden besuchten sie den Prozess gegen einen Dresdner Antifaschisten und waren um das Amtsgericht herum als Späher unterwegs.

Die Geburtsstunde dieser Zusammenhänge muss im Jahr 2003 verortet werden. Von Seiten der zu dieser Zeit sehr aktiven sachsen-anhaltinischen Kameradschaftsstrukturen waren schon länger Versuche zu beobachten gewesen, über das zwischen Halle und Leipzig gelegene Schkeuditz auch in Leipzig Strukturen aufzubauen. Im Anschluss an einen der wieder nicht bis zum Völkerschlachtdenkmal vorgedrungenen Worch-Aufmärsche waren alle TeilnehmerInnen noch zu einem Aufmarsch im Nachbarort Schkeuditz gefahren. Angemeldet hatte diesen zwar ein lokaler Kader, die Organisation lag jedoch bei Sven Liebich aus Halle. So kam es in Schkeuditz dann im Dezember zu mehreren Aufmärschen, an denen sich anhaltinische ebenso wie lokale und Leipziger Neonazis beteiligten. Bereits in den 90er Jahren hatte es in Form des »Kameradschaftsbunds Möckern-Schkeuditz« gute Verbindungen zwischen Leipzig und der Kleinstadt gegeben. Und auch heute pflegt eine nicht ganz unwichtige Gestalt im FWL, Patrick Kettner, gute Verbindungen nach Schkeuditz und Halle – unter anderem zum Betreiber des Mitteldeutschen Musikversands in Halle. Kurz darauf gelang es Neonazis, einen Treffpunkt mit überregionaler Anziehungskraft zu etablieren. Im »Freien Jugendklub Grünau« in einem alten Industriegebiet, der szene-intern auch schon mal als »Club 88« firmierte, fanden Schulungsveranstaltungen und Konzerte, aber auch Partys, Treffen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem NPD-Landtags-Wahlkampf statt. Mitveranstalter war zeitweise Sascha Wagner (NPD). Nachdem die Mietzahlungen unregelmäßiger wur-

[1] Der Neonazi Kai Denkwitz (rechts) aus Wurzen ist im Muldentalkreis aktiv. Hier posiert er auf einer Neonazidemonstration am 13. Februar 2005 in Dresden.

den, erhielten die Neonazis, welche selbst als Mieter aufgetreten waren, die Kündigung und zogen Ende April 2005 notgedrungen aus.

Auch zu der Kreisstadt Delitzsch bei Leipzig gibt es recht gute Verbindungen. Der Leipziger Jens Schober meldete am 8.Mai in Delitzsch einen Aufmarsch an und Leipziger aus dem FWL unterstützten diesen strukturell. Darüber hinaus sind sowohl Leipzig als auch Delitzsch auf demselben, von Thomas Richter (oikrach.com, Halle) betriebenen Internetportal »Nationaler Beobachter« mit Unterseiten vertreten. Die Inhalte der beiden ähneln sich so sehr, dass man fast ein und denselben Betreiber vermuten kann. Auch das mittlerweile eingestellte Internetprojekt einer so genannten »Kameradschaft Leipzig« ist eher eine Ein-Mann-Aktion von Patrick Kettner gewesen.

Spätestens seit der gemeinsamen Teilnahme am Aufmarsch in Greiz am 5. März 2005 arbeitet man auch mit Thomas Gerlach zusammen. Gerlach, Spitzname »Ace«, kann dem Kameradschaftsbund Deutscher Sozialisten (KDS) ebenso wie den Hammerskins und dem Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) zugerechnet werden und begann in Altenburg seit seiner Haftentlassung, wieder Strukturen aufzubauen. Neonazis aus dieser Gruppe ließen sich in München auf einem von Norman Bordin organisierten Aufmarsch und auch am 13. Februar 2005 in Dresden als Ordner einsetzen. In den Muldentalkreis, besonders die Region um Wurzen, scheint es dagegen vor allem personelle Kontakte zum Wurzner Kai Denkwitz zu geben, aber gerade die im Muldental stärker mit der NPD verflochtenen Neonazikreise machen bisher eher ihre eigenen Aktionen, und auch auf Aufmärsche fährt man getrennt.

Dafür macht ein alter Bekannter aus dem Hooligan-Umfeld des 1.FC Lok Leipzig wieder von sich reden: Ricardo Sturm. Bereits seit Anfang der 90er aktiv, gehört er heute zum Kreis der Neonazis, auf die sich Worch bei seinen Besuchen in Leipzig verlässt. So war er bei den teils lokalen, teils angereisten Neonazis dabei, die Worchs Auftritt als Zeuge vor dem Leipziger Amtsgericht absichern sollten (siehe AIB 68). Über diese Aktion wurde mit Stolz auf den Seiten des »Nationalen Beobachters« berichtet. Doch Sturm ist nicht der einzige im Lok-Umfeld: im Herbst 2004 versuchten 30 jüngere Lok-Hools, nach einem Spiel in den Stadtteil Connewitz einzufallen, die Polizei verhindert jedoch Auseinandersetzungen mit wartenden AntifaschistInnen.

Das alles zusammen könnten eigentlich ganz gute Bedingungen für eine gefestigte Kameradschaftsstruktur sein. Immerhin gibt es in Leipzig im Zweifelsfall ein Potenzial von ca. 200 Neonazis, nimmt man auch den letzten organisierungsunwilligen Dumpfbacken-Bonehead dazu. Und in der Tat ist die Stadt und die Region keine, in der es keine Übergriffe gäbe. Doch nach wie vor haben die Nazis aus dem Kameradschaftsspektrum es nicht geschafft, regelmäßige Außenwirksamkeit oder einen Treffpunkt langfristig zu erhalten. Das liegt zum einen am Druck von außen durch Staatsorgane und Antifa: Patrick Kettner hat seine DNA-Probe nach eigener Aussage schon lange abgeben müssen, in Delitzsch beschweren sich die Kameraden über Anwerbeversuche des Verfassungsssschutzes, und Jens Schober sowie zwei seiner Kameraden wurden in Leipzig nach der Rückkehr von ihrem Aufmarsch in Delitzsch von Antifas verprügelt. Zum anderen haben sie ihren Zustand zu weiten Teilen auch ihrer eigenen Unfähigkeit zuzuschreiben.

Von diesen Strukturen relativ getrennt gibt es immer noch einige ehemalige Blood&Honour-Aktivisten. Zwei von ihnen, Conny Reller und ihr Mann, haben Anfang 2005 versucht, eine Neonazikneipe einzurichten. In der Kurt-Schumacher-Straße übernahmen sie das ehemalige Tabledance-Lokal »Lady Liberty«. Die vorher in der Nähe zum Rotlicht- und Drogenmilieu angesiedelte Bar wurde kaum verändert: eine Flagge mit der »Schwarzen Sonne« und einen »Landser«-Biertruck hinter den Tresen drapiert, »Odinstrunk« ins Sortiment aufgenommen, ein paar Landserhefte und »Deutsche Stimme«-Ausgaben auf den Toiletten ausgelegt und auch als Musik etwas Landser abgespielt: fertig die »Kneipe für Nationalisten«. Am 11. Juni gab es sogar ein Konzert mit einer Neonazi-Nachwuchsband. Ca. 30 Besucher waren gekommen. Nach Antifasprühereien und einer Outingaktion mit Flyern und Indymedia-Posting wurde das »Lady Liberty« jedoch relativ schnell wieder geschlossen. Conny Reller reagierte bei indymedia verbittert: »wir geben niemals auf! Die nä.Kneipe wird in Kürze von uns für Nationalisten in Leipzig eröffnet ...«. Derweil verbringt sie ihre Zeit jedoch erstmal mit ihrem Job als Trockenbauerin in der ganzen Republik oder auf Reisen zu Rechtsrock-Konzerten nach England oder zu Bekannten aus dem Blood&Honour-Umfeld. ■

Spitzel, Spalter, Streitereien

Ein neuer V-Mann-Konflikt in der NPD

Innerhalb der NPD kam es in den vergangenen Monaten zu diversen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Für innerparteilichen Streit sorgte die Amtsenthebung des bisherige NPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Günter Deckert, durch die Bundesparteiführung. Der ehemalige NPD-Vorsitzende war einer der schärfsten Kritiker des aktuellen Bundesvorstandes. Dieser warf Deckert vor, dass seit seiner Wahl im April 2005 der Landesverband in eine Fraktions- und Gruppenbildung mit gegenseitigen Anschuldigungen verfallen sei.[1]

[1] Peter Marx beim Bundesparteitag der NPD in Königslutter 2002.

Interne Quereleien zwischen Parteifreunden sind seit Bestehen extrem rechter Parteien eine feste Konstante innerhalb des Parteienlebens der Neonazis. Oft spielen Machtkämpfe, Intrigen und bürokratisch ausgetragene Konflike die Hauptrolle. Interessant wird es für die antifaschistische Öffentlichkeit dann, wenn bei solchen Auseinandersetzungen die Zusammenarbeit mit Geheimdiensten thematisiert wird.

Der Fall Marx

Peter Marx ist ein Multifunktionär innerhalb der NPD. Er bekleidet die Posten des Vize-Bundesvorsitzenden, des Landeschefs von Rheinland-Pfalz, des Fraktiongeschäftsführers im Sächsischen Landtag und des Bundestagswahlkampfleiters. Doch seiner Karriere innerhalb der NPD wurden nun von (ehemaligen) Parteifreunden Steine in den Weg gelegt. Der vormalige NPD-Ideologe Jürgen Schwab initiierte im September 2005 die »VS-Affaire an der Saar und in RLP«, welche sich vor allem gegen Peter Marx richtete. Der damalige NPD-Fraktionsvorsitzende im Völklinger Stadtrat, Otfried Best, warf demnach Peter Marx und dem Landesvorsitzender im Saarland, Frank Franz, vor, einen V-Mann des Verfassungsschutzes in der NPD zu dulden. Best soll, laut Schwab, vor mehreren Zeugen folgendes ausgeführt haben: Er habe zu seiner Zeit als stellvertretender saarländischer NPD-Landesvorsitzender mitbekommen, daß Marx als damaliger NPD-Landesvorsitzender zwei Mitglieder überredet habe, sich vom »Amt« anwerben zu lassen. Es handele sich dabei um den damals stellvertretender JN-Bundesvorsitzender Günter Prüm und um Otto Becker, der noch immer Mitglied des NPD-Landesvorstandes Saar sei. Peter Marx, so Best laut Schwab, habe die beiden vom VS Angeworbenen dann unter Druck gesetzt, ihm die Hälfte der »Spitzelgelder« abzutreten. Best hätte Schwab weiter berichtet, dass er Udo Voigt schriftlich über diese Vorkommnisse in Kenntnis gesetzt habe, worauf der NPD-Parteivorsitzende den Völklinger Stadtratsabgeordneten auf »nach der Wahl« vertröstet habe. Der ehemalige NPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, Martin Laus, soll in einer Stellungnahme erklärt haben, dass Marx ihn auf einer Fahrt zu einer Parteivorstandssitzung gesagt habe, er solle in Rheinland-Pfalz doch nicht weiter gegen die Agenten vorgehen. Dies würde ihm nur Ärger bereiten. Laut Schwab würden die Marx-Gegner nun behaupten, dass sich zwischen Remagen am Rhein und Landau in der Pfalz ein »komplexes Spitzelsystem des VS« etabliert habe.[2] In diesem Zusammenhang machten, nach Angaben eines Informanten, innerhalb der NPD diverse Gerüchte über NPD-Parteifunktionäre und ihre Machenschaften die Runde. Der NPD-Parteifunktionär und angebliche Marx-Vertraute Paul Sch. wurde in diesen Gerüchten nicht nur verdächtigt, möglicherweise einer der Spitzel zu sein. Er soll gar Schatzmeister der Kaiserslauterer Freimaurerloge sein, deren »Meister vom Stuhl« wiederum der mittlerweile pensionierte regionale Staatsschutzchef sei. Außerdem sollen Peter Marx und Holger Apfel versucht haben, mit einem dotierten Posten für die Frau des

sächsischen NPD-Funktionärs Jürgen Schön die Unterstützung Schöns für Apfels Kandidatur zu kaufen, um Apfel den Landesvorsitz zu sichern. Frank Franz soll gar versucht haben, mit fingierten Rechnungen seiner Firma Saar-Marketing die Völklinger Stadtratsfraktion zu erleichtern.

In Reaktion auf die öffentlich erhobenen Vorwürfe distanzierte sich die Saar-NPD öffentlich von ihrer Völklinger Fraktion. Otfried Best und seinem NPD-Kollegen Harry K. wurde vorgehalten, sie hätten dem Ansehen der Partei und des Landesverbandes durch ihr Verhalten schweren Schaden zugefügt.[3] In einer »Wuppertaler Erklärung« forderte der neu gegründete NPD-OV Wuppertal hingegen die umfassende Aufklärung über den Fall Peter Marx und die Einleitung von Schiedsgerichtsverfahren gegen alle Mitglieder, die wissentlich mit Agenten zusammengearbeitet haben.[4]

Nachdem der Vorwurf der VS-Zusammenarbeit innerhalb der NPD in die Medien kam, soll Peter Marx seinen Kritiker Otfried Best aufgefordert haben, seine Anschuldigungen zu widerrufen. Laut einer Stellungnahme von Jürgen Schwab habe Peter Marx Otfried Bests eine Schadensersatzklage im Streitwert von 500.000 Euro angedroht, falls dieser Widerruf nicht erfolge. 500.000 Euro sei in etwa die Summe, die Marx, als Geschäftsführer der Dresdner NPD-Fraktion in Zukunft noch verdienen könne.[5]

Peter Marx leitete kurz darauf ein NPD-Schiedsgerichtsverfahren gegen sich selbst ein, um die Vorwürfe gegen sich untersuchen zu lassen. Dieses sprach ihn von den Vorwürfen der »Agentenzuhälterei« frei. Eine »Farce« wie umgehend kritisiert wurde, da mit Klaus Wartenbach als Vorsitzendem des Schiedsgerichtes ausgerechnet der Chauffeur und Leibwächter von Peter Marx berufen worden sei.[6]

Eine selbsternannte »Nationale Recherche Gruppe Heini Himmle« der »Freien Kräfte im Saarland« leistete der NPD-Führung Schützenhilfe gegen die »Minusseelen der NPD« und führte diverse Gerüchten und Vorwürfen gegen die NPD-Kritiker an. Zu diesen zählen u.a. Diebstahl beim Arbeitgeber, illegale Geschäfte, eine »osteuropäische Alibi-Freundin« und die Tätigkeit als Callboy. Es sei Peter Marx gewesen, der angefangen hätte diesen »Miststall« auszumisten. Die Marx-Kritiker konnten sich letztendlich innerhalb der NPD nicht durchsetzen. Die Landesvorstandssitzung der NPD-Saar im Oktober 2005 stimmte für einen Partei-Ausschluss von Otfried Best. Ein Jürgen Schwab zuzurechnender »Rechtsausschuß der Deutschen Akademie (DA)« versuchte zwar noch eine Satzungswidrigkeit der Sitzung nachzuweisen und als einzigen Ausweg den Rücktritt des gesamten Landesvorstandes Saar zu fordern, doch über eine Mehrheit verfügt der Kreis um Jürgen Schwab innerhalb der NPD-Basis nicht. Auch andere Kritiker und Abweichler werden von der NPD-Bundesführung in Schach gehalten. Die NPD-Kreisverbände Kurpfalz und Mannheim etwa wurden von der NPD-Führung dazu gezwungen, kritische Berichte zur Absetzung Deckerts von ihren Internetseiten zu entfernen. Der NPD-Verband Bremen bietet nun in seinem Forum den NPD-Kritikern ein Zuhause und kündigt an, auf dem nächsten Bundesparteitag die Offenlegung aller Gehälter von NPD-Angestellten und der Finanzen der Fraktion in Sachsen zu beantragen.

Auch der Hamburger Neonaziführer Christian Worch wittert bereits eine neue Chance gegen die NPD-Führung vorzugehen. Seit Monaten hält er ihr vor, nicht konsequent genug nach V-Leuten in den eigenen Reihen zu suchen. Die eingeforderten eidesstattlichen Versicherungen, in denen NPD-Spitzenfunktionären erklären sollen, keine Verfassungsschutzspitzel zu sein, lägen bis heute nicht in ausreichender Form vor. Auf einer Internetseite veröffentlicht er ein Dokument, dem nach mit dem ehemaligen stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von Bad Kreuznach, Volker Beiser, ein weiterer Spitzel in der NPD bekannt geworden war und nicht öffentlich gemacht wurde.[7]

NPD-Kritiker wie Günter Deckert, Jürgen Schwab und Christian Worch werden auch in Zukunft Fehltritte der NPD-Führung nutzen, um die zunehmend frustrierte NPD-Basis zum Widerstand gegen die Bundesführung zu animieren. Ein Problem, das für den NPD-Bundesvorstand mit der zunehmenden Etablierung der Partei im sächsischen Landtag zunimmt, da die Partei-Führung für Teile der Basis immer mehr »Politiker-Bonzen« und »Systemvertretern« gleicht. ■

[1]

Foto: Jülich/Attenzione

[1] Martin Laus auf einer NPD-Demonstration im Februar 2001 in Ludwigshafen.

1| Stefan Köster: Rundbrief an alle Mitglieder des Landesverbandes Baden-Württemberg: »Amtsenthebung des bisherigen Landesvorsitzenden Günter Deckert«
2| Jürgen Schwab: »Ein Kommentar zur 'V-Mann-Affaire'« u.a. im Störtebeker Netz und Homepage der NPD-Mannheim.
3| blick nach rechts vom 30.09.2005: »V-Mann von Marx gedeckt?« und Infopost der NPD Saar
4| »Wuppertaler Erklärung« auf der Homepage der NPD-Mannheim
5| Jürgen Schwab: »'V-Mann-Affäre' um Marx: 'Geld spielt keine Rolle'« auf der Homepage der NPD-Mannheim
6| Andreas Förster: »Stalinistische Säuberungsaktionen«, Berliner Zeitung 03.11.2005 und Jürgen Schwab am 12. Oktober 2005 auf der Homepage der NPD-Mannheim.
7| http://home.arcor.de/Worch2/

Den Preis in die Höhe treiben ...

In den letzten Jahren spielten für die Mobilisierung der extremen Rechten in der BRD Großveranstaltungen eine wichtige Rolle. Neben kulturell ausgerichteten Events wie dem Pressefest der NPD-Zeitung Deutsche Stimme steht bei Großveranstaltungen wie in Halbe, Wunsiedel und Dresden die Verherrlichung des Nationalsozialismus im Vordergrund. Neben dem 1. Mai, der in den letzten Jahren großen Zuspruch erhielt, kam 2005 auch ein Großaufmarsch am 8. Mai hinzu. Mit Ausnahme von Dresden sind diese Großveranstaltungen in diesem Jahr allesamt verhindert worden. Dem Neonazi-Massenauflauf in Wunsiedel wurde juristisch ein Strich durch die Rechnung gemacht, in Halbe und am 8. Mai in Berlin blockierten GegnerInnen der Neonazis die Aufmärsche, sie wurden schließlich abgebrochen. Da durch die Neonazis ihrerseits im Vorfeld abgesagt, fielen ein zentraler Aufmarsch am 1. Mai und das DS-Pressefest, welches noch 2004 im sächsischen Mücka stattfand, gleich ganz aus.

Es stellt sich nunmehr aufs Neue die Frage nach aktuellen Konzepten gegen derartige Events, da es eben nicht unmittelbar antifaschistische Konzepte waren, die diese Aufmärsche verhindert haben, sondern öffentlicher Druck und das Aufbegehren der BürgerInnen vor Ort. Dass diese Ereignisse kein generelles Umdenken in der Bevölkerung markieren, sondern der besonderen gesellschaftlichen Situation im Gedenkjahr 2005 geschuldet sind, ist offensichtlich. Zu klären bleibt daher die Frage, wie groß der Einfluss antifaschistischer Strukturen und Mobilisierungen im Hinblick auf diese Erfolge letztlich war.

DS-Pressefest und der 1. Mai

Unabhängig von antifaschistischen Mobilisierungen sagte die NPD das Pressefest der Deutschen Stimme 2005 ab. Es sei, so die NPD, personell nicht zu leisten, den Bundestagswahlkampf und eine Großveranstaltung wie das DS-Pressefest gleichzeitig zu organisieren. Mit eben dieser Begründung fand auch kein zentraler Aufmarsch der NPD anlässlich des 1. Mai in Berlin statt. Stattdessen rief die Partei zu verschiedenen Aufmärschen, beispielsweise in Neubrandenburg und Nürnberg auf, deren Teilnehmerzahlen allerdings gering ausfielen. Ungeachtet des Wahlkampfes fand der Aufmarsch von Christian Worch am 1. Mai in Leipzig statt. Dessen Teilnehmerzahl war mit 800 zwar größer als die der anderen Aufmärsche an diesem Tag, an die Großveranstaltung der NPD im Jahr zuvor in Berlin konnte aber nicht angeknüpft werden.

In zwei Fällen verpokerte sich die rechte Szene. Zum Fest der Völker in Jena, das als Ausgleich zum Pressefest veranstaltet wurde, kamen aufgrund der juristischen Ungewissheit bis zum Veranstaltungstag hauptsächlich Neonazis aus der unmittelbaren Umgebung. Für AntifaschistInnen ist das DS-Pressefest oder eine Veranstaltung wie in Jena aufgrund seiner Legalität und der örtlichen Situation schwer angreifbar. Bemühungen von AntifaschistInnen und BürgerInnen konnten zwar eine Verlegung des »Fest der Völker«-Veranstaltungsortes mit Blockaden erzwingen, eine Verhinderung gelang jedoch nicht. Das Anliegen der BürgerInnen in Jena erschöpfte sich darin, die geplante Veranstaltung der Neonazis nicht an ihrem Ort stattfin-

den zu lassen. Bei Maßnahmen der Polizei gegen die blockierenden AntifaschistInnen hätte es daher kaum Unterstützung von Seiten der BürgerInnen gegeben. Bislang existieren weder wirkungsvolle Konzepte noch Strukturen vor Ort, die es AntifaschistInnen ermöglichen, solche als politische Veranstaltung getarnten Rechtsrockevents wirkungsvoll zu verhindern.

Verpokert hat sich die NPD auch mit der Absage ihres Aufmarschs am 1. Mai in Berlin. Im Hinblick auf den geplanten Großaufmarsch am 8. Mai schien dieser Schritt nicht allzu schmerzhaft. Jedoch wurde der Aufmarsch am 8. Mai schließlich verhindert und die Neonazis schafften es nach stundenlangem Warten nicht einmal, den Auftaktkundgebungsort zu verlassen. Schuldzuweisungen innerhalb der Szene komplettierten dieses Desaster.

Halbe / 8. Mai / Wunsiedel

Wie jedes Jahr wollte der Freundeskreis Halbe auch 2005 anlässlich des Volkstrauertages im November einen Aufmarsch durch den brandenburgischen Ort Halbe zum dortigen Waldfriedhof durchführen. Zur offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus planten sie an diesem Tag, zu Ehren der gefallenen deutschen Soldaten Kränze niederzulegen. Zuvor fand auf dem Waldfriedhof eine Kranzniederlegung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) statt. Gemeinsam mit dem Brandenburger Landtag gedachte der VDK auf dem Friedhof unter dem Motto »Die Toten mahnen für den Frieden zu leben« den gefallenen Soldaten. Eine inhaltlich andere Ausrichtung hatte das bürgerliche Bündnis des »Tag der Demokraten«, das die Behinderung des Neonaziaufmarsches zum Ziel hatte. Kurz nach Beginn dieses von Gewerkschaften, Parteien und bürgerlichen Initiativen veranstalteten Festes blockierten die TeilnehmerInnen die Route der Neonazis und stellten sich so dem Aufmarsch entgegen. In Zeitungen war später zu lesen, dass sich mehrere tausend BürgerInnen den Neonazis in den Weg gestellt und ihn so verhindert hätten. In Wirklichkeit stellten sich den etwa 1600 Alt- und Neonazis allerdings nur einige hundert BürgerInnen in den Weg. Es handelte sich bei der Verhinderung eher um eine politische Entscheidung, als eine dem Kräfteverhältnis vor Ort geschuldete Polizeistrategie. Jahrelang war es ein Anliegen antifaschistischer Arbeit, den Aufmarsch in Halbe zu skandalisieren und dafür zu sorgen, dass diese offene Verherrlichung des Nationalsozialismus nicht von Medien, AnwohnerInnen und BürgerInnen ignoriert wird. 2004 noch wurde eine Gegenveranstaltung von AntifaschistInnen derart mit Repression belegt, dass eine wirkungsvolle Gegenaktion zum Aufmarsch unmöglich war (siehe AIB 65). Ein Erfolg der steten antifaschistischen Arbeit ist es jedoch, dass öffentlicher Druck erzeugt wurde und die Ereignisse auch von Parteien und Landtag nicht ignoriert und unter den Teppich gekehrt werden konnten. So wurde der antifaschistische Protest des Vorjahres im Jahre 2005 von antifaschistischen BürgerInnen aufgenommen und führte zur Verhinderung. Aufgrund der Veranstaltung des VDK und der Erfahrungen aus 2004 blieben AntifaschistInnen bis auf wenige Ausnahmen 2005 Halbe fern. Jedoch ist es ein Ergebnis antifaschistischer Mobilisierungen der letzten Jahre, dass der Preis eines Neonaziaufmarschs in Halbe derart in die Höhe getrieben werden konnte, dass BürgerInnen und Politiker in diesem Jahr Protest übten und den Aufmarsch verhinderten.

Schon im Vorfeld des 8. Mais war zu beobachten, dass es eine politische Entscheidung sein würde, den Neonaziaufmarsch zu untersagen. Anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus wollten Berlins Regierende beweisen, dass Neonazis nicht geduldet würden. In der Presse wurden Korrespondenten aus den USA gefragt, ob die ganze Welt entsetzt sein würde, wenn es zu einem Aufmarsch der extremen Rechten durch das Brandenburger Tor komme. Auslöser dieses gesteigerten Interesses war die gesellschaftliche Sensibilisierung anlässlich des Gedenkjahres, bei der das Bild im Ausland enorm wichtig erschien. Eilig organisierte der Senat die Meile der Demokratie am Brandenburger Tor, deren Teilnehmerzahl entgegen anderslautender Medienberichte allerdings eher gering ausfiel. Lediglich eine antifaschistische Gegendemonstration, deren erklärtes Ziel es war, den Neonaziaufmarsch zu verhindern, erfreute sich großer Beliebtheit. Auf den bürgerlichen Antifaschismus als Lösung setzte Innensenator Ehrhart Körting, als er dem Protest friedlicher →

→ Bürger in der Nähe des Aufmarsches Legitimität zugestand. In der Presse wurde später auch getitelt, dass es mehrere tausend BürgerInnen gewesen seien, die den Aufmarsch verhinderten. Letztlich waren es aber AntifaschistInnen, die es ermöglichten, die politische Entscheidung, den Aufmarsch zu untersagen, in die Realität umzusetzen. Der besonderen Situation des Tages ist es geschuldet, dass ein Aufmarsch dieser Größenordnung überhaupt unterbunden wurde. Allerdings ist zweifelhaft, dass es zu einer solchen Situation auch in Zukunft kommen wird. Im Verhältnis zu Halbe, wo schon seit Jahren öffentlicher Druck von antifaschistischer Seite erzeugt und mittlerweile auch bei BürgerInnen aufgegriffen wird, müssen AntifaschistInnen in Zukunft durch Kampagnen- und Bündnisarbeit genug TeilnehmerInnen mobilisieren, um an einen solchen Erfolg anzuknüpfen.

Dem Neo- und Altnaziaufmarsch zu Ehren von Rudolf Hess im bayrischen Wunsiedel machten 2005 die Gerichte einen Strich durch die Rechnung. Das Bundesverfassungsgericht beschloss, das zuvor verfügte Verbot des Landratsamtes nicht aufzuheben, um zunächst die Fragen, die die zuvor im Bundestag beschlossene Änderung des Straf- und Versammlungsgesetzes aufgeworfen hatte, klären zu können. Der Ausgangskonflikt und die dem versammlungsbehördlichen Verbot zu Grunde liegende Strafrechtsnorm werfen laut Bundesverfassungsgericht eine Reihe schwieriger Rechtsfragen auf, die letztlich nur in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden könnten. Insbesondere wäre die Verfassungsmäßigkeit des § 130 Abs. 4 StGB zu prüfen und zu klären, ob die einzelnen vom Verwaltungsgericht und Verwaltungsgerichtshof benannten Argumente, insbesondere die Annahme einer Störung des öffentlichen Friedens, das Verbot einer Versammlung wie der in Wunsiedel geplanten rechtfertigen kann. Die Gesetzesmodifikation des §130 Abs. 4 StGB fand im März 2005 anlässlich der Debatte statt, wie ein Naziaufmarsch am 8. Mai mit juristischen Mitteln zu unterbinden sei. Auf diese Urteile der Gerichte wollten sich die Initiatoren des bürgerlichen Bündnisses »Bunt statt braun« und das antifaschistische Bündnis »NS-Verherrlichung stoppen!« nicht verlassen und mobilisierten weiter nach Wunsiedel. Trotz des Verbots des Aufmarsches erschienen durch die Mobilisierung der Bündnisse 2000 bürgerliche AntifaschistInnen und etwa ebensoviele TeilnehmerInnen zur antifaschistischen Demonstration. Die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen!« hatte sich bereits lange zuvor gegründet, um überregional Öffentlichkeit gegen den Aufmarsch in Wunsiedel zu erzeugen und die historischen Hintergründe zu beleuchten. Durch eine bundesweite Einbindung von AntifaschistInnen gelang dem Bündnis eine erfolgreiche Mobilisierung. Das bürgerliche Bündnis mobilisierte eigenständig. Den längeren Atem hatten jedoch antifaschistische Gruppen: sie leisten schon seit Jahren Widerstand gegen den Aufmarsch in Wunsiedel. Das Konzept der Kampagne - Gegenöffentlichkeit, unmittelbare Mobilisierung und Bündnisarbeit - scheint aufzugehen und lässt erwarten, dass im Falle eines Aufmarsches in Wunsiedel im Jahr 2006 die TeilnehmerInnenzahl der Gegenaktionen sich proportional zu der des Neonaziaufmarschs entwickeln wird.

Dresden

Im Gegensatz zu den zuvor benannten Großevents, blieb eine Verhinderung des den Nationalsozialismus verherrlichenden Aufmarsches in Dresden 2005 aus. Anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens meldete die Junge Landmannschaft Ostpreußen einen Aufmarsch durch die Innenstadt Dresdens an. Die JLO sprach dabei in revisionistischer Manier von einem »Bombenholocaust«. Anstatt sich bei der Mobilisierung auf den Aufmarsch zu konzentrieren, schließlich handelt es sich um einen jährlichen Höhepunkt im Terminkalender der deutschen Neonazis, gaben AntifaschistInnen der Thematisierung geschichtsrevisionistischer Anknüpfungspunkte der bürgerlichen Gedenkfeierlichkeiten den Vorrang. Dabei wurde außer Acht gelassen, dass inzwischen eine Veränderung im Denken vieler PolitikerInnen und BürgerInnen bezüglich der Gedenkveranstaltungen stattgefunden hat. So sind

nunmehr bei den Gedenkfeierlichkeiten auch VertreterInnen der Alliierten mit eingebunden, geschichtsklitternde Mythen über die Bombardierung Dresdens wurden mittels einer von der Stadt eingesetzten Historikerkommission entlarvt, teils wurde auch Kritik am aggressiven geschichtsrevisionistischen Charakter der Veranstaltungen aufgegriffen und in den Medien thematisiert. Dennoch fand dies kaum Niederschlag im Mobilisierungskonzept des antifaschistischen Bündnisses. Aufgrund dieser Schwerpunktsetzung anlässlich des 13. Februars erfolgte auch keine gezielte Mobilisierung der AntifaschistInnen gegen den Aufmarsch und auch eine entsprechende Bündnis- oder Öffentlichkeitsarbeit blieb aus. Am Tag des Aufmarsches wurde lediglich eine Kundgebung angemeldet, eine Koordinierung mit den bürgerlichen Gegenkundgebungen existierte nicht. Deshalb stand auch die Anzahl der TeilnehmerInnen an den Gegenkundgebungen letztlich in keinem Verhältnis zur Teilnehmerzahl der Neonazidemonstration. Sie konnte, von einem kurzzeitigen Stopp durch einen Blockadeversuch weniger Protestierender einmal abgesehen, ungestört durchgeführt werden. Durch das Ausbleiben einer gezielten antifaschistischen Öffentlichkeitsarbeit folgte später nicht einmal ein kritisches Presseecho, das die Durchsetzung des Aufmarsches thematisierte.

Fazit

Es lässt sich resümieren, dass es vor allem in Halbe und Wunsiedel ein Ergebnis antifaschistischer Mobilisierung war, dass ein derart hohes Protestpotential mobilisiert werden konnte. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass dies auch Erfolge kontinuierlicher Arbeit sind. Durch AntifaschistInnen konnte der Preis so in die Höhe getrieben werden, dass mittels inhaltlicher Arbeit, der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit und Bündnisarbeit ein großes öffentliches Interesse geschaffen wurde, das mit zur Verhinderung dieser Aufmärsche beitrug. Neben den Großevents, die von den Rechten selbst abgesagt wurden, war es am 8. Mai vor allem ein Zeichen der gesellschaftlichen Sensibilisierung, die die politische Entscheidung bewirkte, den Aufmarsch zu verhindern. Einer Einflussnahme antifaschistischer Mobilisierungskonzepte ist dies nicht zuzuschreiben. Anders gelagert ist der Fall in Dresden. Bewusst wurde sich gegen eine gezielte Mobilisierung gegen das Großevent der Rechten an diesem Tag entschieden. Hier ist ein Umdenken zu erhoffen. Die Verhinderung eines Aufmarsches dieser Größenordnung kann nur Erfolg haben, wenn sich das Mobilisierungskonzept ändert. Kritik an geschichtsrevisionistischen Tendenzen in der Gesellschaft ist zwar wichtig und ebenso Bestandteil antifaschistischer Arbeit, doch in Anbetracht dieses bundesweit etablierten Nazievents sollte diese Kritik an anderer Stelle formuliert werden. Auf dieser Grundlage muss es Ziel der Mobilisierung sein, ein öffentliches Bewusstsein und Interesse zu schaffen, die eine Verhinderung des Aufmarsches bewirken. Um dabei erfolgreich zu sein, bedarf es zunächst einer Bündnisarbeit fernab von einem rein taktischen Bündnis oder einer generellen Ablehnung von breiten Bündnissen. Überregional müssen Gruppen einbezogen werden, so dass bei einer Mobilisierung auch absehbar ist, wieviele TeilnehmerInnen kommen. Mittels einer gezielten Kampagnenarbeit sollte auf die historischen Hintergründe dieses Neo- und Altnaziaufmarsches verwiesen werden. Begleitet werden solche Ansätze durch eine Öffentlichkeitsarbeit, die verhindert, dass Aufmärsche gesellschaftlich ignoriert werden können. Selbstverständlich darf dabei die Benennung und Kritik rechter und revisionistischer Tendenzen in der Gesellschaft nicht außer Acht gelassen werden. Mit dem Verschwinden von Aufmärschen aus der medialen Öffentlichkeit, schwinden auch bürgerliche Mobilisierungen gegen solche. Angesichts früherer Erfahrungen ist es ebenso wichtig, eine Abschreckung von BürgerInnen durch polizeiliche Repression zu verhindern und sie als KritikerInnen von Polizeigewalt und -schikane zu gewinnen. Nur mit einer solchen kontinuierlichen Arbeit wird es gelingen, den Preis für einen polizeilich durchgesetzten Aufmarsch auch in Dresden in die Höhe zu treiben. ■

COLLEGIUM HUMANUM
Akademie für Umwelt
und Lebensschutz

Das Collegium Humanum

Zentrum der Holocaustleugner

Das Collegium Humanum ist wohl eines der ältesten Seminarhäuser der extremen Rechten. In den letzten Jahren entwickelte es sich zum Zentrum der Holocaustleugner. Die Geschichte der 1963 gegründeten Heimvolkshochschule am Rande der ostwestfälischen Kleinstadt Vlotho reicht zurück bis in den Nationalsozialismus. Der mittlerweile verstorbene Gründer, Werner Georg Haverbeck war ein alter NS-Funktionär, der es zeitweilig bis in die Reichsleitung der NSDAP gebracht hatte. Als Leiter des mit bis zu fünf Millionen Mitglieder starken »Reichsbundes Volkstum und Heimat« war seine Aufgabe die Gleichschaltung der Heimat- und Naturschutzbewegung gewesen. In der »Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit« war er maßgeblich an der Organisation der Nürnberger NSDAP Parteitage beteiligt.

Nach 1945 wandte sich Haverbeck der Anthroposophie zu und wurde einer der bekanntesten extrem rechten Ökologen. Allerdings war diese Einschätzung in den 70er Jahren noch die Ausnahme. Obwohl Haverbeck an seine Tätigkeit aus dem Nationalsozialismus anknüpfte, jetzt mit dem Ziel die Umweltbewegungen zu beeinflussen, galt er eher als Linker. Er war Berater des SPD-Ministers Egon Bahr, Redner auf den Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf oder an der Gründung der Grünen beteiligt.

Das Collegium Humanum versuchte in dieser Zeit mit Bildungsarbeit und Politik auch Kreise zu erreichen, die nicht zum extrem rechten Spektrum gehörten. Mit direkten Bezügen zum Nationalsozialismus wurde daher sparsam umgegangen. Das änderte sich erst 1981, als Haverbeck zu den Erstunterzeichnern des rassistischen Heidelberger Manifestes gehörte, in dem die »Überfemdung unseres Volkstums« durch die Zuwanderung beklagt wurde. Ebenfalls für öffentliche Empörung sorgte im Oktober 1984 ein Treffen des »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers« im Collegium Humanum.

Freunde und Förderer aus wohlhabenden Kreisen

Seitdem fanden im Collegium vermehrt Veranstaltungen von Neonazis und extremen Rechten statt. Das Haus fasst bis zu 150 Personen und bietet rund 50 Betten. Immerhin rund 3.000 »Freunde und Förderer« beziehen die Zweimonatsschrift des Trägervereins, die »Stimme des Gewissens«. Sowohl für die bundesweite als auch für die regionale Szene hat das Haus eine wichtige Funktion. Es wird für Vortragsveranstaltungen, Wochenendseminare, Tagungen, Konzerte oder

[1]

[1] Das Collegium Humanum in Vlotho

Schulungen genutzt. Zu den teils regelmäßigen Gästen gehörte das gesamte extrem rechte Spektrum von der NPD-nahen Deutschen Akademie über die Deutschlandbewegung, die neurechts ausgerichtete Synergies Europeennes, die Gesellschaft für freie Publizistik, die nationalrevolutionäre Zeitschrift »Wir selbst« bis hin zu den freien Kameradschaften.

Während etwa die Sommerakademien der Synergies Europeennes eher pseudowissenschaftlichen Charakter haben, geht es bei anderen Veranstaltungen lauter zu. So waren bei einem Balladenabend im März 2001, zu dem etwa 150 Besucher ins Collegium Humanum gekommen waren, die Rechtsrockmusiker Sleipnir aus Gütersloh und Nemesis aus Schottland zu hören. Etliche zeigten Hitlergrüße und Leiter der Veranstaltung war ein Angehöriger der kurz zuvor in der Bundesrepublik verbotenen Blood & Honour Bewegung.

Auch die ostwestfälischen freien Kameradschaften nutzten das Haus nach einem Bericht der Broschüre »Stop Lifestyle of Hate« im April 2001 zu einem Seminar, mit dem die Bielefelder Kameradschaft unter Bernd Stehmann die Ausbildung von »Unterführern« bezweckte. Zu einem regionalen Kameradschaftstreffen lud im September 2005 Meinolf Schönborn ein. »Nicht reden, Handeln« war das Motto des Nachmittags, mit dem der Neonazi vor allem jüngere Menschen erreichen wollte. Schönborn war in den 80er/90er Jahren Anführer der verbotenen Nationalistischen Front (NF) und betreibt jetzt in Herzebrock-Clarholz den »Z-Versand« für neonazistische Propaganda und Devotionalien.

Weder Glatzen noch Springerstiefel trägt das Publikum auf anderen Veranstaltungen des Collegiums. Besonders die TeilnehmerInnen der eigenen Seminare des Hauses setzen sich oft aus Angehörigen akademischer Berufe zusammen. Seit 2003 ist vor allem der Holocaustleugner und Antisemit Horst Mahler als ständiger Referent im Collegium zu Gast. Von ihm oder Referenten aus dem Kreis des »Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten« (VRBHV) werden die meisten Seminare bestritten. Obwohl Holocaustleugnungen und schamlose Verherrlichung des Nationalsozialismus die politischen Aussagen prägen, kommen die »Freunde und Förderer« aus wohlhabenden Kreisen und stammen häufig aus dem Spektrum extrem rechter Ökologen und Anthroposophen. Es ist eine Besonderheit des Collegiums, dass es die alte und neue Generation, Neonaziskinheads und bürgerlich scheinende extreme Rechte zusammenführt.

»Friedenspolitiker« Hitler

Diese Funktion repräsentiert auch die jetzige Leiterin, Ursula Haverbeck. Dazu gehört nicht nur ihr Engagement als Ansprechpartnerin der Frauengruppe in der Deutschlandbewegung, die den Anspruch hat, die extreme Rechte zu vereinigen. Zusammen mit Horst Mahler tritt sie bundesweit bei Veranstaltungen und Aktionen auf. Burschenschaftshäuser gehören ebenso dazu wie Neonaziaufmärsche. Beide waren etwa im August 2004 RednerInnen beim sogenannten Rudolf-Hess-Marsch in Wunsiedel. Unter dem Titel »Ehre, Treue, Wahrhaftigkeit« zeichnete Ursula Haverbeck dort das Bild vom »Friedenspolitiker« Hitler.

Das Collegium Humanum ist jedoch keine reine Schulungsstätte. Von dem Haus geht eine Politik aus, die sich im Wirken mehrerer Vereine manifestiert. Neben dem Trägerverein und dem »Verein Gedächtnisstätte« ist der wich- →

[1]

[1] Horst Mahler und Ursula Haverbeck-Wetzel bei einer NPD-Demonstration in Nürnberg.

→ tigste derzeit der VRBHV, mit dem eine internationale Sammlungsbewegung von Holocaustleugnern angestrebt wird. Schon während der revisionistischen Kampagne Ende der 80er Jahre hatte das Collegium Humanum eine wichtige Funktion. Werner Georg Haverbeck bezeichnete 1989 den Holocaust als eine »Todsünde gegenüber der Wahrheit« und den geplanten »Totschlag der Volksseele« und Ursula Haverbeck erklärte: Es sei »einwandfrei nachgewiesen, dass es im gesamten Reichsgebiet keine Vergasung gegeben hat.«

Auch andere Funktionäre des Trägervereins verbreiteten Holocaustleugnungen. Etwa Ernst-Otto Cohrs, Schriftleiter der »Stimme des Gewissens« oder Vorstandsmitglied Günther-Ernst Kögel, der die deutsche Übersetzung des Leuchter-Reports veröffentlichte. Vorüberlegungen für ein weiteres »Standardwerk« der Holocaustleugner fanden ebenfalls im Collegium Humanum statt. Germar Scheerer beriet sich dort mit Werner Georg Haverbeck, bevor er 1992 sein »Gutachten« über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den Gaskammern von Auschwitz erstellte.

Verein zur Neubelebung der Holocaustleugnerszene

War das Collegium also auch in der Vergangenheit ein Dreh- und Angelpunkt der Holocaustleugnung, wurde es in den letzten Jahren zu einem Zentrum ausgebaut. Die Verbindung mit Horst Mahler und seinen Anhängern aus dem Deutschen Kolleg führte zu einem für das Collegium neuen Aktionismus, der die Holocaustleugnung in die Öffentlichkeit tragen sollte. Um den Verein Collegium Humanum e.V. und die beiden häufigen Referenten Horst Mahler und Bernhard Schaub ist eine Gruppe entstanden, die nicht nur bei Seminaren in Vlotho, sondern auch bei Kundgebungen, Prozessen und Veranstaltungen immer wieder in Erscheinung tritt. Mit dem VRBHV versuchen sie der Szene einen organisatorischen Rahmen zu geben.

Der Verein wurde an einem symbolischen Datum, am 9. November 2003, gegründet und die Liste der 64 Gründungsmitglieder entspricht einem »Who is Who« neonazistischer Geschichtsrevisionisten, die fast alle einschlägig in

Erscheinung getreten sind; darunter Ernst Zündel (Kanada), Prof. Robert Faurisson (Frankreich), Germar Rudolf (geb. Germar Scheerer), Gerd Honsik, Wilhelm Stäglich, Fredrick Töben (Australien), Hans-Dietrich Sander, Manfred Röder, Frank Rennicke und Anneliese Remer. Vorsitzender des Vereins wurde der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub, seine Stellvertreterin Ursula Haverbeck. Als Schatzmeister amtiert Arnold Höfs aus Springe und als Geschäftsführer der Berliner Rainer Link. Mit dem Mitgliedsbeitrag von monatlich 10 Euro sollen Prozesskosten von Holocaustleugnern finanziert werden, insbesondere die Arbeit von Horst Mahler, der nach dem Entzug seiner Anwaltszulassung kein Erwerbseinkommen mehr hat. Ursprüngliches Ziel des Vereins war die Wiederaufnahme von Strafprozessen, denn viele der Gründer haben in der Vergangenheit durch spektakuläre Aktionen von sich reden gemacht und sind einschlägig vorbestraft.

Reichsfahnen auf der Wartburg

Dass der Verein nicht nur eine Rehabilitierung der Holocaustleugner im Sinn hat, die hier als Verfolgte zu Opfern hochstilisiert werden, sondern eine weitere Verbreitung der Holocaustleugnung, zeigt bereits die Gründungsversammlung. Ursula Haverbeck bezeichnete dort die Reichspogromnacht als den »Beginn der großen Lüge, die endgültig zu Fall zu bringen Anliegen unseres Vereins sein wird: Der Auschwitz-Lüge«. Später wurde Haverbeck verurteilt, weil sie ihre Rede anschließend in der »Stimme des Gewissens« veröffentlicht hatte, in der auch die Mitteilungen, Berichte und Ankündigungen des VRBHV erscheinen.

Das Kalkül, durch die massenhafte und provokative Verbreitung von Holocaustleugnungen, eine Normalisierung und Straffreiheit für derartige Aussagen zu erreichen, scheint zumindest teilweise aufzugehen. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Volksverhetzungen kommen derzeit vor Gericht und bestärken den Verein in seinem Aktionismus.

Neben zahlreichen Besuchen von einschlägigen Prozessen versuchen die Aktivisten des VRBHV auch durch Veranstaltungen und Kundgebungen Öffentlichkeit für Holocaustleugnung herzustellen. Ein Beispiel ist der Versuch, am 30. Juli 2003 in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz selbst den Holocaust zu leugnen. Ein »Vorauskommando« hatte vor Ort bereits Erkundigungen eingezogen. Der Plan scheiterte dann jedoch an einem gegen Horst Mahler verhängten Ausreiseverbot. Ersatzweise inszenierten Mahler und Haverbeck mit rund 15 Aktivisten eine Kundgebung auf der Wartburg. Nach einem Fotobericht auf einer der Internetseiten der Szene versammelte sich die Gruppe unter den Augen der Polizei, um ein Transparent mit der Aussage »Den Holocaust gab es nicht« und schwenkte Fahnen des Deutschen Reiches. Erst nach Ende der Versammlung wurde das fragliche Transparent und andere Kundgebungsmaterialien in einem von Ursula Haverbeck gefahrenen PKW beschlagnahmt. Strafrechtlich hatte die Kundgebung jedoch keine Folgen. Während Prozesse, wie derzeit gegen Zündel, für große Presseöffentlichkeit sorgen, bleibt die zweite Reihe der Holocaustleugner weitgehend unbehelligt. Hier besteht in der Tat die Gefahr, dass sich holocaustleugnende Aussagen verbreiten und zunehmend zur Normalität werden. Nicht die vergleichsweise kleine Gruppe um das Collegium Humanum ist dabei das Problem, sondern eine umfangreiche Neonaziszene und das nicht unerhebliche antisemitische Einstellungspotential in der Gesellschaft, die den Resonanzboden für die Holocaustleugnerszene bilden. ■

Neonazi-Gedenkstätte in Borna?

In der sächsischen Kreisstadt Borna ist derzeit eine Gedenkstätte »für die Opfer des Zweiten Weltkriegs durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern« im Entstehen. Im Park des 10.500 m² großen Areals soll ein Denkmal gebaut und in einem ehemaligen Verwaltungsgebäude ein Dokumentationszentrum eingerichtet werden. Dahinter steht der Verein »Gedächtnisstätte« aus Vlotho, der seit mehr als zehn Jahren versucht, einen Platz für einen derartigen Ort zu bekommen. Vereinsvorsitzender Wolfram Schiedewitz erklärte zwar, das Ganze sei noch »diffus«, ein Thing ähnlicher Platz ist jedoch schon gebaut und ein 12 Meter hohes Metallkreuz liegt bereits fertig auf dem Hof der Metallbaufirma des Bornaer Oberbürgermeisters.

Gründerin des Vereins ist Ursula Haverbeck-Wetzel, Witwe von Werner Georg Haverbeck, seinerseits Gründer des »Collegium Humanum« in Vlotho. Sie leitet das Collegium seit seinem Tod. Das Grundstück in Borna gehört seit Anfang 2005 Ludwig Limmer aus Düsseldorf/Meerbusch, der ebenfalls Mitglied im Verein »Gedächtnisstätte« ist. Er hat darauf bisher ein Begegnungszentrum für Russlanddeutsche eingerichtet, die dort am 29. Oktober auch ihr Bundestreffen abhielten.

Initiator des Projekts soll der Ex-Jagdflieger und Anwalt Hajo Herrmann aus Düsseldorf sein.

Obwohl derzeit einige Aufregung in Stadt, Landkreis und Freistaat wegen des Vorhabens herrscht und niemand von etwas gewusst haben will: Der Bauausschuss des Stadtrats hat die Baugenehmigung bereits am 11. Oktober erteilt. ■

Westerwald: Eine Kameradschaft und ihr Ende

Vor dem Landgericht Koblenz begann im November 2005 der größte Neonazi-Prozess des Jahres in Deutschland. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen 16 Aktivisten der Kameradschaft Westerwald haben es in sich: Schwere Körperverletzung, waffenrechtliche Verstöße, schwerer Landfriedensbruch, Bildung einer kriminellen Vereinigung und mehr.

»Smash the Reds«

Zuvor schon, im August 2005, waren elf Jugendliche der Kameradschaft vom Jugendschöffengericht verurteilt worden: ein 18-jähriger, der zudem seine Freundin misshandelt hatte, muss für 30 Monate ins Gefängnis, dem Rest bleibt der Knast erspart. Auch den 16, die nun vor Gericht sitzen, signalisiert der Richter Entgegenkommen. Wer Reue zeigt und geständig ist, kann auf mildere Strafen hoffen. Fast alle Angeklagten nehmen das Angebot an, geben hier ein bisschen zu, reden die eigene Rolle klein und belasten ihre Kameraden. Nach und nach werden ihre Verfahren abgetrennt und mit Bewährungsstrafen entschieden. Für die letzten Fünf, die Mitte Dezember noch auf der Anklagebank sitzen, kann es jedoch eng werden. Zum Beispiel für Christian Steup, 27jähriges Mitglied des Landesvorstands der rheinland-pfälzischen NPD, den Angehörige angeklagter Neonazis als den »Verführer unserer Kinder« sehen[1], oder für den 23jährigen Timo Purper, der außerdem mit Hakenkreuzfahnen handelte und unter dem Pseudonym »Antisemitix« hasserfüllte antisemitische E-Mails verschickte. Und insbesondere für Lars Heinz, 28 Jahre alt, der am 29. Januar 2005 jenen Überfall angeführt haben soll, der schließlich das Ende der Kameradschaft bedeutete.

Der Überfall fand statt in Daaden, einer kleinen Stadt am nördlichen Ende des Westerwaldes. In einer Hütte oben im Wald veranstaltete eine linke Jugendgruppe ein Punkkonzert. Die Neonazis planten, sich durch den Wald anzuschleichen, das Konzert zu stürmen und alles kurz und klein zu schlagen. Da sie jedoch an der Hütte hundert Personen sichteten, die ihnen recht wehrhaft erschienen, beschränkten sie sich darauf, Besucher auf der Anreise zu überfallen. Sie blockierten den Waldweg, der zur Hütte führt, mit Baumstämmen und Nagelbrettern, zertrümmerten einem Auto von Konzertbesuchern mit Baseballschlägern die Scheiben, wobei nur durch Zufall niemand verletzt wird. Die Fahrerin eines zweiten Autos, das anhalten musste, wurde angegriffen und ihr wurde gedroht, sie »kalt zu machen«. Dann flüchteten die Täter unerkannt. (...)

Fünf Monate später fanden bei 41 Neonazis aus dem Kreis der Kameradschaft Westerwald Razzien statt, Lars Heinz wurde auf seiner Arbeit bei der Müllabfuhr vom Müllwagen herunter verhaftet. Gegen neun Personen wurde Untersuchungshaft angeordnet.

[1] V.r.n.l.: Kameradschafts-Aktivist und NPD-Kreisvorsitzender Christian Steup, Marianne Hennig und der NPD-Kandidat Christian Greeb

Kameradschaft Westerwald
Am Ende steht der Sieg!

[1] Die Kameradschaft Westerwald bei einem Neonaziaufmarsch in Dortmund.

Über viele Monate hatten die Ermittler Straftaten der Kameradschaft zusammengetragen, mit dem Überfall in Daaden war das Maß nun offensichtlich voll geworden. »Langwierige und schwierige« Ermittlungen seien den Razzien voraus gegangen, schreibt die Staatsanwaltschaft Koblenz.[2] Dabei hatte Lars Heinz den Ermittlern eine Steilvorlage gegeben, die sich mit Tölpelhaftigkeit und Unerfahrenheit nur unzureichend erklären lässt – sondern vielmehr mit der Allmachtsphantasie eines Neonazis, der offenkundig glaubte, unangreifbar zu sein und sich alles erlauben zu können. Er hatte den Überfall von seinem Handy aus dirigiert und an die Mittäter per SMS-Nachricht die Parole verschickt: Smash the Reds.

Die Partei und ihr Fußvolk

(...) Im Vergleich zur Entwicklung anderer Kameradschaften verläuft die Geschichte der Kameradschaft Westerwald recht ungewöhnlich. Am Anfang stand nicht die rechte Clique vom Dorfbrunnen, die irgendwann den Entschluss fasste, sich mit dem Label einer Kameradschaft eine explizit politische Identität zuzulegen. Stattdessen sammelte sie Mitglieder aus allen Ecken des Westerwaldes. Per Inserat in der NPD-Zeitung Deutsche Stimme im Oktober 2003 warb sie für ihre 14-tägigen Treffen und suchte »aktive Mitstreiter« für »eine noch engere Zusammenarbeit zwischen ›freien‹ Kameradschaften und der NPD.« Einer der Angeklagten im Koblenzer Prozess gibt zu Protokoll, die Gründung der Kameradschaft sei von der NPD angeregt worden und Christian Steup erklärt freimütig, er sei von der Partei in die Kameradschaft delegiert worden, »um die Bindung der Gruppe an die NPD zu gewährleisten.«[3] Von den kriminellen Aktivitäten der Gruppe will er freilich nichts gewusst haben.

Selbst die 81 jährige Marianne Hennig stand zeitweise im Focus der Ermittler. Sie beteuert, mit der Kameradschaft Westerwald nichts zu tun gehabt zu haben und »reingelegt« worden zu sein.[4] Doch Bilder zeigen sie, wie sie auf einem Aufmarsch hinter dem Transparent der Kameradschaft Westerwald marschiert. Marianne Hennig ist die Ikone der Westerwälder Neonazis. Sie ist eine Vertreterin der »Erlebnisgeneration« und stolz, sich noch im letzten Kriegsjahr 1945, als das Dritte Reich in den letzten Zügen lag, bei der Panzerjägerabteilung 1563 als Krankenschwester zum Frontdienst gemeldet zu haben. Insbesondere die NPD hält große Stücke auf »ihre« altgediente Kameradin und dafür hat sie auch allen Grund: 1998 schenkte Marianne Hennig der Partei ein Haus und drei Flurgrundstücke in Derschen, einem Dorf in der Gemeinde Daaden, gleich beim Dreiländereck Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Zur älteren Generation im Kameradschaftskreis zählt auch Michael Müller, 48 Jahre alt, ein glühender Verfechter heidnischen Artglaubens, der auf so mancher Hochzeit tanzt. Der Familienvater aus Driedorf im hessischen Zipfel des Westerwaldes war an der Planung und Durchführung des Überfalls in Daaden beteiligt. Als zweiter Vorsitzender eines im Frühjahr 2005 gegründeten Deutschen Notopfer Hilfswerkes (DNHW) sorgt er sich um »in Not und Elend geratene Menschen deutscher Abstammung«.[5] (...) Man muss nicht zwischen den Zeilen lesen, um die extrem rechte Ausrichtung dieses obskuren Vereins zu erkennen. So stellt sich natürlich die Frage, ob die Sach- und Geldspenden, die der Verein von Privatpersonen und Gewerbetreibenden zu schnorren versucht, tatsächlich so selbstlos an Obdachlose und Hartz-IV- Betroffene verteilt werden – vor allem auch, da er großes Interesse an der Nutzung leerstehender Lagerhallen bekundet.

Insbesondere jugendkulturell gab sich die Kameradschaft Westerwald aufgeschlossen. Die verbliebenen Neonazis auf der Anklagebank können, zumindest vom äußeren Eindruck her, kaum unterschiedlicher sein.

Lars Heinz ist der grobschlächtige Neonaziskinhead, der sich bemüht, dies vor Gericht zu verbergen. Er sieht sich als Aussteiger, ist kooperativ und fabuliert darüber, mit seiner Freundin (die im selben Prozess zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde) ein »neues Leben« anfangen zu wollen. Timo Purper, mit langen blonden Haaren, ist ein eingefleischter Szene-Gänger des National Socialist Black Metal und begeisterter Anhänger der Waffen-SS, woraus er keinerlei Hehl macht. Er erweckt nicht den Eindruck als verstünde er überhaupt, was um ihn herum passiert, scheint immer noch gefangen in einer Parallelwelt aus Gewalt und Machtphantasien. Ganz anders Christian Steup: Gegelte Haare und Maßanzug, selbstsicher im Auftreten. Er wählt seine Worte mit Bedacht, argumentiert, erklärt und führt sich auf wie ein beleidigter Sozialarbeiter, dem die schwere Arbeit mit seinem schwierigen Klientel nicht gedankt wird. Eben ein geschulter Kader der NPD. ■

1| Klaus-Peter Klingelschmitt: »Diesmal ohne Springerstiefel«, tageszeitung vom 6. Dezember 2005
2| Information für die Presse Nr. 18/2005, Staatsanwaltschaft Koblenz, 29.05.2005
3| Klaus-Peter Klingelschmitt, a.A.o.
4| »Besuch im Reich der alten Dame«, Rhein Zeitung vom 14. November 2005
5| vgl. Deutsches Notopfer Hilfswerk – DNHW e.V., Satzung , beschlossen am 12. März 2005 in Waldbrunn-Ellar

Auszugsweiser Vorabdruck aus: Stand.Land.Rechts – Reportagen von rechtem Alltag und lokaler Gegenwehr in Ost und West. Erscheint voraussichtlich im Februar in der reihe antifaschistischer texte (rat) im Unrast-Verlag.

Antifa cyberwar

»in den morgenstunden des 01. oktober 2005 zogen dunkle wolken auf. mit flammenden tastaturen, blitzenden monitoren, rasenden radiowellen, geschick und raffinesse trat zog binary battle unit 01.01. zog in erscheinung und schaltete den freien widerstand ab.«

Mit dieser Nachricht begann für viele Antifas am 1. Oktober 2005 ein langer Tag am heimischen Rechner. Eine ganze Palette an Daten musste gesichtet und ausgewertet werden. Antifaschistische HackerInnen hatten das Neonazi-Forum des »Freien Widerstands« (FW) zerstört und alle Daten inklusive tausender persönlicher Nachrichten zum Download für jedermann bereit gestellt.

Hinter dem Internet-Forum-Projekt standen vorrangig drei Administratoren: Der Dortmunder Dennis Giemsch, der Duisburger Steffen Pohl und der Ettlingener Manuel Bayerl. Unter den Nicknames »Freiheit«, »/xxx/« und »riot« machten sie FW zum wohl relevantesten Onlineportal innerhalb der dynamischen und aktiven »freien« neonazistischen Subkultur. Gewiss vor dem Hintergrund, dass man sich hier im oft schon familiären Umgang miteinander sehr sicher wähnte. Axel Reitz beschrieb das so: »da ich bestens mit dem administrator und den moderatoren dieses forums bekannt und vertraut bin kann ich dir versichern dass dieses nachrichtensystem so sicher wie fort knox ist, um mal als beispiel eine heilige kuh des kapitalistischen systems der goldwährung und der damit verbundenen zinsknechtschaft zu nennen.«

Viele Trends in der schnelllebigen Neonazi-Subkultur fanden ihre theoretische oder zumindest diskutierte Grundlage in den Foren des Freien Widerstands.

So übten die Debatten um »autonomen Nationalismus«, um die Verwendung linker und antifaschistischer Symbolik und Protestformen genauso wie der Streit um »neue« musikalische Trends für die Szene wie Hatecore, NSBM, HipHop eine gewichtige Wechselwirkung auf die Innen- und Außenwahrnehmung der Szene aus.

Nirgendwo anders als online im »Freien Widerstand« wurde das manifestiert, was auf den Straßen vielerorts mittlerweile zur Realität gehört. »Es geht nicht darum, wer oder was du bist. Hauptsache ist, du bist NS. Hauptsache du denkst und handelst im national sozialistischem Gedanken.«

Der Hack eines der wichtigsten Internetportale der deutschen Neonaziszene, war jedoch nur eine Zwischenetappe. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu Hacks von Neonaziseiten. Jedoch dürfte das vergangene Jahr das bis dato erfolgreichste für die »virtuelle Antifa« gewesen sein. Es ist gelungen, eine Vielzahl neonazistischer Homepages und Diskussionsforen teilweise vollständig, teilweise temporär lahmzulegen und dabei eine Unmenge an Daten zu hijacken, also zu erbeuten und zu veröffentlichen, die einen interessanten Einblick hinter die Kulissen der virtuellen Neonaziszene geben und diese in einem großen Maße verunsicherten.

Schon im Zusammenhang mit dem Hack und der zeitweisen Abschaltung des Heimatschutznetzwerkes Sachsen wurde die Brisanz des Internetes für eine funktionierende Infrastruktur der Neonazis deutlich. Aufgedeckt wurde nicht nur, dass offenbar ein Rechner des Heimatschutznetzes bei einem Mitglied des Landtages vor Strafverfolgung sicher lagert, auch dass der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring nach wie vor beste Kontakte zu der militanten sächsischen Naziszene pflegt.

8. Mai Aktionswoche

Im Zusammenhang mit dem 8. Mai – dem Tag der Befreiung – riefen HackerInnen zu einer Aktionswoche unter dem Motto »nazis aus dem äther kicken ab dem tag der befreiung von der faschistischen gewaltherrschaft soll auch das internet von nazilügen und brauner propaganda befreit werden« auf. In den sieben Tagen wurden drei Neonazi-Homepages gehackt. Die Werbeseite für das »Fest der Völker« in Jena wurde verändert und erklärt: »Fest der Völker fällt aus! Wir, der Nationale Widerstand Jena, erklären uns hiermit für aufgelöst.« Zudem wurde eine Liste von über 2.600 E-Mail-Adressen veröffentlicht und somit der großflächige Versuch das Fest der Völker zu bewerben dokumentiert. In der selben Woche wurde auch das Portal des Aktionsbüros Saar geschlossen sowie die Daten des sächsischen Endzeit-Versandes veröffentlicht.

Insgesamt »erwischte« es dann eine ganze Reihe weiterer Neonazi-Online-Versände, deren Kundendatenbanken öffentlich gemacht wurden. Darunter der West-Versand, Front Records, Asgard-Versand und Free-Your-Mind-Productions. Das führte nicht nur zu einer großen Verunsicherung innerhalb der Szene, konnte doch

[1] Der Duisburger Steffen Pohl (2. v.r.) alias »/xxx/« war einer der Administratoren des gehackten Freien Widerstand Forums.

[2] Der Dortmunder Administrator Dennis Giemsch alias »Freiheit« filmt Gegendemonstranten während einer Neonazi-Demonstration.

kein Besteller sich mehr sicher fühlen, seine Adressdaten nicht demnächst online lesen zu können, es kam auch zu quasi »Verräter-Vorwürfen« gegenüber den Versänden, welche mit unsicherer Software arbeiten. Mittlerweile gingen die meisten Versände angeblich dazu über, Kundendaten nicht mehr online auf ihrem Server zu speichern. Nichtsdestotrotz waren den Aktivisten teilweise ganze Datenbanken in die Hände gefallen, die Rückschlüsse auf die Besteller, das Bestellte und anderes, insbesondere den relativen Umsatz der Versände, erlaubten. Damit wurden nicht nur virtuelle Neonaziläden massiv gestört, auch real dürften entsprechende finanzielle Einbußen eingetreten sein.

Quatschbude & Seifenoper

Noch mehr Einblicke in die virtuelle Lebenswelt der Neonazis erlaubten die veröffentlichten Beiträge und persönlichen Nachrichten diverser Gesprächsforen: Hier ließ sich der zumeist männliche Neonazi, geschützt durch vermeintliche Anonymität und blindes Vertrauen in die Administratoren der Seiten, gehen. Er plauderte frei von der Leber weg: Oftmals mit Seifenoper-Charakter erfuhr man Lebensgewohnheiten, Hobbys und konnte ebenso Informationen zum Innenleben der Szene gewinnen wie Informationen zur Struktur, Veranstaltungen, Arbeitsweise und Organisationsform. Wieder war es eine ganze Reihe rechter »Plauderkammern«, die sich der Öffentlichkeit präsentierten: Das Völkermord-, Nationale- und Nord-Forum und der Freie Widerstand, um nur einige zu nennen.

Gerade hier wurde aber deutlich, dass die hohen Userzahlen von teilweise über 1.000 nicht eindeutige Rückschlüsse über die tatsächlichen Useraktivitäten erlauben. Eine Vielzahl der User sind inaktiv und nur ein kleiner Anteil ist wirklich schreibfreudig.

Neben diesen Foren gerieten auch weitere Homepages in das Visier der virtuellen Antifa (siehe Kasten).

Bei einer so im Laufe der Hacks zusammengekommenen Menge von mehreren tausend persönlichen Nachrichten, Daten von Bestellern jeder Art, personenbezogenen Daten usw. verwundert es nicht, dass noch keine konkreten Auswertungen und Analysen vorliegen. Diese werden ohne Zweifel auch noch auf sich warten lassen. Daher hat dieser Text dem auch bewusst nicht vorgegriffen. Dieser Anspruch ist nicht umzusetzen.

Nichtdestotrotz erfolgten schon eine Reihe antifaschistischer Aktivitäten, die auf eine direkte Verwertung der erbeuteten Daten zurückgingen. Es wurden Neonazikonzerte verhindert, Neonazis in ihren Wohnregionen geoutet, Infos zu geplanten Aktionen verwendet, sprich diese damit vereitelt und vieles mehr.

Erfrischend wirkte an den Hacks auch die offensichtliche Unverkrampftheit, mit der die HackerInnen ans Werk gingen. Davon zeugen nicht nur die vielen »Selbstbezichtigungen«, die oft auf Indymedia zu lesen waren, sondern genauso die vielen Kommentare, die auf den von den Online-AktivistInnen neugestalteten Seiten und den Gesichtern der linken LeserInnen mehr als einmal ein Schmunzeln hinterließen. Hier wurde deutlich, der Kampf gegen Neonazis und die gesellschaftlichen Zustände ist real wie virtuell trotz seines Ernstes mit einer Prise Humor leichter und vor allem mit Spaß zu ertragen. ■

Folgende Seiten wurden gehackt:

- Nationaler Widerstand Jena
- Fest der Völker
- Aktionsbüro Saar
- Asgardversand
- Freeyourmind Productions
- Westversand
- Endzeitversand
- Front Records
- Volkermord
- Heimatschutznetzwerk
- Nationales Forum
- Nordforum
- Freier Widerstand
- Kameradschaft Hamm
- Kameradschaft Kaiserstuhl
- Friedensvertrag
- Der Ruf nach Freiheit
- JN München
- NPD Oldenburg
- Aktive Frauen Fraktion
- Freier Widerstand Süddeutschland
- oikrach
- NPD Thüringen Forum M-g-K
- Jugendportal
- Dessau im März
- Aryan88
- Aufruhrversand
- Forsite
- Unser Forum
- Soziales und Nationales Bündnis Pommern
- Deutsche Partei
- NPD Magdeburg

Supermacht Europa

Die rechten Konzepte der Paneuropa-Union

»Es ist an der Zeit, dass die Europäer sich dazu entschließen, Europa zu einer souveränen Macht auszubauen, welches mittels der Technologien des 21. Jahrhunderts selbst seine Unabhängigkeit und seine Sicherheit gewährleistet«, sagte Alain Terrenoire nach seiner Wahl zum neuen Präsidenten der Internationalen Paneuropa Union (PEU) Ende 2004. Der französische Konservative ist der Nachfolger von Otto Habsburg (CSU), der die Organisation seit 1972 führte.

[1] Das rechte Multitalent Bernd Posselt ist seit 1998 Präsident der Paneuropa-Union Deutschland.

Gegründet wurde die PEU 1923 von dem Adeligen Richard Coudenhove-Kalergi, um eine Föderation der europäischen Staaten zu schaffen. Anfänglich war die Organisation mit Sektionen in 23 Staaten populär, denn zahlreiche Politiker und Prominente unterstützten sie. Die Kongresse der PEU waren öffentlichkeitswirksame Großveranstaltungen und mehrere Regierungen und Unternehmen finanzierten den Verband. Doch trotz anfänglicher Erfolge blieb die PEU einflusslos, da sich die europäischen Regierungen weiterhin nationalstaatlich orientierten.

Ständestaat als Vorbild

Paneuropa war in den 20er Jahren nur eines von vielen Europakonzepten, die zur Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen diskutiert wurden. Neben offen imperialen Plänen erschien Paneuropa auf den ersten Blick anti-national und friedlich. Die europäische Einigung sollte aber nur das Mittel zur Errichtung einer Weltmacht sein, um mit der Sowjetunion, Großbritannien, den USA und Asien zu konkurrieren. Das Programm der PEU war antikommunistisch, antidemokratisch, antifeministisch, elitär und kolonial geprägt. Revanchistische Forderungen Deutschlands und völkisch definierte Minderheitenrechte fanden sich ebenso darin. Auf der Grundlage einer eigenen Rassentheorie schwadronierte Coudenhove-Kalergi von »Menschenzucht« und kritisierte den NS-Arierwahn als »Attentat gegen den Begriff der weißen Rasse«. Als Vorbild einer neuen Gesellschaft empfahl der PEU-Chef den autoritären österreichischen Ständestaat und sympathisierte mit Mussolinis Italien.

Mit der Machtübertragung an die Nazis 1933 und dem Anschluss Österreichs 1938 war die PEU tot. In Deutschland löste sie sich 1933 freiwillig auf. Die Verfolgung ihrer Ziele überließ sie nun »einer tatkräftigen Reichsregierung«, erklärten die Paneuropäer. Nach dem Sieg der Alliierten kehrte Coudenhove-Kalergi zurück und warb erneut für seine Idee. Überall entstanden damals Europa-Verbände und die europäische Einigung wurde Regierungspolitik. Gerade in der BRD setzte ein großer Teil der

R. N. COUDENHOVE-KALERGI
PAN-EUROPA
Neuauflage 1998
Faksimile-Nachdruck der Ausgabe von 1923
Vorwort von Otto von Habsburg

Rechten auf Europa, denn Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne war nur auf diesem Weg möglich.

Antikommunistische Sammlungsbewegung

Trotzdem gelang es dem PEU-Gründer nicht, sich politisch zu verankern. Weder seine 1947 gegründete Europäische Parlamentarier Union noch die wiederaufgebaute PEU gewann bis zu seinem Tod 1972 Einfluss. Seit Mitte der 50er Jahre sammelte sich aber eine Strömung in der PEU, die sie später auf Erfolgskurs bringen sollte. Der Bundestagsabgeordnete und spätere Bundesvertriebenenminister Hans Joachim Merkatz (Deutsche Partei, CDU) sowie der damals parteilose Otto Habsburg, ältester Sohn des letzten Kaisers von Österreich-Ungarn, übernahmen Posten bei den Paneuropäern. Mit Erich Mende (FDP) wurde 1967 ein profilierter Rechter Vorsitzender der deutschen PEU. Seit der Wahl von Habsburg zum Präsidenten der Internationalen Sektion 1973 ging es dann richtig los.

Eine Gruppe prominenter Rechter begann nun, aus den Resten der alten PEU eine Sammlungsbewegung aufzubauen. Die Grundlagen waren ein strikter Antikommunismus, die gemeinsame Europaidee und das Christentum. Parteiübergreifend vereinten sie verschiedene Strömungen, die seit Jahren nebeneinander arbeiteten, z.B. die Abendländische Akademie, das Franco-nahe CEDI, die Deutschland-Stiftung, Teile der deutschen Vertriebenen, Monarchisten sowie Vertreter rechter Parteien und Regierungen Europas. Bis 1989/90 kooperierte die PEU immer wieder mit der extremen Rechten. Heute bestehen nur noch vereinzelt Kontakte dorthin, da der Antikommunismus als einendes Moment bedeutungslos geworden ist. Ein Trennstrich nach rechts wurde nur dann gezogen, wenn es um eine konkurrierende Europa- und Deutschlandpolitik ging.

Denn die »Europäisierung der deutschen Frage« (Franz Josef Strauß) war seit 1973 zentrales Thema der PEU. Ein politisch, militärisch und ökonomisch starkes Europa sollte den sozialistischen Staaten geeint entgegentreten und den Anschluss der DDR an die BRD sowie den Zerfall dieser Staaten unter dem Vorbehalt der Westorientierung vorantreiben und ökonomische Anreize für einen politischen Wandel schaffen. Praktisch wurde dies von der PEU mit subversiver Wühlarbeit in Ost- und Südosteuropa unterstützt (siehe AIB #49). Mit der Transformation der sozialistischen Staaten seit 1989 ist die PEU noch nicht zufrieden. Sie strebt die Neuordnung ganz Europas an.

Volksgruppenzoo

Nachdem die EU-Strukturen aufgebaut, der Kommunismus besiegt und der Zugang zu den ehemaligen Ostgebieten frei ist, stehen neue Aufgaben an. Die PEU will einerseits die Wirtschafts-, Technologie-, Außen- und Militärpolitik auf der Ebene der EU zentralisieren und andererseits die Sozial- und Kulturpolitik gemäß dem katholischen Prinzip der Subsidiarität in die kleinst möglichen gesellschaftlichen Einheiten verlagern. Außerdem sollen die bestehenden Staaten in Regionen und Volksgruppen zersplittert und somit geschwächt werden. Da Deutschland als völkisch fast homogen angesehen wird, bliebe es dagegen erhalten und würde durch die Anbindung »deutscher« Minderheiten in Ost- und Südosteuropa noch gestärkt. Gerade in Russland gebe es noch zahlreiche angeblich unterdrückte Volksgruppen. »Russland muss sich dekolonialisieren«, forderte daher 2000 der PEU-Funktionär Karl Habsburg.

Durch die Verankerung in der CDU/CSU, bei den Vertriebenen und den europäischen Institutionen gewann die PEU seit den 70er Jahren an Einfluss. Habsburg wurde ein wichtiger außenpolitischer Berater der CSU und in das erste frei gewählte Europaparlament zogen 1979 33 PEU-Mitglieder ein. 2003 hatte die PEU-nahe Paneuropa-Intergruppe dort nach eigenen Angaben bereits 100 Mitglieder. Neben konzeptioneller Arbeit versucht die PEU vor allem, sich als Forum zur Koordination konservativer Europapolitik zu etablieren. Über ihre institutionellen Einbindungen gelingt ihr dies auch immer wieder, aber ihr tatsächlicher Einfluss darf nicht überschätzt werden.

Die Wahl eines Franzosen an die Spitze der PEU bedeutet keinen Politikwechsel. Denn die dominante deutsche Sektion ist im internationalen Präsidium mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich (CSU), dem katholischen Verleger Dirk Hermann Voß sowie dem rechten Multifunktionär und Europaparlamentarier Bernd Posselt (CSU, Sudetendeutsche Landsmannschaft) weiterhin stark vertreten. Der Schwerpunkt der PEU liegt derzeit in der Etablierung eines politisch, technologisch und militärisch starken und souveränen Raumes, der weltweit seine Interessen, auch in Konkurrenz zu den USA, durchsetzen kann. Das Motto des für April 2006 in Wien und Bratislava geplanten Internationalen Kongresses lautet daher: »Europa. Supermacht des Friedens und der Freiheit«. ■

Ein Haufen Deutschland

Die Kampagne »du-bist-deutschland« macht den Nationalismus hip – Schwarz-Rot-Gold als Kuschelersatz für die soziale Gesellschaftszersetzung. Bei dem aktuell laufenden Fahnenappell handelt es sich um die größte politische Kampagne der Medienwirtschaft seit dem Bestehen der BRD: »Social marketing« nennen das die Betreiber, wofür sie in dem Kampagnenzeitraum von vier Monaten mehr als 30 Millionen Euro bereitgestellt haben. Deutschland wird schwarz-rot-gold zugeschissen.

Alex Busch

[1] Historischer Ursprung der Kampagnenparole: NSDAP-Kundgebung auf dem Ludwigsplatz in Ludwigshafen um 1935.

In der Eigenwerbung zur Kampagne heißt es: »Die größte Pro bono-Kampagne der Republik soll für Aufbruchstimmung in Deutschland sorgen und deutlich machen: Es kommt auf jeden Einzelnen an. Initiator und Träger der Aktion sind 25 Medienunternehmen unter Federführung der Bertelsmann AG im Rahmen der Initiative >Partner für Innovation<. Konzipiert und realisiert wird die Kampagne von den Agenturen Jung von Matt/Alster, kempertrautmann und fischerAppelt.«

Zentrale Steuerungsfunktionen der Kampagne liegen beim Bertelsmann-Konzern. »Wir wollen einen Aufbruch in Deutschland erreichen«, so Bernd Bauer, Leiter der Kampagne und vormals Kommunikationschef der Bertelsmann AG. Neben Bertelsmann, Springer, Burda und Gruner + Jahr sowie ARD, ZDF, RTL, Sat 1 u. a. wirkt eine bunte Schar von Medienpromis an dem Fahnenappell mit: »In TV- und Kino-Spots, Anzeigen, Plakaten sowie einem Internetauftritt wenden sich über 30 prominente Persönlichkeiten – von Anne Will über Justus Frantz, Walter Kempowski und Harald Schmidt bis hin zu Marcel Reich-Ranicki, Patrick Lindner, Xavier Naidoo und vielen anderen – an die deutsche Bevölkerung mit der Botschaft: Jeder Einzelne von uns trägt Verantwortung für das Wohlergehen und die Zukunft dieses Landes. Es geht um Verzicht zum Wohle der Nation: »Wir sind überzeugt, dass gerade jetzt das Bedürfnis in Deutschland so groß ist wie noch nie, aus der emotionalen Misere auszusteigen und das eigene Schicksal wieder selbst aktiv und positiv zu gestalten«, so Oliver Voss von Matt/Alster, verantwortlich für die Kreation der Kampagne. Dies funktioniert nach den Mechanismen symbolischer Politik: Durch die politische Besetzung von Begriffen, Schlagworten und Parolen wird Politik inszeniert: »trend«- oder »agenda-setting« für das Nationale zum Wohle des Kapitals. Die Nationalisierung von Sprache und Politik dient als Klammer für einen Populismus der neuen Art unter neoliberalen Prämissen. Bei der Propaganda von der nationalen Identität von Individuum und Volk landet man in Deutschland deshalb zwangsläufig bei den Neonazis, weil diese Propaganda ein konstitutives Merkmal der extremen Rechten ist.

Im Zentrum der Kampagne steht ein zwei Minuten langer Werbefilm, der zur prime time bis zum kommenden Jahr im TV wie auch in den Kinos läuft und in dem ein »Manifest« für Deutschland verkündet wird. Dieses Manifest hat es in sich: »Wieso schwenkst du Fahnen, während Schumacher seine Runden dreht? Du kennst die Antwort: Weil aus deiner Flagge viele werden und aus deiner Stimme ein ganzer Chor. Du bist aus allem ein Teil. Und alles ist ein Teil von dir. Du bist Deutschland.«

Schöner hätte es der Führer auch nicht sagen können, so schießt es einem angesichts dieses Manifestes durch den Kopf. Und in der Tat: der historische Ursprung dieser Parole findet sich genau dort wieder. Als dieser historische Tatbestand im November 2005 öffentlich gemacht wurde, herrschte zuerst peinliche Betroffenheit bei den Initiatoren. Doch nachdem der befürchtete öffentliche Aufschrei ausblieb, wurde die Kampagne einfach bruchlos nach dem Motto fortgesetzt: Was interessiert uns die Geschichte – wir sind Deutschland!

Exkurs: von Rechtsaußen rein in die Mitte

Politische Kampagnen für Nationalismus und Nationalstolz erhielten in Deutschland nach der Niederschlagung des Faschismus erstmals durch die NPD mit Forderungen nach einer »Stärkung des Nationalbewußtseins« öffentliche Bedeutung. In ihrem Gründungsaufruf, der als »Manifest der NPD« auf dem ersten Parteitag im November 1964 verabschiedet wurde, hieß es: »Nur ein seines eigenen Wertes und seiner nationalen Würde bewußtes Volk kann die Achtung der Welt und die Freundschaft der Völker gewinnen. (...) Wir fordern daher die Anspannung aller Kräfte, um den Willen zur Selbstbestimmung der deutschen Nation zu wecken.«

Die vehemente Beschwörung nationalen Stolzes in Deutschland speiste sich aus der Abwehr von Erinnerung; sie resultierte aus der Abwehr geschichtlicher Verantwortung und Besinnung. Der Aufnäher vom »stolzen Deutschen« war zunächst Erkennungsmerkmal der extremen Rechten. Im Zuge eines nationalistischen Taumels im Kontext der seit 1989/90 territorial erstarkten Republik vollzog sich diesbezüglich ein politischer Dammbruch: Nationalismus wurde zum Markenzeichen der etablierten Politik. Heute ist das Bekenntnis zum Deutschtum längst kein ausschließliches Spezifikum von extremen Rechten und Nationalkonservativen mehr. Ob nun die so genannte Walser/Bubis-, die Leitkultur- oder die Nationalstolz-Debatte: Die Argumente für nationalen Bekenntnisdrang verschwommen von Rechts zur Mitte bis zur Unkenntlichkeit miteinander. So erklärten sich bespielsweise die Republikaner im Kontext der »Nationalstolz«-Debatte 2001 zu den geistigen Urhebern der CDU-Kampagnen. In einer Erklärung der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg hieß es: »Die Republikaner sehen die Diskussion um den Begriff des ‚Nationalstolzes' als Chance zu einer nationalen Besinnung, für die sie seit langem eintreten. Die Republikaner werden das Ihrige dazu beitragen, damit der nationale Nihilismus in Deutschland überwunden und Deutschland wieder zu einer selbstbewußten und verantwortungsbewußten Nation wird.« Nach Auffassung der National-Zeitung ging zu jener Zeit »ein Ruck durch Deutschland – in Richtung auf Normalisierung des Nationalbewußtseins und Nationalgefühls. Was bislang nur von rechts klar und deutlich gesagt und, soweit im Volk verbreitet, von herrschenden Meinungsmachern als ‚dumpfbackiges Stammtischgelaber' abqualifiziert worden ist, wird ‚salonfähig', zum modernen Bekenntnis quer durch die Gesellschaftsschichten: ‚Ich bin stolz, Deutscher zu sein!' (...) Man soll bekanntlich nicht zu früh frohlocken. Doch es hat den Anschein, als ob der deutsche Nationalstolz endlich nicht mehr in der rechten Ecke ghettoisiert werden kann, sondern dahin kommt, wo er →

hingehört: mitten unters Volk.« In Deutschlands größter Boulevardzeitung hieß es nahezu gleich lautend: »Darf ich als Deutscher stolz sein auf mein Land?« Die Berliner Zeitung titelte: »Bin ich ein Neonazi, wenn ich stolz bin ein Deutscher zu sein?«

Nein, ihr armen gebeutelten Deutschen, so schallt es nun aus der aktuellen Kampagne heraus: Endlich nun dürft ihr euch wieder deutsch fühlen und es laut herausschreien, ohne euch schlecht dabei zu fühlen: Eine Medienkampagne als nationalisierte Urschrei-Therapie.

Nationalismus ganz mittig

Vorbehaltlos angetan von der Kampagne scheint die politische Nachfolgschar des Führers nicht zu sein. In der neurechten Bekenntnispostille »Junge Freiheit« lobt deren Chefredakteur zwar die Intension der Kampagne: »Eine lobenswerte Idee. Daß Deutschland runter muß von der Couch, haben wir schon wiederholt geschrieben. Der Schlüssel aber, der zum Ausgang aus der deutschen Neurose führt, ist ein unverkrampftes Nationalbewußtsein.« Und den vermisst der rechte Geschichtsrevisionist bei der Kampagne: Die Huldigung an den deutschen Soldaten fehle, so beklagt er. Und vor allem: Das Holocaust-Mahnmal werde im TV-Spot gezeigt: »Auschwitz als Kern des deutschen Nationalbewußtseins?« Dagegen kämpfen die JF-Macher doch seit Bestehen ihres Projektes: »Den Bürger erreicht dieser Pseudo-Patriotismus aus der Retorte nicht. Allenfalls Angehörige verklemmter Eliten.«

Es ist die selbstverständliche Vereinnahmung von Auschwitz für die Normalisierung des Nationalismus, was die extreme Rechte an der Kampagne stört: Multikulti-Popstars auf dem Stelenfeld, die zum Fahnenappell rufen, empören sie. Schwarze, die für Deutschland winken, das passt nicht in das alte rassistische Bild vom deutschen Volkskörper. Die Kampagne zeigt, dass die Wirtschaft heute nicht mehr die extreme Rechte braucht, um das Staatsvolk zur Fahne zu rufen. Die extreme Rechte hat den Nationalismus in die Mitte der Gesellschaft transformiert. Man kann sich seiner nun ohne Rückgriff auf die rechten Schmuddelkinder bedienen. Deutlich bringt diesen Tatbestand ein Artikel in der Online-Ausgabe des Lobbyisten-Kampfblattes des Kapitals, dem Manager Magazin, zu Ausdruck. Dort hieß es: »Weder die Ruck-Rede von Bundespräsident Herzog noch die zahlreichen anderen Initiativen der Politik schafften es bisher, Deutschland aus seinem Jammertal zu befreien. Vielleicht lag es daran, dass die Impulse bisher immer von der Politik ausgingen. Das dachte sich wohl auch Bertelsmann-Chef Gunter Thielen im Oktober vergangenen Jahres. (...) Im Rahmen des von Bundeskanzler Gerhard Schröder initiierten Projekts ›Partner für Innovationen‹ entwickelte er im Kreis seiner Branchenkollegen die Idee zur größten Sozialmarketingkampagne der Bundesrepublik.« Die neoliberale Gazette weiß, was die Kapital-Lobby dem Wegbereiter von Merkel & Co. zu verdanken hat. Es war schließlich der nun abgetretene Bundeskanzler Gerhard Schröder, der die SPD mit dem Neoliberalismus versöhnte. Und es war zugleich der Sozialdemokrat, der den Nationalismus in einer zugleich populistischen wie postmodernen Art und Weise populär machte. Schröder prognostizierte schon kurz nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998: »Das Deutschland, das wir repräsentieren, wird unbefangen sein, in einem guten Sinne vielleicht sogar deutscher sein.«

Das Deutschland der Bertelsmann AG, dem bedeutsamsten neoliberalen Think Tank der BRD, ist kein fordistisch-rückwärts gewandtes völkisch-rassistisches Reich, keine NS-Kopie wie sie die Neonazis herbeisehnen. Das Kampagnen-Deutschland aus dem Hause Bertelsmann ist ein kapitalkonformes Konstrukt einer sozialdarwinistischen Gesellschaft, die zu ihrem Funktionieren die Nebelgranate des Nationalen benötigt. Das neoliberale Individualisierungs- und Freiheitspo-

stulat beruht auf der Ablehnung des Solidaritätsgedankens. An Stelle des verhassten Gleichheitsprinzips wird das Credo von Adam Smith von der »unsichtbaren Hand« des Marktes gesetzt, die alles richtet, das Survival of the Fittest. Damit die Leute weiterhin verzichten und sich sozial- und arbeitsmarktpolitisch zurichten lassen, brauchen sie einen Glauben an Besserung und Beteiligung. Und der wird ihnen durch den Nationalismus präsentiert. »Alle für einen – einer für alle«, das kennen und mögen die ordentlichen deutschen StaatsbürgerInnen. Ob Ackermann oder Hartz IV-Empfänger – wir alle sind Deutschland, so die zugleich wahnwitzige wie realpolitisch wirkungsmächtige Masche der medienindustriellen Verblödungskampagne. Deutlich benannt wird dies im Manager Magazin: »Es wird offensichtlich, wie vorteilhaft die große Beteiligung der Medien an der Gute-Laune-Kampagne ist. Rein rechnerisch sollen so fast 98 Prozent der Bürger erreicht werden, ohne dass Unsummen für Anzeigenplätze und Werbeminuten ausgegeben werden müssen. Denn keines der Unternehmen wird für seine Eigenleistung bezahlt. Auch Prominente, Agenturen und Produktionsfirmen arbeiten unentgeltlich. Wäre Geld geflossen, hätte die Imagekampagne ein Volumen von mehr als 33 Millionen Euro. So kommt die gesamte Aktion aber gerade mal auf zwei Millionen Euro Organisationskosten, die Initiator Bertelsmann übernimmt.«

82 Millionen Bertelsmännchen?

»Ein Ruck muss durch Deutschland gehen« – so forderte es schon der ehemalige Bundespräsident Herzog. Seit Jahrzehnten wird in einer konzertierten Aktion von Politik und Medien die Öffentlichkeit propagandistisch auf die Anforderungen einer neoliberal-sozialdarwinistischen Konkurrenzgesellschaft getrimmt. Von Verlautbarungsorganen wie der Wirtschaftswoche, dem Managermagazin, Focus bis zu Truppen wie dem ifo-Institut oder der Initiative für neue soziale Marktwirtschaft wird seit Jahren das ewig Gleiche verkündet: Weg mit Sozis und Unproduktiven – alle Macht dem Markt! Der aktuelle Fahnenappell zeichnet sich jedoch durch eine bewusst gewählte »dialogische Vermittlungsmethode« aus. Statt auf Verteufelung wird auf Weichspülprogramm geschaltet: Nationalismus light als medienindustriell verordnete Seelenmassage – so erscheint die bewusst gewählte Machart dieser Kampagne, die herüberkommt wie Hintergrundmusik im Supermarkt. Die emotionalisierte Besetzung nationalen Wir-Gefühls dient hierbei als gemeinschaftsstiftender Kitt einer real zersplitterten und entsolidarisierten Klassengesellschaft.

»Unsere Zeit schmeckt nicht nach Zuckerwatte. Das will auch niemand behaupten.« So tönt es zugleich aus dem Manifest für Deutschland. Zugepackt werden soll für die Nation: »Wir sind 82 Millionen. Machen wir uns die Hände schmutzig. Du bist die Hand. Du bist 82 Millionen.« Bertelsmann befiehl – wir folgen?

Der aktuelle konzertierte mediale Fahnenappell verknüpft Nationalismus mit Neoliberalismus. Er setzt zeitgeistkompatible Bilder ein, um seiner nationalistischen Verhüllung des sozialstaatlichen Zersetzungsprogramms einen freundlichen Anklang zu verleihen. Zugleich wird der Kampf um soziale Teilhabe und um gerechte Verteilungsverhältnisse als volksfeindlich verteufelt. So heißt es im TV-Spot der Kampagne: »Meckere nicht über dein Land, sondern biete ihm deine Hilfe an.« Hier kommt ein neoliberal modernisierter und progressiv verkleideter Nationalismus zum Ausdruck, der sich anlehnt an eine US-Kampagne zu Zeiten von Kennedy, die fast wortgleich lautete. »Frage nicht, was dein Land für dich tut, sondern frage dich, was du für dein Land tust!«

Schluss mit dem Anspruchsdenken – so soll das heißen: Verzicht zum Wohle der Nation soll zum Zeitgeist erkoren werden: »Deutschland redet sich selbst schlecht«, verkündet Bernd Kundrun, Vorstandvorsitzender von Gruner + Jahr und preist den nationalen Schulterschluss zwischen Kapital und Arbeit: »Dagegen wollen wir in diesem bislang einmaligen Schulterschluss einen Impuls setzen und einen Bewusstseinswandel für mehr Selbstvertrauen und Motivation anstoßen. Wir laden alle Menschen, Unternehmen und Organisationen in Deutschland ein, sich dieser Bewegung anzuschließen.«

Ein Volk gibt Gas

So sehr dieser kulturimperialistische Fahnenappell politisch bedrohliche Formen von medienindustrieller Gleichschaltung offenbart, so sehr demonstriert er zugleich den geistigen Zustand der Republik: Die Nation als Lotto-Gewinn? Eine Medien-Performance als nationale Therapie – Deutschland auf der Couch der Bertelsmann AG? Das nationalistische Weichspülprogramm kann seine zugleich völlig absurde Note nicht verbergen: »Du bist der Baum«, »Du bist alle« – die Kampagne präsentiert sich zugleich als Offenbarungsprogramm zur Komplettverblödung. Auschwitz und Michael Schumacher, Mauerfall und Asamoah, all is one? Damit soll nun Deutschland vorangebracht werden? Ein Volk – ein Baum – ein Beckenbauer? Unter solch einem Logo? Die Nation Deutschland unter einer Nazi-Parole als schwarz-rot-goldener Scheisshaufen? Hier hat die Wirklichkeit wieder einmal die krasseste Satire übertroffen.

»Geh runter von der Bremse«, heißt es im Manifest der Kampagne: »Es gibt keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Deutschlandbahn. Du bist Deutschland!«

Ein Volk gibt Gas? Du landest da, wo du hingehörst, Deutschland... ■

Wie gedenken?

Migrantische Jugendliche und NS-Geschichte

Gastbeitrag von Rosa Fava.

D'e Autorin ist Lehrerin und freie Mitarbeiterin im museumspädagogischen Bereich der KZ Gedenkstätte Neuengamme.

»Wozu soll man die alten Nazis vor Gericht bringen, wenn man in Israel nichts macht?«, bemerkte eine Schülerin, als bei einer Führung durch die KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg die größtenteils sehr verspätete Strafverfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen zur Sprache kam. Je nach eigener Haltung im Nahost-Konflikt würde man ihr vielleicht antworten: »Man muss die alten Nazis vor Gericht bringen und in Israel was machen« oder »Das hat nichts miteinander zu tun, in Israel gibt es keinen Holocaust.« Man wäre entweder irritiert darüber, wie direkt die Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden, oder erschrocken über die weite Verbreitung des antisemitischen Antizionismus schon bei Jugendlichen.

Eine Ergänzung: Die Schülerin trug ein Kopftuch und hätte arabischer Herkunft sein können. Nun werden sicherlich viele LeserInnen den Kommentar des Mädchens als einen Ausdruck von wahnhaftem islamischem Antisemitismus begreifen. Sie werden alarmiert sein über das Eindringen von Antisemitismus durch die muslimische Einwanderung und sich fragen, welche Maßnahmen man dagegen ergreifen kann. Andere wiederum werden den Antizionismus als eine herkunftskulturell bedingte verständliche Kritik an Israel verharmlosen, die nicht so gemeint sei, und außerdem anmerken, man könne Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht mit der deutschen Geschichte behaften.

Die Anderen und das Eigene

Die Realität der deutschen Einwanderungsgesellschaft und die »Erziehung nach/über/gegen Auschwitz« beziehungsweise die gedenkpolitische Diskussion werden zueinander in Beziehung gesetzt: der Fokus richtet sich dabei größtenteils auf »die Anderen« als Problem, »das Eigene« wird nicht mehr gesehen; Gleiches wird mit unterschiedlichem Maßstab gemessen – in positivem wie im negativem Sinne.

Seit einigen Jahren wird unter PädagogInnen, LehrerInnen, GeschichtsdidaktikerInnen und im erinnerungspolitischen Diskurs das Phänomen thematisiert, dass ein oft beträchtlicher Anteil der Bevölkerung nichtdeutscher Herkunft ist und somit womöglich keinen Bezug zur NS-Geschichte habe. Nicht immer geht es um so brenzlige

Themen wie Antisemitismus oder Antizionismus, sondern im allgemeinen wird eher ein Desinteresse von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft am Nationalsozialismus beobachtet oder oft nur konstatiert. Daher werden Mittel gesucht, den EinwanderInnen und ihren Nachkommen[1] die als fremd postulierte Geschichte nahe zu bringen. Ein typisches Beispiel für diese Sichtweise liefert der durch sein Buch »Opa war kein Nazi« bekannt gewordene Harald Welzer. Er spricht sich zunächst generell für den Vergleich von Nationalsozialismus und Holocaust mit »genozidalen Prozessen in anderen Gesellschaften und zu anderen Zeiten« aus und führt als ein Argument an, es hätten dann: »auch die vielen Migrantenkinder einen besseren Bezugspunkt zum Sinn der Behandlung des Themas, als wenn es immer nur um eine Geschichte geht, die sie mit Recht nicht für die ihre halten.«[2]

Nichtmigrantenkinder, so die impliziten Annahmen, würden die NS-Geschichte als die ihre annehmen und in der Beschäftigung damit einen Sinn sehen. Vergessen sind dann plötzlich Jahrzehnte alte Klagen darüber, dass Schülerinnen und Schüler nur noch mit einem »Nicht schon wieder!« auf die Ankündigung von LehrerInnen reagieren, jetzt den Nationalsozialismus „»urchzunehmen«. Vergessen sind Welzers eigene Forschungsergebnisse, dass gerade die EnkelInnen das Mitläufertum ihrer Großeltern zum heldenhaften Widerstand umdeuten – eher eine Art, die NS-Geschichte verschwinden zu lassen, denn sie als eigene anzunehmen.

Erfahrungen aus der Praxis

Neben eher theoretischer Reflexionen – was bedeutet es für die nationale Identität, wenn das kommunikative Gedächtnis eines Teils der Bevölkerung einerseits (angeblich) keine Anknüpfungspunkte zur deutschen Geschichtserzählung aufweist und andererseits seine spezifischen Inhalte im nationalen Narrativ nicht repräsentiert werden – wird die Diskussion auf empirischer Ebene geführt. Es gibt zahllose Beispiele aus der Praxis an Schulen und Gedenkstätten und manchmal aus der Erwachsenenbildung, mit denen sich die jeweils eigene Perspektive auf das »Problem« belegen lässt: »ausländische« Jungs, die sich abwenden, wenn sie mitbekommen, dass keine Türken/Portugiesen/etc. im Konzentrationslager waren; Jugendliche die feststellen: »dann waren die Nazis damals mehr gegen Juden, heute mehr gegen Ausländer«; Mädchen aus Afghanistan, die das Schicksal jüdischer Kinder erforschen usw.

Als bisher einzige systematische Studie liegt die Arbeit Viola Georgi vor.[3] Georgi führte mit Jugendlichen unterschiedlichster Herkunft Gespräche, die als narrative, episodische biografische Interviews angelegt waren. Sie stellte bei den Jugendlichen eine sehr intensive Beschäftigung, aktive Aneignung und persönliche Auseinandersetzung fest und im Gegensatz zu verbreiteten Annahmen spielte dabei die jeweilige Herkunft bzw. eine spezifische kulturelle Prägung eine untergeordnete Rolle: »Nur in ganz wenigen Fällen zeichnete sich eine national-kulturelle oder auch gruppenbezogene Spezifik im Umgang mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust ab. In der Regel zeigten sich die national-kulturellen Merkmale als von anderen überlagert ...«[4] Und weiter: »(Es) erwies sich die Kategorie der Zugehörigkeit als Schlüsselkategorie.«[5] An anderer Stelle: »Ausschlaggebend ist ... die Fremdzuschreibung ‚Ausländer' und der häufig damit einhergehende Zwang, seine Identität in der Marginalität ausbilden zu müssen. (...) Wer ‚richtiger' Deutscher sein will, der muss sich auf irgendeine Weise mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust befassen.«[6]

Letzteres könnte wie eine bewusste instrumentelle Herangehensweise wirken, liest sich aber beispielsweise wie folgt: »... gerade weil wir hier leben, und als Ausländer musst du dich doch auch irgendwo mit der ganzen Sache auseinandersetzen ..., da wir einen Bezug zu Deutschland ja auch haben. Und genau so, wie ein Deutscher über seine Geschichte Bescheid wissen müsste. In dem Moment, wo wir hier leben, ist das ja auch ein Teil von unserer Geschichte, und darum ist es auch wichtig, meiner Meinung nach,

→

1| Es geht fast ausschließlich um Jugendliche und junge Erwachsene, da andere nicht institutionell fassbar sind.

2| Harald Welzer, »Ach Opa!« Einige Bemerkungen zum Verhältnis von Tradierung und Aufklärung, in: Wolfgang Meseth/ Matthias Proske/ Frank-Olaf Radtke (Hg.), Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, Frankfurt/New York 2004, S. 49-64, hier S. 62.

3| Viola B. Georgi, Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003. »Entliehene Erinnerung« ist eine Abwandlung des »entliehenen Gedächtnisses« (Maurice Halbwachs); eine Figur, mit der benannt wird, dass die Individuen eines jeden Kollektivs sich an Dinge »erinnern«, die vor ihrer Geburt stattgefunden haben.

4| Ebd., S. 125.

5| Ebd., S. 299.

6| Viola Georgi, Wem gehört die deutsche Geschichte? Bikulturelle Jugendliche und die Geschichte des Nationalsozialismus, in: Bernd Fechler/ Gottfried Kößler/ Till Liebertz-Groß (Hg.), »Erziehung nach Auschwitz« in der multikulturellen Gesellschaft, Weinheim und München 2000, S. 141-162, hier S. 161.

sich darüber klar zu werden, was passiert ist, wie es dazu kam, die Umstände und dass es genauso gut auch anderswo passieren könnte.«[7]

Unterschiedliche Aneignungsweisen

Georgi erkennt in den Interviews mit Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft vier typische Aneignungsweisen: Jugendliche, die sich aufgrund eigener Ausgrenzungserfahrungen mit den jüdischen Opfern identifizieren (»Die waren deutsche Juden und wurden nicht als Deutsche akzeptiert, genau wie bei den Ausländern heute«); Jugendliche, die den Holocaust mit anderen staatlichen Verfolgungen von Minderheiten vergleichen und auch gleichsetzen (»Und was früher mit Deutschland passiert ist, ist fast gleich wie heute mit den Kurden«);[8] andere, die sich mit der deutschen Bevölkerung identifizieren (»Also, was mal fehlt, ist zu erwähnen, dass es auch Deutsche gab, die nicht so waren«), und wieder andere, die den Nationalsozialismus unter universalistischen Fragestellungen betrachten (»Weil es in anderen Ländern ja auch möglich ist«).

Als besonders problematisch gelten die oft gleichsetzenden Vergleiche mit anderen staatlichen Verbrechen oder Massentötungen; dies als Relativierung des Holocaust wahrzunehmen, wirkt in einer Gesellschaft, die in Serbien wie Rudolf Scharping 1999 »die Fratze der eigenen Geschichte« erblickte, jedoch scheinheilig. Ansonsten zeigt sich, dass die Art und Weise der Bezugnahme auf den Nationalsozialismus sich zwischen Jugendlichen wenig unterscheidet: All die zitierten Aussagen könnten auch Jugendliche deutscher Herkunft tätigen – sie können zwar nicht sagen, »Ich versteh' schon was, weil ich weiß, was Leiden heißt« und von der Ermordung ihres kurdischen Onkels in der Türkei berichten. Aber sich mit dem Leiden von Kurden oder bosnischen Musliminnen identifizieren und den jeweiligen Konflikt nach dem Schema der nationalsozialistischen Judenverfolgung deuten, können und tun sie. Direkte Traditionsübernahmen à la »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« seitens Jugendlicher nichtdeutscher Herkunft werden bisher nicht berichtet, jedoch positive Bezugnahmen auf die Ermordung der Juden und Jüdinnen. Last but not least gibt es politische Jugendliche mit explizit antifaschistischen Positionen zum Nationalsozialismus und seine Nachfolgegesellschaften und zu guter Letzt welche, die sich so wenig dafür interessieren, wie Deutsche ohne Migrationshintergrund auch.

Nun sollte Ungleiches nicht gleich behandelt werden: wer seine Familie in einem der arabisch-israelischen Kriege verloren hat, versteht mit seinen/ihren Gleichsetzungen den Holocaust auf andere Weise falsch als jemand, dessen/deren Vorfahren SS-Mann und Frauenschaftsleiterin waren und jetzt in »den Palästinensern« die Opfer der Opfer sieht. Oder als jemand, dessen/deren Vorfahren als KommunistInnen ermordet wurden. Die Deutschen ohne deutsche Herkunft sind mindestens so verschieden wie diejenigen mit deutscher Herkunft und ihre Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus lassen sich nicht entlang der Kategorien von ethnischen Identitäten und Erinnerungskulturen von den deutschen Zugangsweisen abgrenzen. ■

7| Georgi, Entliehene Erinnerung, S. 251.

8| Zu dieser Gruppe zählt Georgi auch Jugendliche wie ein Mädchen polnisch-jüdischer Herkunft und einen Jungen, dessen Großeltern in Serbien PartisanInnen waren. Sie sieht in ihnen trotz enger »familienbiographischer Verstrickungen« (S. 309) Migranten und Migrantinnen, die sich eine ihnen äußerliche deutsche Geschichte aneignen.

Systematische Einzelfälle

Am 26. Oktober 2005 beging die Bundeswehr ihr 50jähriges Bestehen mit dem sog. Großen Zapfenstreich. Circa 5.000 geladene Gäste kamen zu den Feierlichkeiten mit Fackelmarsch vor dem Reichstag in Berlin zusammen.

Daniel Wölky, Rechtsanwalt

Dagegen demonstrierten mehr als 2.000 Personen friedlich unter dem Motto »Zapfenstreich abpfeifen«. Die genehmigte Route sollte vom Alexanderplatz bis zum Pariser Platz/Unter den Linden führen. Dieses war das Ergebnis eines Verwaltungsrechtsstreits, bei welchem der Prozessvertreter des Landes Berlin vom Ordnungspolizeilichen Staatsschutz (LKA 57) die Öffnung des Pariser Platzes um 20 Uhr zusicherte.[1]

Der Aufzug erreichte die Kreuzung Unter den Linden/Schadowstraße, vor dem Pariser Platz, und wurde durch massive Polizeikräfte und sog. Hamburger Gitter gestoppt. Entgegen der Zusicherung wurde die Sperrung auch nach 20 Uhr fortgesetzt. Gegen 20.15 Uhr sprang plötzlich ein Beamter der behelmten Bereitschaftspolizei über die Gitter, gefolgt von der restlichen Einheit. Unter Knüppelschlägen mehrerer Beamter wurden Teilnehmer der Demonstration zurückgedrängt, obwohl dafür kein Anlass erkennbar war.

Ein Zivilbeamter der Polizei verfolgte das Geschehen hinter einer Reihe von Fotografen. Nachdem sich die Szene etwas beruhigt hatte, stürmte er plötzlich nach vorne, begann Demoteilnehmer zu schubsen, um dann unvermittelt mit seinem Tonfa wahllos auf die vor ihm stehenden Personen einzuschlagen.[2] Die »Bild« zählte 18 (!) Schläge.[3] Während seiner Angriffe wurde der Beamte von einem zweiten Zivilbeamten unterstützt, der gleichfalls gegen die Demonstranten vorging; die umstehenden Kräfte des 2. Zuges der 15. Einsatzhundertschaft (EHU) griffen nicht ein.[4] Die Angriffe hatten zahlreiche Verletzungen zur Folge. Sowohl Strafals auch Zivilverfahren wurden gegen die Polizisten eingeleitet.[5] Der im Fokus der Ermittlungen stehende Beamte Rouven K. soll in einer von vier Gruppen für »Aufklärung/Operative Dienste« des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) bei der Abteilung LKA 63 eingesetzt gewesen sein.[6] Nun sei er in den Innendienst versetzt.[7] Das Internet-Forum von www.german-police.de gibt Aufschluss darüber, wie die Angelegenheit in Polizeikreisen gesehen wird.[8]

Unter dem Pseudonym »Bobb« kritisiert ein Berliner Polizist die Vorgehensweise und gibt Ratschläge für ein nächstes Mal: »... ein grader Stoß mit dem kurzen Ende ist nicht auffällig in der Menge und man hat tagelang was davon.« Ein »Jürgen« bringt es auf den Punkt: »Allein schon beim Anblick dieses Demo-Publikums stellen sich mir die Sackhaare auf und das trotz Trainings der eine oder andere Beamte zuschlägt, wundert mich nicht weiter.«

Ein weiteres Mosaikstück in der Gedankenwelt der Polizei zu dieser Sache liefert der ehemalige Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund Egon Franke. In einem Leserbrief an die BZ schreibt er: »Die Vorverurteilungs-Kampagne ... stinkt einfach zum Himmel. Auch ein Polizeibeamter ... gilt so lange als unschuldig, bis ein Gericht das Gegenteil festgestellt hat, auch wenn es denen, die an der teilweise unfriedlichen Demonstration gegen die Bundeswehr teilgenommen haben, nicht passt.[9]«

→

1| Verwaltungsgericht Berlin, 1. Kammer, Beschl. v. 25.10.2005 – VG 1 A 219.05.
2| RBB, Abendschau v. 27.10.2005.
3| Bild, Ausg. v. 28.10.2005, S. 3.
4| RBB, Abendschau v. 27.10.2005; Berliner Zeitung, Ausg. v. 22.11.2005, S. 15.
5| Berliner Zeitung, Ausg. v. 22.11.2004, S. 15.
6| Der Tagesspiegel, Ausg. v. 29.10.2005, S. 11.
7| Berliner Zeitung, Ausg. v. 22.11.2004, S. 15.
8| http://www.german-police.info/wbb2/thread.php?threadid=6000, Stand 07.11.2005.

Berliner Polizei ermittelt gegen diese PRÜGEL-POLIZISTE

Es handelt sich übrigens um den Egon Franke, der im Zusammenhang mit dem IWF-Gipfel 1988 in Berlin seine Meinung bereits deutlich zum Ausdruck gebracht habe: »Das ganze linke Gesocks solle man insgesamt zusammenknüppeln.[10]«

Einzelfälle.

Allem Anschein nach gibt es seit Jahren eine signifikante Häufung von Übergriffen durch Berliner Polizeibeamten, insbesondere durch die zehn Einsatzhundertschaften. Nur in einem Bruchteil der Fälle kommt es zur Skandalisierung, wie ein Blick auf den vergangenen Sommer zeigt:

Die Nacht des 25./26. Juni 2005 war warm und es fanden zahlreiche Veranstaltungen und Partys in Berlin statt. Mit ca. 200 Beamten räumte die Polizei gewalttätig eine Hofparty im Prenzlauer-Berg. Anwohner beklagten »eine völlig unangemessene Aggressivität der Polizei«[11].

In Neukölln wurde eine Party mit Pfefferspray gestürmt. Anwesende Besucher seien misshandelt und dann festgenommen worden.

In derselben Nacht ging die Polizei u.a. mit der 24. EHU gegen eine weitere Neuköllner Party vor und räumte gewalttätig die Wohnung. Anschließend wurden mehrere Personen vor dem Haus festgenommen.

Alle Einsätze seien wegen Lärmbelästigung erfolgt. Der Tagesspiegel stellt dazu nüchtern fest: »Seit zwei Jahren stürmen Polizeihundertschaften regelmäßig lautere Events – und es trifft keineswegs nur die ehemals besetzten ... Häuser ... .« Am Morgen des 6. Juli 2005 fanden 15 Hausdurchsuchungen in Berlin, Potsdam und Eisenach statt, die sich gegen Personen der antifaschistischen Szene wegen einer angeblichen Auseinandersetzung mit Rechten richteten. Teilweise wurden die Wohnungs- und Zimmertüren von MEK's eingeschlagen. Anwesende wurden gefesselt. Ein Unbeteiligter erlitt Schnittwunden.[12]

Am 21. August 2005 stürmte die Berliner Polizei unter Verstärkung von Sondereinsatzkommandos aus Brandenburg und Niedersachsen die Diskothek »Jeton« in Friedrichshain. Die Maßnahme sei zur Gefahrenabwehr vorgenommen worden, denn in der Disko hätten sich Hooligans des BFC Dynamo zur Pokalschlacht gegen Union Berlin »gerüstet«, so die Begründung, obwohl es sich in Wahrheit um eine Party nach einem durch Fanbeauftragte organisierten Fußballturnier handelte. Mit dem Ruf »Alles auf den Boden, Ihr Fotzen!« seien vermummte Einheiten herein gestürmt.[13] Wer nicht schnell genug auf dem Boden war, sei niedergeprügelt worden. Nach Polizeiangaben wurden 158 Personen festgenommen und 39 verletzt. Die Polizei rechtfertigte ihr brutales Vorgehen zunächst mit massiver Gegenwehr der Diskobesucher, musste aber schließlich zugeben, dass es tatsächlich keinerlei Widerstand gab.

In der Nacht des 27. August 2005 führten etwa 300 Polizisten in sieben Objekten Durchsuchungen wegen angeblich abgerissener NPD-Plakate bzw. wegen eines vermeintlichen Aufrufes dazu durch. Dabei wurde auch eine Party in Mitte gestürmt und aufgelöst.

Ebenso, wie die Berliner Polizei bereits bei vorangegangenen Einsätzen gegen Castor-Proteste im Wendland wegen ihres brutalen Vorgehens in der Kritik stand, schaffte sie es auch bei dem Transport vom 21./22. Oktober 2005. Ein Bereitschaftspolizist der 24. EHU aus Berlin schlug einem anderen Polizisten, der als Konfliktmanager eingesetzt war, gezielt mit der Faust ins Gesicht, als dieser sich über das Vorgehen beschwerte. Er habe sich bedroht gefühlt, so der Beamte. Anschließend versuchten die Beamten, sich gegenseitig festzunehmen.

Anfang Dezember 2005 fand das Berufungsverfahren gegen C. statt, der wegen Landfriedensbruchs u.a. zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt wurde. Im Jahre 2001 sei C. einige Stunden nach der 1. Mai-Demonstration von Beamten des LKA 5 (Polizeilicher Staatsschutz) festgenommen, in einen zivilen VW-Bus verschleppt und an ei-

9| www.offensived-berlin.de/leserbriefe/index.html, Stand 09.12.2005.

10| http://autox.nadir.org/archiv/iwf/tage_3.html, Stand 12.12.2005.

11| Tagesspiegel, Ausg. v. 27.06.2005.

12| Junge Welt, Ausg. v. 9./10.07.2005, S. 8.

13| Berliner Zeitung, Ausg. v. 23.08.2005, S. 14.

nen unbekannten Ort gefahren worden. Dort sei er zusammengeschlagen und beschimpft worden. Er habe mehrere Rippenbrüche und Prellungen am ganzen Körper erlitten. Gegen C. wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Das Verfahren gegen die Polizisten gelangte dagegen nicht zur Anklage.

Serie von Einzelfällen

Sobald es Kritik an brutalen Einsätzen hagelt, plädieren die Verantwortlichen reflexartig auf »Notwehr«. Die Beschuldigten Polizeibeamten stellen – soweit noch nicht geschehen – Anzeige wegen Widerstands oder anderer Delikte. Und erst, wenn nichts mehr zu retten ist, wird der Beamte möglichst öffentlichkeitswirksam fallengelassen. Dieses Verhaltensmuster ist allen oben vorgestellten Fällen gemein.

In den vergangenen Jahren ist eine erhebliche Brutalisierung polizeilicher Einsätze vorgenommen worden. Zugleich gehen die registrierten Körperverletzungen im Amt laut Statistik stark zurück: Waren es 2003 noch 713 Fälle, so sank die Zahl im Jahre 2004 auf 675 Fälle.[14] Bis September 2005 wurden nur 404 Fälle registriert.[15] Die rückläufigen Fälle dürften jedoch kaum an einer Befriedung der Amtsträger als vielmehr einem veränderten Anzeigeverhalten liegen.

Die polizeiliche Einschüchterungsstrategie gilt allen Personen, welche als Unruhestifter verstanden werden. In erster Linie werden darunter – alten Traditionen folgend – Linke subsumiert. Im Zuge der anstehenden Fußballweltmeisterschaft weitet sich dieses auch auf Hooligans aus, die mindestens seit der WM 1998 und den Vorfällen von Lens/Frankreich als Testballon für freiheitsbeschränkende Maßnahmen (bsplw. Ausreiseverbote) herhalten müssen. Die These einer regelrechten Einschüchterungsstrategie, wird nicht zuletzt dadurch untermauert, dass die Polizei der Presse ermöglicht, ihre Opfer in menschenverachtender Bloßstellung der Öffentlichkeit zu präsentieren. So geschehen bei der Räumung der Yorckstrasse 59 am 6. Juni 2005, einer spontanen Solidaritätsdemonstration nach den Durchsuchungen vom 6. Juli 2005, dem »Jeton« am 21. August 2005 etc.

Die Strategie scheint doppelt aufzugehen. Denn durch die Brutalisierung wird eine Desensibilisierung der Wahrnehmung polizeilicher Maßnahmen herbeigeführt und das bürgerliche Spektrum davongejagt. Der Desensibilisierungseffekt ist mit den permanenten polizeilichen Filmaufnahmen bei Demonstrationen vergleichbar. Wäre noch vor einigen Jahren ein Aufschrei durch die Gesellschaft gegangen, wird das ständige Filmen heute als normal empfunden. Zwar ist es grundsätzlich rechtlich einwandfrei, dass Übersichtsaufnahmen anlassunabhängig getätigt werden dürfen, allerdings nicht, wie heute üblich, mit Digitalkameras. Denn damit können auch nachträglich unproblematisch Portraitaufnahmen hergestellt werden.

Und ebenso normal wird es empfunden, wenn eine Demonstration, ohne erkennbaren Anlass von der Polizei mit gezücktem Tonfa attackiert wird. Und weil es eben als normal gilt, wird kein Gedanke mehr an eine Empörung und eventuelle juristische Schritte verschwendet. Das wiederum hat einzig eine erneute Spielraumerweiterung zugunsten der Polizei zur Folge. Zudem schrecken die mit erschreckender Brutalität durchgeführten Einsätze in erheblichem Maße von der Teilnahme an Demonstrationen ab. Dieses hat zur Folge, dass Personen aus dem bürgerlichen Spektrum nur noch selten daran teilnehmen. Je weniger bürgerliche Öffentlichkeit direkt von den Polizeiaktionen betroffen ist, desto seltener führt dieses zu öffentlichem Protest. Es entsteht ein regelrechter Teufelskreis, der nur dem polizeilichen Vorgehen nutzt.

Zu einer Skandalisierung mit juristischen Konsequenzen kommt es nämlich eigentlich nur, wenn Personen des bürgerlichen Spektrums oder Pressevertreter angegriffen werden, die noch nicht vollkommen desensibilisiert sind und sich dann gegen die Angriffe zur Wehr setzen. ■

14| Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2004, S. 34.

15| Der Tagesspiegel, Ausg. v. 29.10.2005, S. 11.

Die Motivation der Täter

Harald Welzers Studie über die Täter der nationalsozialistischen Massenmorde untersucht deren Motivation, Handlungsspielräume und Mentalität.

Die Arbeiten des Bochumer Professors für Sozialpsychologie kreisen seit geraumer Zeit um die individuelle und kollektive soziale Disposition, welche die NS-Verbrechen ermöglichten, und hernach zu ihrer Anonymisierung und Bagatellisierung führten. Ging es in seiner gemeinsam mit Sabine Moller verfassten der Studie, »Opa war kein Nazi« um die Formen der narrativen Tradierung der NS-Zeit und der Beteiligung an deren Verbrechen, so wendet sich Welzer nun in seinem neuen Buch den kausalen Voraussetzungen für die Bereitschaft militärischer Akteure zum Massenmord zu. Anders als Christopher Browning in seiner zum Klassiker gewordenen Untersuchung: »Ganz normale Männer – Das Polizeibataillon 101«, wählt Welzer hier eine ausdrücklich anthropologisierte und sozialpsychologische Erkenntnisperspektive. Grundlage der Studie sind die Vernehmungsprotokolle von Wehrmachtssoldaten, die an Massenerschießungen in der Sowjetunion teilnahmen und hierzu in den 1960er Jahren meist folgenlos staatanwaltlich vernommen wurden. Welzer erschließt das Handlungsfeld seiner Studie in mehreren Schritten. Im Einleitungsteil referiert er die aus der Sozialpsychologie bekannten Versuche, die die Bedingungen unter denen Akteure zu bedingtem oder bedinglosen Gehorsam gegenüber Autoritäten bereit sind. Ausführlich geht er z.B. auf die Experimente des Amerikaner Stanley Milgram ein. Diese für das Thema der Studie schlüssige Vorgehensweise blendet jedoch den Diskurs über die spezifische Rolle antisemitischer Ideologie bei der Externalisierung der Opfer zu stark aus. Zwar billigt Welzer dieser durchaus eine Rolle zu, bezieht sie in die Struktur seiner Überlegungen jedoch nicht weitergehend ein. So wird die Frage nach der Verknüpfung zwischen Ideologie und Mordhandlung nur zum Teil beantwortet.

Sodann seziert er den Tatverlauf des Massenmords. Welzer beschreibt, wie anfängliche Skrupel gegenüber dem Tötungshandwerk durch dessen Professionalisierung Schritt für Schritt von den Akteuren entschärft werden. Ausführlich analysiert der Autor die Wendepunkte in Dynamik des Handelns der Täter, ihre potentiellen Spielräume, sich der Beteiligung zu entziehen, aber auch die forcierte Gruppendynamik, die ein Zurück hinter die einmal getroffene Entscheidung, sich an den Erschießungen zu beteiligen, nicht zulässt. Der Theorie, die Voraussetzung zur Beteiligung am Massenmord habe in einem finalen Bruch der Täter mit ihrer erworbenen moralisch-ethischen Sozialisation bestanden, folgt Welzer nicht. Sukzessive, so argumentiert er, habe sich der moralische Bezugrahmen der Täter unter den vorgefundenen Bedingungen des Krieges, der Gruppendynamik des Männerbundes und vor allem der inneren Distanzierung von den Opfern über ihre Verdinglichung, zunächst verschoben und dann entgrenzt. Dieses Modell, welches Welzer mit Hilfe von Zitaten aus den erwähnten Vernehmungen entwickelt, steht dem von Goldhagen und Browning insofern entgegen, als dass letztere ein Primat der Ideologie behaupten, während Welzers Interesse sich auf den konkreten Handlungsvollzug und der Genese ihrer Motivation richtet.

Wie sehr die Rationalisierung des Massenmords und die Distanzierung der Täter von ihren Opfern als Menschen notwendig für die Mordbereitschaft war, zeigt Welzer anhand der zunächst bei den Soldaten vorhandenen Skrupel, Kinder und Säuglinge zu erschießen. Sind diese einmal überwunden, so erscheint deren Erschießung in den Aussagen als »Gnadenakt«, da die Kinder nach dem Tod ihrer Eltern ohne Obhut sind. So wird dem Mord an Kinder und Säuglingen moralische Selbstlegitimation verliehen.

In einem Exkurs befasst sich die Studie mit den strukturellen Voraussetzungen der Massenmorde in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien. Welzers Schlussfolgerungen aus seiner Untersuchung sind ernüchternd. Die Voraussetzungen für Massenmord sind nicht erloschen, sondern existieren in ethnisierten sozialen Konflikten fort.

Harald Welzer hat eine Studie verfasst, die nach der ganz individuellen Entscheidung und Motivation zum Massenmord an Juden im II. Weltkrieg fragt. Die Detailbeschreibungen, die Welzer den Vernehmungsprotokollen entnimmt, sind so dicht, dass man die Lektüre auch dann phasenweise schockiert abbricht, wenn man bereits eine Vielzahl von Monographien über den Massenmord im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion gelesen hat. ■

HARALD WELZER

TÄTER Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden S.FISCHER

Welzer, Harald: Die Motivation der Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden; S. Fischer Verlag, Frankfurt/M 2005. – 324S. 20,-EUR

Maegerle, Anton: Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten; Reihe Materialien.« ARUG Braunschweig, 2005. 201 S. 7,- EUR

Globalisierung und extreme Rechte

Das Thema Globalisierung boomt, auch in der extremen Rechten. Seit Jahren ist man dort bemüht, alte ideologische Ladenhüter wie autarke regionalistische Wirtschaftsordnung oder Ethnopluralismus mit neuem Glanz zu versehen. Der rechten Rezeption der Globalisierungskritik widmet sich ein neuer Band von Anton Maegerle.

Der in der Reihe Materialien der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) erschienene Band eröffnet mit einer Darstellung rechter Ideologieelemente, die Kernstück rechtsextremer Globalisierungskritik sind. Doch was als konzeptionelle Fundierung des Buches gedacht ist, wird seinem Anspruch nicht gerecht. Denn die Ideologeme Antiamerikanismus, Antisemitismus und rechte Kapitalismuskritik werden nur skizziert, nicht jedoch analysiert. So erklärt der Autor zwar wortreich, wo sich in den globalisierungskritischen Argumenten der extremen Rechten Bezugnahmen zum Programm der NSDAP finden. Doch deren ideologiegeschichtlicher Analyse weicht der Autor aus. Hier war die Veröffentlichung des Berliner ZDK zum gleichen Thema weiter, wurden dort doch zumindest exemplarisch die ideologiegeschichtlichen Grundkonstanten rechtsextremer Kapitalismus- und Globalisierungskritik analysiert.

Im Folgenden referiert der Autor die Argumente deutschsprachiger rechtsextremer Parteien und Publikationen zum Thema Globalisierung. Diese besticht durch die von Maegerle bekannte Materialfülle. Doch diese kann nicht darüber hinweg täuschen, dass der Autor eben diese Quellen nur unzureichend ordnet, gewichtet und interpretiert. So kommt es, dass bei der Lektüre ein zusammenhangloser Eindruck entsteht, wenn seitenlang aus dem »Stoertebekernetz« oder Aufsätze von de Benoist zitiert werden, ohne das der Kontext über die Faktenlage hinaus dargestellt würde. Maegerle referiert die Positionen auch solcher rechter Organisationen, deren Einfluss auf den Diskurs um Globalisierungskritik in der extremen Rechten gering sein dürfte. Die Relevanz der globalisierungskritischen Thesen des »Bund für Gotteserkenntnis« (Ludendorffer) dürfte gering sein. Zur Rezeption des 11. September 2001 in der extremen Rechten findet sich bei Maegerle auch nichts, was man nicht schon in anderen einschlägigen Publikationen hätte lesen können. Maegerles implizierter Anspruch, das Positionsspektrum der extremen Rechten zum Thema Globalisierung möglichst vollständig abzubilden, geht zu Lasten der analytischen Tiefe des Bandes. Als Hinführung zum Thema mag das Buch dienlich sein. Als analytischer Debattenbeitrag aus linker globalisierungskritischer Perspektive zum Problem rechtsextremer Globalisierungskritik ist das Buch eine Enttäuschung. ■

Zeitschriftenschau

DAS ARGUMENT ist die älteste marxistische Wissenschaftszeitschrift der Bundesrepublik. Im Jahre 1966 vom mittlerweile emeritierten Professor Wolfgang F. Haug gegründet, bildete DAS ARGUMENT das intellektuell-diskursive Rückrad des Neomarxismus in der postnazistischen Ära, in der nicht nur die Wissenschaftslandschaft von alten Nazis bestimmt wurde. Die Zeitschrift war Forum für die Ende der 1960er Jahre einsetzende Faschismusdiskussion der Linken, in der Beiträge wie die von Timothy Mason heute noch als Klassiker linker Faschismustheorie gelten. In der Mitte der 1980er Jahre einsetzenden Debatte um die wissenschaftspolitischen Akteure der NS-Diktatur aus Philosophie und Geschichtswissenschaft erwies sich die Zeitschrift als wichtiger Motor für die kritische Reflektion. Frühzeitig wurde hier bspw. das Verhältnis des Philosophen Martin Heidegger zum Nationalsozialismus kritisch beleuchtet, oder der Interaktionsverhältnis zwischen Nietzsches philosophischen Entwürfen und der Herrenmenschenideologie des NS beschrieben. Für die theoretische Fundierung des Feminismus und der Genderdebatte leistete die Zeitschrift einen wichtigen Beitrag zum Diskurs- und Wissenstransfer aus dem angelsächsischen Sprachraum. Gleiches trifft für die theoretische Debatte des Rassismusbegriffes zu, wo die Zeitschrift die Arbeiten von Stuart Hall, Immanuel Wallerstein und Etienne Balliobar zugänglich machte. Jedes Heft der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift hat ein Schwerpunktthema dem ein umfangreicher Rezensionsteil aus Philosophie, Literaturwissenschaft, Soziologie und Geschichtswissenschaft beigegeben ist, der interessante Neuerscheinungen aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich vorstellt. Ebenso wie die marxistische Wissenssoziologie Anfang der 1990er Jahre in der Folge in die Krise geriet, erging es auch der Zeitschrift, obwohl sie immer einen offenen Marxismus vertrat. Zudem blieb in Zeiten neoliberaler Hegemonie auch in den Sozialwissenschaften der Nachwuchs an Autoren spärlich. Das mag auch an einem kulturellen Code der Zeitschrift liegen, die mancher als Betulichkeit interpretiert. Nein, Popkulturdiskurse sucht man in DAS ARGUMENT vergeblich. Was die Zeitschrift bietet und was sie für Leser/innen die zum Themenkontext Nationalsozialismus/Rechtsextremismus arbeiten, interessant macht, ist das Niveau der theoretischen Durchdringung der Themen vom Standpunkt eines emanzipatorischen Verständnisses gesellschaftlicher Prozesse aus. So lasen sich die Debatten um einen neuen Antisemitismus in Europa kundig und unaufgeregter, als in manch anderem linken Magazin. Die Zeitschrift erscheint im gleichnamigen Verlag, der die in der Zeitschrift dargestellten Inhalte mit einem Konzept programmatischer Monographien unterlegt. ■

DAS ARGUMENT. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften; Hamburg/Berlin 2. monatlich; Argument-Verlag

»Europa erwache!«

Zu den jüngsten Einigungsbestrebungen der Euro-Rechten

Zwischen dem 11. und 13. November 2005 fand in Wien auf Einladung der Akademie der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) - nach November 2001 (Gloggnitz) und Juli 2002 (Klagenfurt) - ein weiteres, diesmal streng konspiratives Treffen zwischen freiheitlichen Spitzenfunktionären und VertreterInnen von extrem rechten und neofaschistischen Parteien aus sechs europäischen Ländern statt. Die FPÖ war vertreten durch ihren Obmann Heinz Christian Strache, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments Andreas Mölzer und den Präsidenten der Freiheitlichen Akademie, Volksanwalt Ewald Stadler. Nach Wien gekommen waren Kader des Vlaams Belang, der Nachfolgepartei des 2004 aufgrund anhaltender Verstöße gegen das belgische Anti-Rassismusgesetz behördlich aufgelösten Vlaams Blok, des Front National (FN), der franquistischen Alternativa Espanola, der Azione Sociale, einem neofaschistischen Parteienbündnis (Movimento Sociale-Fiamma Tricolore, Forza Nuovo und Fronte Sociale Nazionale), der Großrumänienpartei (PRM) und der bulgarischen Hetztruppe Ataka. Lega Nord, Dänische Volkspartei und die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hatten nur eine Grußbotschaft entsandt. Es ist im Moment auch nicht davon auszugehen, dass diese Parteien sich einer etwaigen Fraktion der extremen Rechten im Europäischen Parlament anschließen werden. Diese soll 2007 endlich Wirklichkeit werden: Der ansonsten gar nicht so erweiterungsfreudige Mölzer hofft dann auf gleichgesinnte Abgeordnete aus Bulgarien und Rumänien, um endlich Fraktionsstärke erreichen zu können.

Am Ende dieses »Patriotentreffens« wurde ein von Mölzer verfasstes Papier, die so genannte »Wiener Erklärung«, verabschiedet. Darin wird und anderem die »Schaffung eines Europas der freien und unabhängigen Nationen im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten«, eine »pro-nationalistische Familienpolitik, die Förderung des Kinderreichtums der europäischen Völker in der traditionellen Familie«, der »solidarische Kampf der europäischen Völker gegen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung« und ein »sofortiger Einwanderungsstopp in allen Staaten der Europäischen Union auch im Bereich des so genannten Familienzuzugs« gefordert.

Deutscher Kern

Wenn Mölzer auch mit Jörg Haider sein Zugpferd in Sachen Einigung der extremen Rechten in Europa abhanden gekommen ist, so hat er seine diesbezüglichen Anstrengungen nun weiter verstärkt. Nach wie vor wirkt hier aber die Tatsache hemmend, dass es in Deutschland noch immer keinen geeigneten Ansprechpartner in Form einer geeinten Rechtspartei gibt. Zunächst glaubten Haider und Mölzer, in Alfred Mechtersheimers Deutscher Aufbau-Organisation diesen gefunden zu haben. Dann erwiesen sich Joachim Siegerists und Heinrich Lummers Deutsche Konservative als bloßer Papiertiger. Gleiches gilt für die DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei. Nun reiste Ende Oktober Bernd M. Schöppe, pro Köln-Ratsmitglied, nach Wien, um sich mit FPÖ-Kadern auszutauschen. Im FPÖ-Vorfeldorgan Aula wurde gleichzeitig ein Artikel der

pro Köln-Fraktionsvorsitzenden Judith Wolter platziert. Die Dezember-Ausgabe des »freiheitlichen Magazins« berichtet darüber hinaus von einer »Österreich-Tournee«, die Mitte November von führenden NPD-Kadern absolviert wurde. Weil sich die FPÖ-Spitze (noch) nicht offiziell mit den Nationaldemokraten einlassen kann, musste einmal mehr das burschenschaftliche Vorfeld als Bindeglied herhalten. Und so traf man sich mit Udo Voigt und Andreas Molau auf der Bude einer Grazer Korporation.

Wie unumstritten bei manchen die deutsche Führungsrolle im Projekt Euro-Rechte ist, machte Filip Dewinter (Vlaams Belang) in Wien deutlich. Auf die Frage, wer bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament eine etwaige Liste der extremen Rechten anführen solle, antwortete er: »Das kann man jetzt noch nicht sagen. Wir haben in Deutschland noch keinen Ansprechpartner.« Die pangermanistischen Hegemoniebestrebungen stoßen jedoch bei anderen (v. a. den polnischen) Rechtsparteien auf Ablehnung und verunmöglichten schon in der Vergangenheit eine Einigung der Euro-Rechten.

Schwere Geburt

Zuletzt scheiterte Mölzer im Sommer 2004 beim Versuch, eine rechtsextreme Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden: Die rechtspopulistischen und rechtskonservativen Parteien weigerten sich, mit dem Front National, dem Vlaams Belang, italienischen NeofaschistInnen und der FPÖ zusammen zu gehen. Die Lega Nord zeigte sich zunächst gesprächsbereit, schloss sich dann aber lieber der Fraktion Demokratie und Unabhängigkeit an. Deren 37 Abgeordnete kommen daneben aus der britischen Unabhängigkeitspartei, der Liga der polnischen Familien, der Bewegung für Frankreich, der dänischen Junibewegung, der schwedischen Junilistan, der niederländischen Christenunion, der tschechischen Unabhängigkeit und der griechischen Partei LAOS. Ebenfalls rechts außen beheimatet ist die 29köpfige Fraktion Union für das Europa der Nationen. Hier scheiterten die freiheitlichen Bemühungen um Aufnahme schon in der Vergangenheit am Widerstand der Alleanza Nazionale.

Neben dem nationalen Partikularismus, der die extrem rechten Parteien bei allen europäischen Bekenntnissen nach wie vor kennzeichnet, wurde eine Einigung bis dato auch durch den unterschiedlichen Charakter der Nationalismen erschwert. Während FPÖ und Vlaams Belang der völkischen Linie anhängen und den Regionalismus als Instrument zur Zerschlagung politisch gefasster Nationen hochhalten, ist der Nationalismus italienischer, spanischer und französischer Neofaschisten ein etatistischer und zentralistischer. Wie fragil auch das neue Bündnis ist, zeigte sich bereits in der Diskussion zur »Wiener Erklärung«: Zunächst war dort die Rede von »europäischen Völkern«, was manchen Gästen gar nicht gefiel. Man einigte sich schließlich auf »europäische Nationen«. Vereinheitlichend wirkt demgegenüber der Antiamerikanismus und ein sich als Globalisierungskritik tarnender Antisemitismus.

Nation (und/oder) Europa

Seit 1945 versuchen Intellektuelle der extremen Rechten, Europa als Idee im Rückgriff auf faschistische Ideologen, den »arischen Mythos«, ein »Christentum, das seine Werte verteidigt« (FPÖ-Programm) und den »antibolschewistischen Befreiungskampf« der Waffen-SS zu rekonstruieren. Im Gegensatz zur alten Rechten, die in ihrem wütenden Antikommunismus und Revanchismus während des Kalten Krieges immer wieder Bündnisse mit der westlich orientierten politischen Mitte einging, nahm die »europäische« Fraktion der extremen Rechten die Position einer kontinentalen Revolution gegen beide Supermächte ein. Hinter diesem Europa-Konzept steht jener befreiungsnationalistische Ansatz, der meint, der Kontinent sei seit 1945 sowohl in militärischer als auch in ideologischer Hinsicht kolonialisiert.

Diese neofaschistische Ideologie einer »Nation Europa«, die sich zur dritten Weltmacht aufschwingt, geht auf die britische Szenegröße Sir Oswald Mosley zurück, der sich damit bereits 1948 an die Reorganisation einer braunen Internationalen machte. Die strategische Bezugnahme auf Europa im rechtsextremen Projekt knüpft daneben bruchlos an die Nazi-Propaganda von der Waffen-SS als »Vorkämpfer für das vereinte Europa« und der deutschen Aggression als »Kampf für die Freiheit Europas« (Jörg Haider) an. In ihrer reinen Form hat die Idee einer »Nation Europa« über neurechte Intellektuellenzirkel hinaus jedoch keine nennenswerte Verbreitung gefunden. Parteien der extremen Rechten setzen stattdessen nach wie vor auf das Konzept eines »Europas der Vaterländer«. Nach außen jedoch soll Europa geeint und unabhängig von den USA auftreten. Insofern wurden die beiden Konzepte mittlerweile verbunden. Auch wenn der Erfolg dieser Konzepte heute noch nicht absehbar ist, sollten sie nicht unterschätzt werden. Sie treffen sich nämlich durchaus mit Anstrengungen der politischen wie ökonomischen Eliten, die EU samt ihrem Hinterhof im Osten als Weltmacht zu festigen. Zudem gibt es bereits Anzeichen, dass der Antiamerikanismus Aufnahme findet in die offiziöse ideologische Begleitmusik zum Konkurrenzkampf mit den USA. ■

Salem, Wunsiedel Schwedens?

Im Stockholmer Vorort Salem findet jedes Jahr im Dezember eine der größten und wichtigsten Neonazidemonstrationen Nordeuropas statt. Jedes Jahr nehmen an dieser Demonstration zwischen 1000 und 2000 Personen teil, darunter Neonazis aus Dänemark, Finnland, Norwegen, Estland, Russland, Polen, England, Frankreich, Belgien, Holland, der Schweiz, Italien und Deutschland. Anlaß ist der Tod eines jungen Neonazisympathisanten. Unter dem Deckmantel eines Trauermarsches wird versucht, junge Menschen enger an die Neonaziszene anzubinden.

Gastbeitrag von schwedischen AntifaschistInnen

Ende der 90er Jahre war die Neonazibewegung in Schweden sehr klein, machte aber durch Anschläge auf Linke, Gewerkschafter, Journalisten und Polizisten von sich reden, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Am 9. Dezember 2000 kam in Salem der junge Neonazisympathisant Daniel Wretström bei einer Auseinandersetzung mit schwedischen und migrantischen Jugendlichen ums Leben. Die Neonazis sahen ihre Chance, einen Märtyrer zu schaffen und an diesem Datum eine gemeinsame Demonstration aller in Schweden vorhandenen Strömungen der extremen Rechten zu etablieren. Die seitdem jährlich stattfindende Demonstration dient einerseits als niedrigschwelliges Angebot an noch nicht organisierte, sympathisierende Jugendliche, aber auch als Gelegenheit, organisierte Neonazis aus anderen Ländern zu treffen. Das an Salem grenzende Viertel Botkyrka gilt als »Problembezirk« mit hoher Armutsrate und vielen MigrantInnen. Die Neonazis haben es geschafft, ein Bedrohungsszenario durch die multikulturelle Gesellschaft aufzubauen und ihre Strukturen dort und in anderen Teilen Stockholms zu stärken. Sie mobilisieren für den Aufmarsch unter dem Motto: »Gegen Schwedenfeindlichkeit«. Mit dieser Selbststilisierung als Opfer »rassistischer Gewalt« gegen Schweden versuchen sie, Jugendliche für ihre Sache zu gewinnen.

Wie jedes Jahr gab es auch dieses Jahr eine Vielzahl von antifaschistischen Aktivitäten gegen die Demonstration in Salem: Es wurde versucht, den Marsch durch Blockaden wichtiger Bahnhöfe zu verhindern. Desweiteren gab es eine große Bündnisdemonstration, organisiert von Gewerkschaften, linken Parteien, Migrantengruppen und außerparlamentarischen Linken, an der 1500 Personen teilnahmen. Tagsüber wurden die Neonazis an ihren Schleusungspunkten von Antifaschisten angegriffen. An den Aktionen gegen den Aufmarsch waren 2000-2500 AntifaschistInnen, auch aus Norwegen, Dänemark und Deutschland, beteiligt. Aufgrund der massiven Proteste konnte der Aufmarsch nur mit einiger Verspätung starten. 1300 Neonazis liefen dieses Jahr durch Salem, darunter Engländer, Norweger, Dänen und Deutsche.

Der Aufmarsch wird unter dem Label »Salemfonden« organisiert, hinter dem sich die Kameradschaft »Info14« verbirgt. Der Anführer dieser Gruppe ist Robert Vesterlund, der auch als Anmelder fungiert. Seit Anfang der 90er Jahre ist er in der militanten Neona-

[1] Robert Vesterlund organisierte den Neonazi Aufmarsch in Salem.

ziszene Schwedens aktiv und mehrfach vorbestraft. Unter anderem gab er den Auftrag für den Mord an dem Gewerkschafter Björn Söderberg im Jahre 1999 (siehe AIB # 50). Info14 verfügt über gute Kontakte zu Blood&Honour, Nationaldemokraterna (Nationaldemokraten), Nationalsocialistisk Front (Nationalsozialistische Front – NSF) und der Svenska Motstandsrörelsen (Schwedische Widerstandsbewegung). Die neonazistischen Kameradschaften sind sehr aktivistisch ausgerichtet und verantwortlich für viele Überfälle auf Migranten und Linke. Dieses Jahr waren schwedische Neonazis von Info14 nach Deutschland gereist, um auf dem Rudolf-Hess-Marsch in Wunsiedel für die Demonstration in Salem zu werben, während die meisten ihrer schwedischen Kameraden in Stockholm und in Dänemark an den dortigen Hess-Märschen teilnahmen. Sie liefen nach den verschiedenen Verboten schließlich bei einer Ausweichdemonstration in Peine mit. Die Kontakte zu den deutschen Kameraden wurden über die Internetseite des »Nordischen Hilfswerks« hergestellt. Hinter der Seite verbirgt sich der 31 jährige Stephan Günther, der in Kopenhagen lebt. Er ist ebenfalls für die Reisen schwedischer und dänischer Neonazis zu den Rudolf-Hess-Märschen der letzten Jahre verantwortlich. So nahmen 2002 und 2003 Neonazis der NSF und der Schwedischen Widerstandsbewegung an den Demonstrationen in Wunsiedel teil, Vertreter der NSF hielten dort auch Reden.

Interne Streitereien

In den letzten Jahren war der gewünschte Charakter der Demonstration in der schwedischen Neonaziszene umstritten. Die Nationaldemokraten wollten in erster Linie einen »unpolitischen« Trauermarsch durchführen, während die freien Kameradschaften eine offensivere Demonstration anstrebten. Im Sommer 2004 hatten die Nationaldemokraten aufgrund interner Querelen mit massiven Mitgliederverlusten zu kämpfen. Viele Mitglieder wanderten zu den Schwedendemokraten und zur NSF ab, die Kader und Aktivisten vor allem zur letzteren. 2004 beteiligten sich die Nationaldemokraten nicht an am Aufmarsch. Zusätzlich gab es viele Streitereien innerhalb des Vorbereitungsbündnisses, so dass 2004 mit 1400 Teilnehmern 600 weniger als im Vorjahr den Weg nach Salem fanden. Dieses Jahr wurden die internen Streitereien vorerst beigelegt und die Nationaldemokraten waren wieder dabei. Es wurde sich darauf geeinigt, dass in Salem ein Trauermarsch mit Fackeln ausgerichtet wird, an dem sich auch Bürger und Jugendliche beteiligen können. Zum Demonstrieren der eigenen Militanz und Radikalität gibt es seit diesem Jahr eine andere Gelegenheit, den »Marsch des Volkes« der freien Kameradschaften am 6. Juni, dem schwedischen Nationalfeiertag, der seit neuestem auch offizieller Ruhetag ist. Die beiden extrem rechten Parteien, Nationaldemokraten und Schwedendemokraten, setzen vor allem auf den Parlamentarismus. Sie haben Mandate in einigen Kommunen und betreiben dort rassistische Politik. Die letzten Wahlen im Jahr 2002 waren für beide Parteien ein großer Erfolg. Die Nationaldemokraten arbeiten eng mit den freien Kameradschaften zusammen, während die Schwedendemokraten versuchen, sich ein konservatives Image zu geben und vor allem Hetze gegen MigrantInnen betreiben. Wegen der erfolgreichen Wahlen 2002 sind beide Parteien finanziell gut aufgestellt, einerseits durch die Wahlkampfkostenrückerstattung, andererseits durch die Diäten ihrer Abgeordneten. Dadurch wird es ihnen möglich sein, bei den Wahlen 2006 massiv Propaganda zu betreiben. Dass die beiden Parteien erfolgreich sind, zeigt sich daran, dass die regierenden Sozialdemokraten viele rassistische Forderungen der Nazis umgesetzt haben. So sind die eher liberalen Migrationsgesetze in den letzten Jahren stark verschärft worden und es ist für Nicht-EU-Bürger erheblich erschwert worden, die schwedische Staatsbürgerschaft zu erlangen. ■

Einige Stunden nach den Protesten wurden neun Antifaschisten aus Deutschland von der Polizei festgesetzt, zwei von ihnen befinden sich immer noch in Untersuchungshaft.

Die von Repression Betroffenen brauchen Geld!

Rote Hilfe Berlin
KTN: 189590600
BLZ: 10020000
Stichwort: Stockholm

Kommunalwahlen in Dänemark

Niederlage für rassistische Gruppen

Als die Kommunalwahl in Dänemark abgehalten wurde, stellten sich auch Kandidaten der extremen Rechten zur Wahl. Der gemeinsame Nenner für die rassistischen Listen war ihre Propaganda gegen Moscheen, Islam, Moslems und Einwanderung im Allgemeinen. Aber die Wahl wurde für sie zu einer Enttäuschung. Antiislamische Einstellungen und Einwanderungsgegnerschaft sind so üblich in der dänischen politischen Sphäre, von den Sozialdemokraten bis zur Dänischen Volkspartei, dass es den extremen Rechten schwer fiel, mit diesen bereits von der Mitte besetzten Themen Wähler zu mobilieren.

»Heute schon beherbergen Moscheen in Aarhus Fundamentalisten, die Demokratie und Gleichheit verurteilen. Die Fundamentalisten sind nicht willkommen in Aarhus, und um jeden Preis muss Aarhus eine dänische Stadt bleiben, basierend auf dänischer Kultur, dänischen Werten und Respekt gegenüber Frauen.« Das Zitat stammt aus einem im Wahlkampf verteilten Pamphlet der lokalen Liste Aarhus Gegen die Moschee (AAM). Die AAM ist nicht die einzige Wahlliste, die versucht, mit Rassismus Stimmen zu gewinnen. In diesem Wahlkampf traten drei neue extrem rechte Listen an und eine ältere kehrte zurück.

Allen gemeinsam war ihre starke antiislamische Ausrichtung mit Propaganda gegen Moscheen und Einwanderung und die mangelnde Fähigkeit, den Rassismus hinter ihrer Politik zu verschleiern. Kein Rechtsaußenkandidat gewann die Wahl. Überraschenderweise auch nicht die Dänische Volkspartei (DPP), die noch in diesem Jahr bei der landesweiten Wahl über 13 Prozent geholt hatte und damit zur drittstärksten dänischen Partei geworden war. Bei den Kommunalwahlen erhielt sie nur noch 5,9 Prozent der Stimmen, zwar 0,5 Prozent mehr als bei den letzten Kommunalwahlen, aber trotzdem eine Enttäuschung für Pia Kjaersgaard, die Führerin der extrem rechten Partei.

Parlaments-Politik in den Kommunen

Das dänische Wahlsystem macht lokalen Kandidaten außerhalb der etablierten Parteien die Teilnahme relativ leicht. 120 gesammelte Unterschriften reichen aus, um auf den Wahlzettel zu gelangen. Diesen Herbst wurde aufgrund einer Gebietsreform die Zahl der dänischen Kommunen von 275 auf 98 reduziert.

Die Reform erschwerte es parteiunabhängigen Kandidaten, sich in den viel größeren neuen Kommunen lokal zu profilieren – zuvor war es nichts ungewöhnliches, dass diese auch Bürgermeisterposten besetzten. Vor allem aufgrund der Gebietsreform gewannen die rechten Kandidaten nirgendwo.

Die extremen Rechten hatten noch ein anderes Problem: ihre rassistische Programmatik erschien vielen Wählern als eher der nationalen Ebene angemessen, nicht jedoch der kommunalen. So wurden auch die zuvor verabschiedeten rassistischen Einwanderungsgesetze im dänischen Parlament beschlossen. Die Wähler vertrauten bei der Kommunalwahl nicht darauf, dass eine lokal antretende Liste wirksam gegen Migration vorgehen könnte.

Rauschen im Blätterwald

Die Medienberichterstattung über die extreme Rechte und ihre Kandidaten nützte den rassistischen Listen nicht. Die meisten Gruppen betrieben großen Aufwand, mediale Präsenz zu erlangen, aber es kam oft zur Beschädigung ihrer persönlichen Integrität. Artikel über männliche Kandidaten, die eine Kollegen misshandelten, und Neonazihooligans, die als geheime Berater für eine der Listen fungierten, fanden keinen positiven Anklang bei potenziellen Wählern. Auch rassistische Ausfälle von Kandidaten und deren juristisches Nachspiel wurden immer wieder thematisiert.

In Aarhus besuchten alle Mitglieder des Stadtrats eine Demonstration in Erinnerung an den Holocaust am 9. November. »Sagt Nein zu Rassismus und Intoleranz« war der Slogan der Demonstration. Politiker aller Parteien schrieben eine Pressemitteilung in der klargestellt wurde, dass diese Demonstration auch gegen die AAM gerichtet war. Die AAM verurteilte die Demonstration, weil die Stadtratsmitglieder »mit Extremisten marschieren« würden.

AAM-Mitglieder und -Kandidaten waren im Monat vor der Wahl sehr aktiv, bis in einem Boulevardblatt ein Foto veröffentlicht wurde, das den AAM-Vorsitzenden gemeinsam mit Mitgliedern der Neonazihooligangruppe White Pride und der Neonaziorganisation Dänische Front zeigte.

[1]

Die umtriebige Pressearbeit von AAM mit einer Vielzahl von Pressemitteilungen und Interviews fand so ein abruptes Ende; am Wahltag erlangte die Liste 2029 Stimmen bzw. 1,2 Prozent.

Die AAM war bei weitem die erfolgversprechendste der kleinen rassistischen Listen gewesen. Einige Kandidaten rekrutierten sich aus anderen Parteien, einer war Mitglied der liberalen Regierungspartei, ein anderer der DPP. Bereits vor der Entscheidung, an der Kommunalwahl teilzunehmen, hatten die Mitglieder beschlossen, weitere Themen zu beackern, und so fanden Arbeitslosigkeit, Bildung, Rentner und Infrastruktur ihren Weg in die Propaganda von AAM. AAM-Mitglieder traten häufig in die öffentliche Diskussion mit lokalen DPP-Politikern aus Aarhus und die DPP entschied, keine Doppelmitgliedschaften mehr zuzulassen. Die DPP nutzte die Situation, um sich von offenen Rassisten und Neonazis zu distanzieren. AAM sah nun die Chance, unter enttäuschten DPP-Wählern auf Stimmenfang zu gehen.

Die AAM hatte angekündigt, 25.000 Stimmen zu bekommen. Seit der Wahlschlappe haben Neofaschisten in Aarhus eine antirassistische Sitzung angegriffen, ein 50jähriges Fraktionsmitglied der Enhedslisten zusammengeschlagen, randaliert und AntifaschistInnen angegriffen.

Die Ergebnisse

Die anderen extrem rechten Listen schnitten sogar noch schlechter ab als die AAM. »Freies Dänemark« in Odense bekam 161 Stimmen. In Aalborg, nicht weit von Aarhus, versuchte eine Liste namens »Stoppt die Islamisierung Dänemarks« ihr Glück. Sie erlangte kurzzeitig Publizität, als zwei private Radiosender sich weigerten, ihren Radiospot zu senden. In dem Spot war unter Verwendung von Radiosamples aus dem 2. Weltkrieg eine Parallele zwischen der Befreiung Dänemarks von der deutschen Besatzung und der heutigen »Befreiung von der islamischen Invasion« gezogen worden. Der auffälligste Kandidat war der wegen seines notorischen Antikommunismus berüchtigte ehemalige Offizier P.H. Bering. Die Liste bekam 1.172 Stimmen oder 1,2 Prozent.

Die Fortschrittspartei erlangte in den verschiedenen Regionen zwischen 0,2 und 0,5 Prozent. Die Partei befindet sich seit 15 Jahren auf dem absteigenden Ast und besteht nur aus einer kleinen Gruppe von Leuten. 1995 verließ eine Gruppe von Parlamentariern die Partei und gründete die DPP.

Die Politik der Fortschrittspartei ist eine Mischung von Rassismus und Neoliberalismus. 1973 gewann sie bei der Wahl erdrutschartig 15 Prozent mit der Forderung nach Steuersenkung und Bürokratieabbau. Seit damals kassierte der Parteigründer Mogens Glistrup mehrmals Verurteilungen wegen rassistischer Äußerungen und Steuerbetrugs. Sowohl er als auch seine Partei werden allgemein als verrückt betrachtet, forderten sie doch bereits den Verkauf von Immigranten als Sklaven nach Südamerika und Konzentrationslager für Muslime.

Der übliche kulturelle Rassismus

Zuallererst zeigten die Wahlen, dass rassistische Vorurteile in der dänischen Politik so akzeptiert und verbreitet sind, dass die extreme Rechte sie nicht mehr zur Profilierung nutzen konnte. Statistiken zeigen, dass die Dänen nach fünfzehn Jahren öffentlicher und politischer Debatte über »die Ausländer« mit Angst und Skepsis reagieren – und in einigen Fällen auch mit rassistischer Gewalt. Ein Beispiel ist das Thema Einwanderung, das nicht mehr als sozio-ökonomisches, sondern als ethnisches oder kulturelles Problem gesehen wird.

Festzustellen ist, dass das eigentliche Problem die dänische Volkspartei und ihr Erfolg beim Definieren von »Ausländern« und »Dänen« ist. Der kulturelle Rassismus ist tief in der dänischen Gesetzgebung und der Mehrheit der politischen Parteien verankert. ■

[1] Pia Kjaersgaard (links), Führerin der Dänischen Volkspartei (DPP).

Ein Beitrag des linken dänischen Internetportals modkraft.dk

das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 69
Neue Dynamik im militanten Spektrum
Völkisch orientierte Stiftungen
Geheimorganisation in Italien enttarnt

AIB 68
Der Umgang mit rechten Großveranstaltungen
Der Begriff des Faschismus Teil 1
Colonia Dignidad

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
18. Jahrgang
Nummer 70 | 1.2006

Preis 3,10 Euro

Auslandspreis 4,00 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin